Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Wildcat

#69
Frühjahr 2004
kostet 3 Euro

Endmontage
am chinesischen Meer

Demontage
des europäischen Sozialstaats

Montage
eines Feindbilds im Irak

Rosenmontage
in der Slowakei

Erntelied, bitter

Strange Fruit

Southern trees bear a strange fruit,
Blood on the leaves and blood at the root,
Black body swinging in the Southern breeze,
Strange fruit hanging from the poplar trees.

Pastoral scene of the gallant South,
The bulging eyes and the twisted mouth,
Scent of magnolia sweet and fresh,
And the sudden smell of burning flesh!

Here is a fruit for the crows to pluck,
For the rain to gather, for the wind to suck,
For the sun to rot, for a tree to drop,
Here is a strange and bitter crop.

Befremdliche Frucht

Bäume im Süden tragen befremdliche Frucht,
Blut auf den Blättern und Blut an den Wurzeln,
Schwarzer Körper pendelt im südlichen Wind,
Befremdliche Frucht hängt an den Pappeln.

Ländliche Idylle im ritterlichen Süden,
Die Augen vorquellend und der Mund verzerrt,
Süßer, frischer Magnolienduft,
Und plötzlich Geruch von brennendem Fleisch.

Hier gibt es Früchte, die Krähen pflücken,
Auf denen Regen sich sammelt, an denen der Wind saugt,
Die Sonne läßt sie verfaulen und der Baum sie fallen,
Hier gibt es befremdliche, bittere Ernte.

Billie Holiday im »Café Society«

Time Magazine erhob das Lied 1999 zum »Song des Jahrhunderts«, inzwischen ist das große Protestlied zum Gesamtkunstwerk erklärt. Viele Cover-Versionen, Bücher, eine Ausstellung und ein Dokumentarfilm ziehen eine breite Spur in den Mainstream der Kultur Nordamerikas.

Das Jahrhundertlied der Klage und Anklage gegen den weißen Rassismus und seine Blutspur in den Lynchmorden des US-amerikanischen Südens entstand mit schärferen Konturen. Abel Meeropol, Schöpfer des Textes und der Melodie, Hauptschullehrer in der Bronx, Liedtexter und Komponist, war aktiver Kommunist in einem sehr dynamischen politischen Umfeld. Dem Sohn russisch-jüdischer Einwanderer war der Blick auf das Unrecht der Rassenunterdrückung früh geschärft worden. Ganz selbstverständlich schrieb er den Kampf gegen die Klassenherrschaft und den Kampf gegen den Rassismus auf eine einzige Fahne. Und natürlich kannte Meeropol in Lower Manhattan den linken Szenekeller »Café Society«, fest in der Hand von Veteranen des Spanienkriegs, den einzigen Club von New York, der die Rassentrennung durchbrach. Bevor er dort im April 1939 die schwarze Jazz-Sängerin Billie Holiday zum ersten Mal hörte, war sein Lied zwei Jahre lang bei politischen Veranstaltungen gesungen worden. Die Stunde, in der Meeropol sich im Café Society ans Piano setzte und die noch wenig bekannte Sängerin davon überzeugte, »Strange Fruit« in ihr Repertoire aufzunehmen, war nicht nur für die Interpretin und das Lied ein historischer Augenblick, sondern auch für den bis heute andauernden Kampf der Afro-Amerikaner gegen ihre Unterdrückung – und vielleicht nicht nur für sie. Das Lied wurde im Rundfunk verboten, und Columbia weigerte sich, eine Platte aufzunehmen. Aber in wenigen Wochen erreichte es in der Pressung eines winzigen mutigen Labels breite Popularität und wurde zum Markenzeichen für die schnell berühmte Billie Holiday, die es jahrelang am Ende jeder ihrer Shows sang.

Die schwarze Community begriff sofort, welche Sprengkraft das Lied entwickelte, gerade weil es nicht auf wohlmeinende staatliche Kampagnen orientierte, sondern schneidend und direkt den Skandal ihrer eigenen Lage artikulierte. Zwar war die Zahl der Lynchmorde zurückgegangen, aber nach wie vor sympathsierten sechs von zehn Bürgern der Südstaaten (und ungezählte im nördlichen Teil der USA) mit solchen Greueln. Die Bewegung der Afro-Amerikaner adoptierte das Lied als ihr heiliges Eigentum – zu Meeropols anhaltender Freude.

Die große Kraft von »Strange Fruit« erklärt sich nicht nur aus der Intensität, mit der Billie Holiday den Song vortrug, sondern auch daraus, dass die unterdrückten Schwarzen selbst mit einer auf hohem künstlerischen Niveau formulierten Anklage in Erscheinung traten. Tatsächlich arbeitet der Text nicht nur mit der Sprache der Hochkultur, sondern auch mit den fortgeschrittensten poetischen Methoden der Zeit. Dass eine besonders suggestive Wirkung aus der unmittelbaren Reihung einander fremder sprachlicher Bilder resultiert, hatten die Surrealisten gelehrt. Die beiden ersten Strophen von »Strange Fruit« setzen in der Montage idyllischer und entsetzlicher Versatzstücke ein Szenario, das beklemmend uneindeutig bleibt und gerade deswegen schockiert. Erklärtes Grauen ist halbes Grauen. Das Entsetzen im Gepäck dieses Lieds bleibt unreduzierbar, befremdlich, ein Albtraum. Die dritte Strophe öffnet gnadenlos den einzigen Ausweg, der gestattet wird: Trauer und die Erkenntnis, dass es sich bei den grässlichen Früchten nicht um Zufallsgewächse handelt, sondern um die Ernte dessen, was Menschen in rassistischer Verachtung ihresgleichen gesät hatten.

Keine unverbindliche sondern diesmal engagierte surrealistische Ästhetik: »A bitter crop«. Mit voller Absicht hatte Abel Meeropol bei der Erstveröffentlichung sein Lied so genannt, ein Kunstwerk, das sich bis heute jeder selbstgefälligen Vereinnahmung durch die Museumswärter des »Hall of Fame« widersetzt.

Inhaltsverzeichnis

Editorial 3

Prekarisierung
Angriffe von oben - Widerstand von unten? 6
MindestLÖHNE sind MINI-Löhne 10

Soziale Explosion in der Ost-Slowakei 12

Standortlogik vs. Wir wollen alles 15
Streikbericht aus Berlin 16
Leipzig: konstruktiver Streik und eine nicht demokratisch legitimierte Rektoratsbesetzung 18

Prekär am Steuer-
Streiks und Aktionen der Busfahrer 19
Ein Busfahrer der Kölner Verkehrsbetriebe berichtet 20
Hoffnungslos billig: Busstreik in Leverkusen 22
»Die Prekarisierten erinnerrn sich noch an eine ganz andere Situation« – zu den wilden Streiks in Italien 23

China: Das Fließband läuft. Noch. 26

Krieg im Irak
Soziale Kämpfe im Irak 32
Die Arbeiterklasse im Irak – ein neuer Aufbruch 36
Verschärfte Konkurrenz im systemischen Chaos – Zeitschriftenbesprechung *Collegamenti/Wobbly* 38

Pop-Mythen adieu! Musikindustrie und Popdiskurs ›ab in die Hölle!‹ 42
›Nicht nur aus Marketinggründen‹ – Buchbesprechung: »Alles Pop« 43
Faites vos jeux: Filmbesprechung: 46
Making music ... is killing music? Die Krise der Musikindustrie 47

Mir geht's gut, ich hab nen Job!
Putzfrau im Hotel / Sekretärin, Kellnerin, Webdesignerin 52
Copyshop: Man ist ja schließlich Student 53
Berlitz: Freelancing for free (almost) 54
Manövriermasse: Inventur im Kaufhaus 55
Hamburger Hafen: Lohnsenkung per Tarif 56
Griechenland: Tote auf den Olympia- Baustellen 57

Was bisher geschah ... 58
www.Chefduzen.de unter Beschuss 58
Nachtrag zu den LehrerInnenstreiks in Frankreich 2003 59
»Heute ist der Chef wieder abgelaufen...« (Weiterbildung) 60
USA: Ende des Streiks im Einzelhandel 62
Ein Grundkurs in politischer Geburtshilfe. Buchbesprechung: Willy Huhn 64

Muss man selber zum Motor werden, um Vertrauen in Motoren zu haben?

Neulich hat eine Freundin per email gefragt, »wie macht man Ironiezeichen in mails?« Die meisten machen das mit *<irony on>* bzw. *<irony off>*. Jenseits des Mailverkehrs überwiegt aber die Meinung: wenn man die Ironie nicht auch so merkt, dann ist schlecht. »Es gibt nichts Hässlicheres als einen gesetzten Text voller smilies«, schrieb uns ein Leser. Gehorsam ließen wir alle Icons weg, nun haben aber viele die Ironie im Editorial der letzten Nummer nicht verstanden von wg »diesmal weniger gut gelungen« – das war Bremer *understatement,* Leute!

Bei Fernsehverlautbarungen wie dieser wünscht man sich Icons als Untertitel: »Auch Sie ganz persönlich können Konjunkturmotor sein: Ihr Vertrauen in die Zukunft entscheidet mit über den Arbeitsplatz Ihres Nachbarn«. Satire? Kabarett? Nein, Neujahrsansprache des aktuellen Kanzlerdarstellers! Demnach hatte Florian Gerster zu wenig Vertrauen und zu viele Berater. Und ist jetzt seinen Job los, weil die zu teuer waren. Sein Nachfolger Weise baut gerade Vertrauen in die Zukunft auf und präsentierte die Arbeitslosen-Zahlen für Februar 2004 mit 65 900 Arbeitslosen weniger als vor einem Jahr. In Wirklichkeit waren zwar 1700 Menschen mehr arbeitslos, die Agentur zählt aber seit Anfang 2004 TeilnehmerInnen an Eignungsfeststellungs- und Trainingskursen nicht mehr als Arbeitslose. Der Bundeswirtschaftsminister sah in den Zahlen eine »insgesamt verbesserte Entwicklung am Arbeitsmarkt«. Auch er verfährt erkennbar nach der Schröderschen Maxime – denn die Beschäftigtenzahl geht seit 27 Monaten ununterbrochen zurück.

Was sind schon Zahlen gegen Vertrauen? Laut einer Anfang März veröffentlichten Studie nutzten 42 Prozent aller Befragten Tauschbörsensoftware wie *Kazaa*. 39 Prozent dieser 42 Prozent seien am Arbeitsplatz an Tauschbörsen aktiv. Das koste die Unternehmen bis zu 30 Prozent der Netzbandbreite. Glaubt jemand diesem hochprozentigen Zahlengebilde, wenn sie weiß, dass der Auftraggeber dieser Studie eine Firma war, die Produkte herstellt, mit denen Unternehmen ihre Angestellten davon abhalten können, an Tauschbörsen teilzunehmen? Glaubt jemand der Musikindustrie, an ihrer Krise seien lediglich Tauschbörsen und das Brennen von CDs schuld?

CD-Brennen und mp3-Downloaden zeigen, dass die Musikindustrie hinter der Zeit herhinkt. Ihre Krise sorgt für rote Zahlen bei den großen Plattenfirmen und wirft viele aus dem Geschäft, die in den letzten zwei

Jahrzehnten mit dem Indie-Ticket gut verdient haben (Anfang März ist z.B. *EFA* Konkurs gegangen). Sie ist Ausdruck von neuen, sozialen und kulturellen Entwicklungen, die noch nicht in die Verwertung eingebunden sind, und konturiert die Unterschiede zwischen Musikmachen und Kommerz wieder deutlicher (sogar *Metallica* muss gegensteuern und bietet Downloads ihrer Konzertmitschnitte für 9.95$ an). Falls jemand von *Kazaa* bis *Konzertmitschnitte* eben nur Bahnhof verstanden hat: Artikel lesen! (S. 47) Wir haben uns bemüht, gerade auch solchen LeserInnen die Sachen zu erklären – und hoffentlich schmackhaft zu machen!

Könnte die Musikindustrie Arbeitsplätze schaffen, wenn sie mehr Vertrauen (zu ihren Kunden und zur Musik) hätte? In dem Buch »Alles Pop?« (S. 43) wird an einer Stelle der gegenteilige Gedanke präsentiert: Konkurrenz und Neid schaffen Arbeitsplätze: Das Bedürfnis zu Posen führe zum Besuch von Muckibuden und steigere somit das Bruttosozialprodukt. – allerdings ein eklatantes Beispiel dafür, dass die Steigerung des BSP manchmal doppelt negativ sein kann.

Und womöglich wollte Schröder genau das sagen. »Einem Bundeskanzler mit grauen Haaren traut keiner den Aufschwung zu, deshalb hat meine Friseurin immer Arbeit.« Die Ich-AG! Hundepension (siehe letztes Heft), der Arbeitsplatz des Nachbarn - alles passt! Es war keine Ironie, es war schlampiges Ablesen vom Teleprompter – und falls das überhaupt jemand aufgefallen sein sollte (in den 80ern wurde mal »versehentlich« eine Neujahrsansprache von Kohl aus dem Jahr zuvor gesendet – war auch nicht weiter schlimm), warum sollte man wg. einer so kleinen Differenz Geld ausgeben und nochmal drehen?

Die Gesellschaft des Spektakels setzt sich heute mehr denn je über Kinkerlitzchen wie »Wahrheit« hinweg. Die Herrschenden reiten längst virtuos das Paradepferd der Postmoderne, die Dekonstruktion, bei der man bekanntlich niemals zum Ursprung kommt, sondern nur von einer kapriziösen Falle oder Verschleierung zur anderen. Das beherrschen nicht nur Intellektuelle, sondern auch Politiker wie Schröder, Bush und Bliar.

Ein Manager wie der neue EZB-Präsident Trichet, der nur deshalb vom Vorwurf der Korruption freigesprochen wurde, damit er diesen Job antreten konnte, braucht keine Rhetorik mit Vertrauen und Motoren. Er forderte Anfang März zur kapitalistischen Bedürfnisbefriedigung auf: Die Bürger sollten endlich ihre Geldbörsen öffnen und »konsumieren« . Dann springt die Konjunktur, dann werden Arbeitsplätze, dann füllen sich Geldbörsen. Kleines Problem: von welchen Arbeitsplätzen reden die? Wo gibt es noch Arbeitsplätze mit guten Löhnen? In Muckibuden (M.! Alle warten auf Deinen Bericht übers Kiesertraining!)? im Copyshop (S. 53)? als »Manövriermasse« im Kaufhaus (S. 55)? als Putzfrau (S. 52)? Auch als freelancer kann man »ein nettes Arrangement« finden (S. 54) - nur die Geldbörse füllt sich da nirgends. Auch die FahrerInnen im Öffentlichen Nahverkehr werden so lange voller Vertrauen prekär am Steuer (S. 19) rumgurken und dabei immer weniger verdienen – bis sie von ihren italienischen KollegInnen lernen und wild streiken (S. 23). Zwar werden erste Schritte gerade im Busstreik in Leverkusen ausprobiert (S. 22), aber Kämpfe innerhalb der juristischen Regeln erreichen nix. Das lehren die Streiks in Italien, der Streik in Leverkusen, das bittere Ende des Supermarktstreiks in Kalifornien (S. 62 f.), und es ließ sich am Studistreik sehen (S. 15). »Sich selbst nicht mehr ernst zu nehmen ... ist wohl eine Voraussetzung des Politiktreibens«, so ein Resümee der Berliner Erfahrungen.

Apropos: Der Antideutsche Bruhn verlegt den Rätekommunisten Huhn – das reimt sich mehr schlecht als recht und endet auch böse – es kommen aber interessante Texte zutage (S. 64). Huhn hat sich viele Jahre lang durch sozialdemokratische Parteiliteratur gefressen und ein anti-revolutionäres Wüten und eine Staatsverliebtheit in der gesamten Geschichte der SPD zutage gefördert, die jedem die Zunge austrocknen sollte, der die Agenda 2010 als »Verrat«, »Bruch mit sozialdemokratischen Traditionen« o.ä. kommentieren zu müssen glaubt.

In den allgemeinen neoliberalen Breitseiten gegen Sozialstaat und Sozialdemokratie der letzten Jahre ging unter, dass ein kapitalistisches Modell ohne starken Staat gar nicht existiert. Alle »Aufschwünge« in den letzten 30 Jahren waren planwirtschaftlich organisiert (Taiwan, Süd-Korea, China ...). Im Irak ist »die freie Marktwirtschaft« nicht in der Lage, die zerbombte Infrastruktur in angemessener Zeit wiederherzustellen – die Diktatur von Saddam Hussein war damals schneller.

Nach dem Sturz Saddam Husseins kam es im Irak zu einer Explosion von sozialen Kämpfen (S. 32), die aber in die Zange zwischen Besatzungsmacht und baathistischem und islamistischem Terror zu geraten drohen. Die Medien blenden die sozialen Konflikte größtenteils aus. Der Streit zwischen linken Anti-Imperialisten und anti-deutschen Kritikern der Friedensbewegung tut ein übriges, um diese Kämpfe zu isolieren. Ein Genosse aus dem Irak, der hier im Exil lebt, schreibt über die Arbeiterklasse im Irak (S. 36). Die italienische libertäre Zeitschrift Collegamenti/Wobbly bemüht sich um die Hintergründe des Irak-Kriegs (S. 39).

In der Ost-Slowakei haben sich Ende Februar hauptsächlich Roma-ProletarierInnen mit Plünderungen und Demos gegen einen massiven Abbau der sozialstaatlichen Leistungen gewehrt (S. 12). Rumänien, Slowakei, Polen ... die Situation in den EU-Beitrittsländern ist alles andere als befriedet (siehe nächstes Heft) – und das vor dem Hintergrund einer massiven Krise des Stabilitätspakts und eines Aufschwungs der Klassenkämpfe in den Kernländern (siehe letztes Heft).

Die Lage in China wird bereits als explosiv eingeschätzt (S. 26). Der Nationale Volkskongress beschloss soeben, die »Armut zu bekämpfen« – vor allem auf dem Land (400 der 900 Millionen Dorfbewohner leben von weniger als einem Dollar pro Tag). Außerdem solle das Problem des Lohnbetrugs an Wanderarbeitern »grundsätzlich gelöst« werden. Nach offiziellen Angaben stellen sie die Hälfte der Beschäftigten im Dienstleistungssektor, 60 Prozent der Fabrikarbeiter und 80 Prozent der Bauarbeiter. 2004 sollen 14 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und gleichzeitig das überhitzte Wirtschaftswachstum auf sieben Prozent zurückgefahren werden. Bremsen und Gasgeben gleichzeitig: China kommt ins Schleudern (da kann man gut nachvollziehen, warum Herr Köhler einen geruhsameren Job sucht). China ist nach wie vor die Wachstumslokomotive, aber die Angst vor dem Motor – derArbeiterklasse – wächst.

Jetzt haben wir die Neujahrsansprache verstanden: Die Kapitalisten haben kein Vertrauen in die Zukunft, weil sie Angst vorm Motor des Aufschwungs haben. »Politik« und »Ökonomie« fallen sozusagen auseinander. Politisch geht es um Isolierung, Vereinzelung. Es wird sehr viel dafür getan, dass die ArbeiterInnen sich atomisiert fühlen, alleingelassen mit ihrer Ich-AG, selber schuld an der Pleite. »Ökonomisch«, vom Standpunkt der Entwicklung der Produktivität aus müssten »die Menschen wieder Vertrauen fassen«. Damit irgendwo »ein Ruck durch« geht, braucht's ein Gemeinschaftsgefühl: wir ArbeiterInnen spucken in die Hände und fahren die Karre aus dem Dreck – ein Gefühl von Macht, das Schröder und die Seinen fürchten wie der Teufel das Weihwasser ... aber das wären zwei andere Geschichten!

Dieser Ausgabe liegt ein Plakat bei. Wer eins mehr will, kann es für 2 Euro bestellen (wer mehrere will, soll uns schreiben; von 2 Euro gehen 1,50 für Porto und Verpackung drauf). Kurz nach der deutschen Wiedervereinigung hatten wir ein Plakat gemacht: »35 Stunden-Woche, Golf GTI?... pah!!«, auf dessen Rückseite ausführlich die Arbeit und der Kampf dagegen beschrieben waren. Das wiederholen wir diesmal nicht, deshalb sind einige Stellen für »Neu-LeserInnen« sicherlich zu knapp. Aber ein A2-Plakat ist endlich – und wir versprechen, das Thema »Arbeit« , »ArbeiterInnen« und Operaismus in der *Wildcat* 70 ausführlichst zu behandeln! Nachdem wir das dreimonatliche Erscheinen im Griff haben, werden wir uns nun verstärkt um Qualität kümmern. Zumindest wird sich beim Erscheinen der nächsten *Wildcat* niemand mehr fragen »who the fuck is Köhler?«

<irony off> wer hatte die überhaupt eingeschaltet? und wann?

Apropos Selbstläufer: Bisher reicht es meistens, ein Thema anzuschneiden, dann brechen dort die Konflikte aus - deshalb läuft auch unsere Rubrik »Was bisher geschah« so gut. Mal sehn, ob's wieder klappt:

<kapitalverhältnis off>

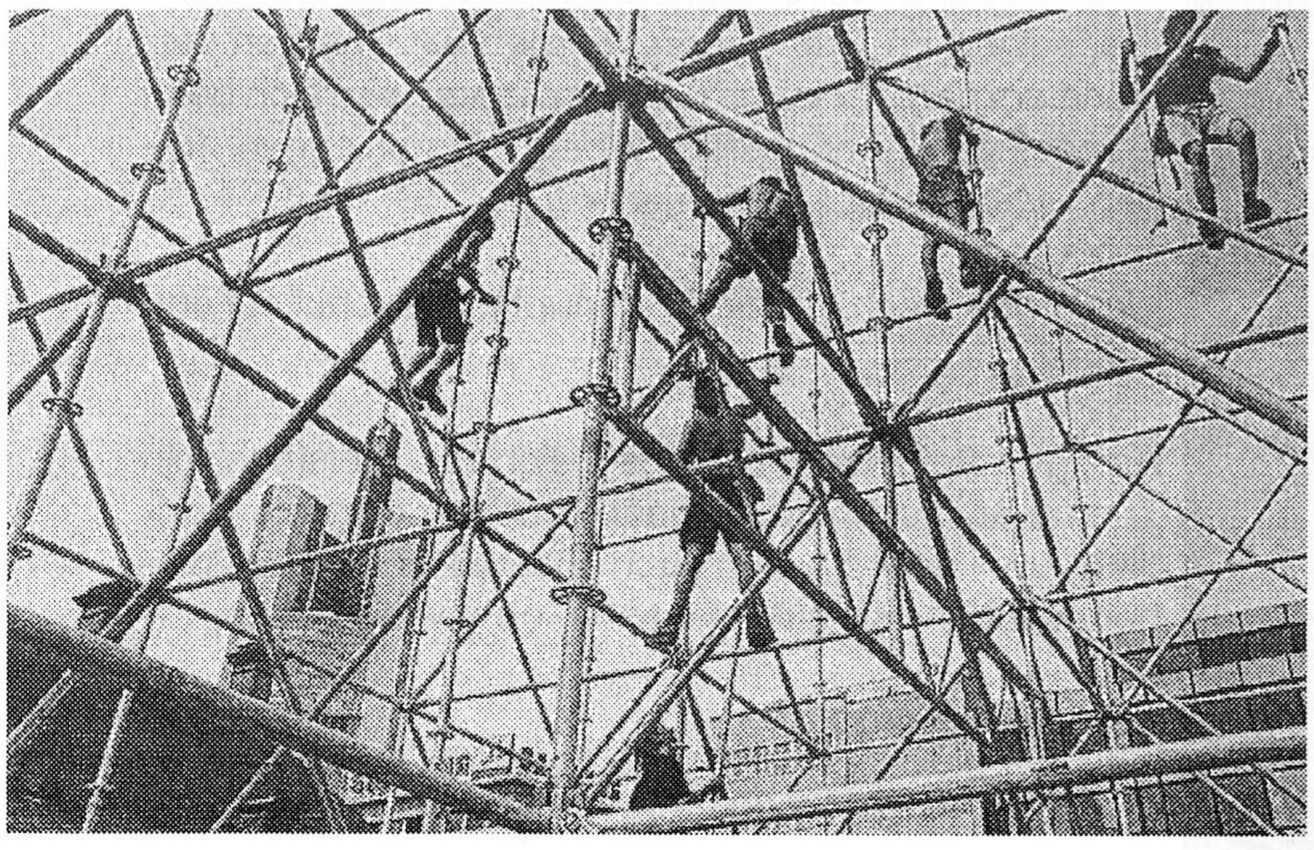
Prekarisierung:

Angriffe von oben – Widerstand von unten?

In fast allen europäischen Ländern erleben wir seit einigen Jahren eine massive Kürzung des Reproduktionsniveaus der gesamten Arbeiterklasse. Die Angriffe verlaufen auf der Ebene des Lohns und der Arbeitsbedingungen, der staatlichen Lohnersatzleistungen sowie der Gesundheits- und Rentenversorgung. Dieser Prozess war in der BRD Regierungsprogramm der Sozialdemokratie: Nach einem 20-jährigen Stellungskrieg um den Sozialstaat hat sie seit ihrem Regierungsantritt 1998 nicht nur mehrere Kriege geführt, sondern auch einen Bruch mit der Nachkriegssozialpolitik vollzogen.
In keinem Land hat es bisher »Antworten von unten« gegeben, die der Dramatik der Angriffe angemessen sind: Es geht nicht um ein paar Prozent mehr oder weniger Lohn oder soziale Unterstützungsleistungen, sondern um grundsätzliche Alternativen zur weltweiten tiefen Krise des Kapitalismus.

Was hat sich verändert?

Die zentrale Neuerung der arbeitsmarktpolitischen Reformagenda besteht darin, dass sich immer mehr Menschen auf Arbeitsverhältnisse einlassen müssen, von denen sie nicht leben können. Eine durchschnittlich bezahlte Vollzeitbeschäftigung soll nicht länger den historisch erreichten Lebensstandard sichern.
Zwei Jahrzehnte hatten Kapital und sämtliche Regierungen die Eckpfeiler der »sozialstaatlichen Versorgung« nicht angesägt, weil sozialer Friede und politische Ruhe im Exportland BRD den Vorrang hatten. Zur Versorgung gehörten auch die Löhne und Arbeitsbedingungen in den Kernbereichen industrieller Arbeit: Automobil-, Maschinenbau-, Metall-, Chemiebetriebe. Diese Kerne hatten, verglichen mit anderen europäischen Ländern, ihre Standards mit nur wenigen Abstrichen bis vor einigen Jahren halten können.



Angesichts der tiefen kapitalistischen Krise haben sich Regierung und Kapital für eine harte Linie entschieden: die »notwendigen Reproduktionskosten« der Klasse insgesamt zu senken und die daraus folgenden »sozialen Verwerfungen« und eventuellen widerständigen Bewegungen in Kauf zu nehmen. Das lange Auf und Ab des Stellungskriegs mündete seit Frühjahr 2002 in einen rasanten Angriff.

Zunächst beauftragte das Schröder-Regime eine Kommission mit der Ausarbeitung einer neuen Arbeitsmarktpolitik. Das Gremium aus Gewerkschaftern, Kapitalisten und Wissenschaftlern unter der Leitung des VW-Managers Hartz ließ sich – bedingt durch seine Zusammensetzung – ein wenig Zeit. Als sich der Abschlussbericht der Kommission und die Erstellung eines Katalogs der »erforderlichen Maßnahmen« verzögerte, zog die SPD-Spitze wenige Monate später angesichts des erneuten Kriseneinbruchs die Notbremse und verkündete durch eine Schröder-Rede im März 2003 einen radikalen Wechsel der Sozialpolitik auf allen Ebenen: die »Agenda 2010«.

Die meisten der Ankündigungen sind seither in einem nicht erwarteten Tempo umgesetzt oder als Gesetze verabschiedet, die spätestens Anfang 2005 wirksam werden.

Die Ebenen des Angriffs

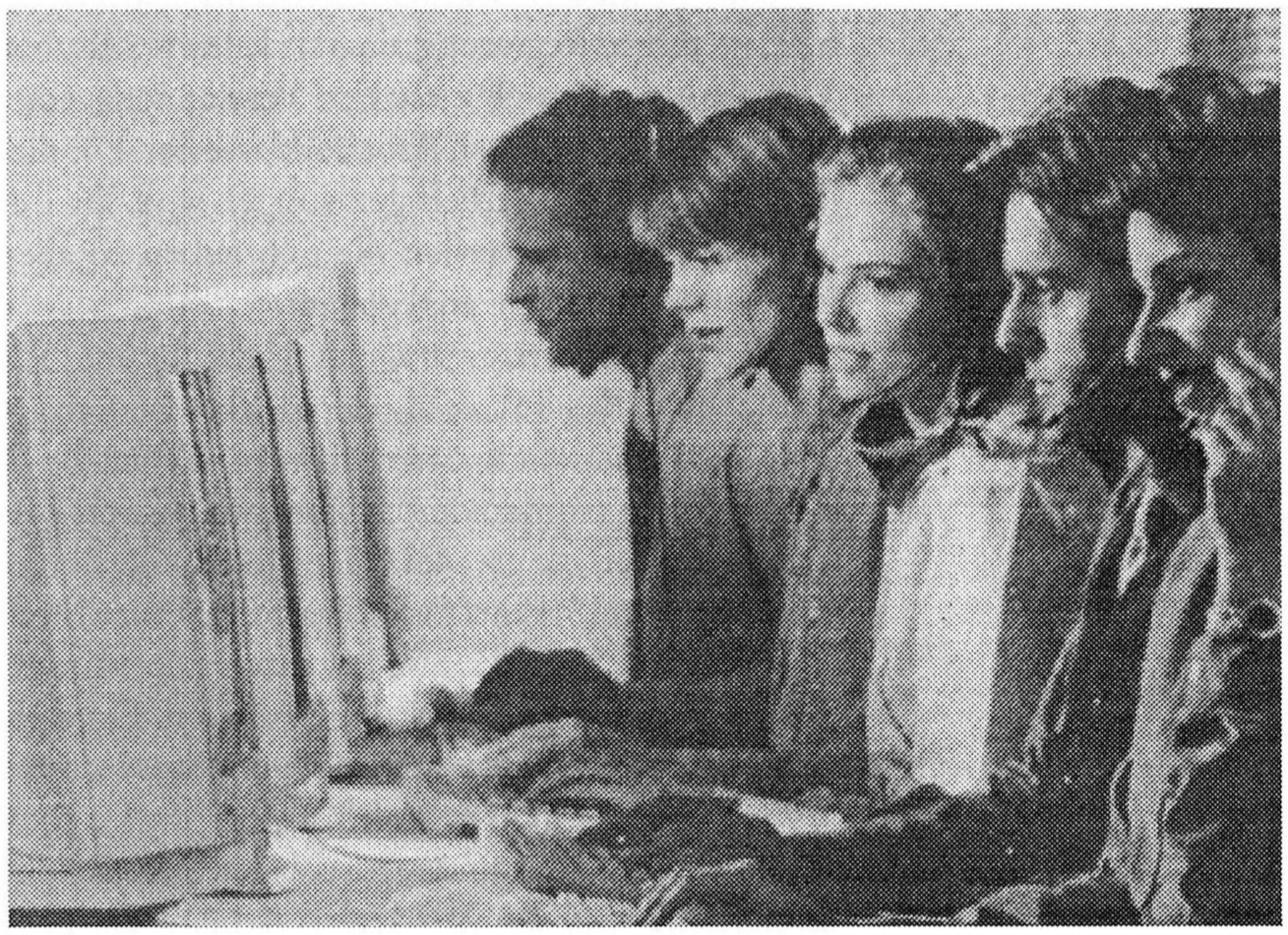
Die *Gesundheit*sversorgung wird für die Proletarier teurer (Eintrittsgebühren beim Arzt, Zusatzversicherungen für Zahnersatz, Brillen und einfache Medikamente müssen nun komplett selber bezahlt werden). Gleichzeitig werden die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigtengruppen in diesem Bereich (insgesamt 4 Mio Menschen) angegriffen.

Wer das »Arbeitsleben« ohne überdurchschnittliche Einkünfte überstanden hat, dem droht die Altersarmut schon jetzt und in Zukunft verschärft: Die schrittweise Erhöhung des *Renten*eintrittsalters auf 67 Jahre läuft auf eine schlichte Kürzung der Ansprüche hinaus. Kaum jemand wird in der Lage sein, tatsächlich bis 67 zu arbeiten, es sei denn in sehr schlecht bezahlten Jobs, die nichts für die Rentenhöhe bringen. Zusätzlich wird die monatliche Rentenhöhe langsam zurückgefahren. Dass in den letzten Monaten in einigen Großbetrieben (z.B. bei der Commerzbank) die Verträge über Betriebsrenten gekündigt wurden, ist ein Detail dieser Entwicklung. Bereits heute liegen knapp 20 Prozent der Männer und 60 Prozent der Frauen mit ihren Renten unterhalb des Existenzminimums, das vom Staat derzeit mit 600 Euro (inklusive Mietkosten) beziffert wird.

Schließlich befristete die Regierung die Bezugsdauer des *Arbeitslosengelds*, das am letzten Lohn orientiert ist und nicht mit eigenen Ersparnissen oder dem Einkommen des Partners verrechnet werden darf, auf 12 Monate. Maximal 18 Monate gibt es nur noch für über 55jährige – vorher waren altersabhängig bis zu 32 Monaten möglich. Die bisher theoretisch bis zur Rente beziehbare *Arbeitslosenhilfe* wird von einer am Lohn orientierten Leistung zu einer Pauschale von 345 Euro (plus Miete) gekürzt. Das bedeutet für Millionen aktueller und vor allem zukünftiger Arbeitsloser, dass ihr Einkommen innerhalb eines Jahres auf das Niveau der Sozialhilfe gesenkt wird, die gerade noch das Überleben sichern soll.

Noch in den 80er Jahren hatte die *Arbeitsverwaltung* die Aufgabe, Abschwungphasen der Konjunktur für die Arbeitslosen durch Erhalt ihrer sozialen und die Erweiterung ihrer technischen Qualifikationen zu überbrücken. Inzwischen gibt es niemanden mehr, der ernsthaft von einem nahen Wiederaufschwung ausgeht. Damit haben solche Strategien ihren Sinn verloren. Nur noch kleine Teile der Arbeiterklasse werden als eine Größe betrachtet, die gehegt und gepflegt werden muss.

Entsprechend sind die aktuellen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung ausgerichtet. Das Budget für Weiterbildungsmaßnahmen wurde zusammengestrichen. Von denjenigen, die mit der Weiterbildung der Arbeitslosen beschäftigt waren, ist inzwischen ein Drittel arbeitslos. Grundsätzlich sollen möglichst viele aus den staatlichen Transferleistungen hinausgedrückt werden, sei es durch den Nachweis »ungenügender Kooperation« bei der Arbeitssuche oder durch das Abdrängen in unsinnige Erwerbszweige (prekäre Formen der Selbständigkeit, »Ich-AGs«, nicht versicherungspflichtige »Minijobs« usw.). Dass ein Großteil dieser neuen Selbständigen (bisher knapp 100 000) spätestens nach einem Jahr in die Arbeitslosigkeit zurückkehrt, ist



einkalkuliert. Mehrere 10 000 Arbeitslose wurden in »Personal-Service-Agenturen« (PSA – Leiharbeitsfirmen, die ihre Arbeitskräfte von den Arbeitsämtern zugewiesen bekommen) zwangsverpflichtet. Ein Drittel der PSA ist bereits Pleite gegangen: Sie hatten die staatlichen Subventionen kassiert, konnten aber kaum jemanden weiterverleihen und haben für einen Teil ihrer Beschäftigten noch nicht einmal die Sozialversicherungsbeiträge bezahlt.

Gleichzeitig steigen die Ausgaben der Sozialverwaltung insgesamt weiter, weil die Zahl der Arbeitslosen unverändert hoch ist und kostspielige Projekte zur internen Reform der Arbeitsverwaltung in Gang gesetzt worden sind. Diese Reform hat bisher nicht »gegriffen«, denn viele der 90 000 Beschäftigten betrachten die angestrebten Lei-

stungslöhne und Zielvereinbarungen zu Recht als Angriff auf ihre Arbeitsbedingungen.

Mit all diesen Maßnahmen demonstriert die SPD-geführte Regierung, dass sie keine politischen Vorbehalte gegen eine *relative* Verelendung eines Teils der einheimischen Arbeiterklasse hat. Für diejenigen, die durch Arbeit gezwungen sind, ihr Leben zu verpassen, werden die Schrauben an allen Ecken der Maschine angezogen:

Befristete Arbeitsverträge sind jetzt für über 52-jährige ohne Beschränkung der Höchstdauer möglich. Die bisher stiefmütterlich behandelten ***Leih-arbeit***sfirmen wurden durch einen bundesweit gültigen Tarifvertrag geadelt (Bruttoeinstiegslöhne zwischen 6 und 7 Euro für HilfsarbeiterInnen), und sie dürfen die Arbeitskräfte jetzt zwei Jahre hintereinander an denselben Betrieb verleihen. Ein steigender Anteil der gesamten Arbeiterklasse ist mit ***Jahresarbeitszeitkonten*** konfrontiert, was neben wegfallenden Überstundenzuschlägen eine diskontinuierliche und damit härtere Arbeitsbelastung bedeutet, die immer mehr den Erfordernissen des Kapitals unterworfen ist. Wenn der Laden brummt, gelten 50h-Woche und Samstagsarbeit, dafür gibt es an regnerischen Tagen im November frei, wenn die Aufträge ausbleiben... Die einzige Sorge der Gewerkschaften gilt an dieser Stelle den Plusstunden, die durch Insolvenz verloren gehen könnten.

Solche Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit wurden in der Metallindustrie 1984 mit dem berühmten »Einstieg in die 35-Stundenwoche« eingeführt. 20 Jahre später sind sie in sämtlichen Branchen Allgemeingut.

Es ist diese Anhäufung von Druck, Kürzungen und Drohung mit weiteren Verschlechterungen, die eine Stimmung der Unsicherheit in der Arbeiterklasse hervorbringt, noch bevor diese real gegriffen haben. Allein dass ***Langzeitarbeitslose*** Jobs zu jedem Lohn akzeptieren müssen (es sei denn, er liegt »sittenwidrig« 30% unter den ortsüblichen Gepflogenheiten), setzt die unteren Lohnsektoren weiter unter Druck. Massenarbeitslosigkeit zielt jetzt im klassischen Sinn auf die Wiederherstellung einer »industriellen Reservearmee«, mit der die Bedingungen der gesamten Klasse unter Druck gesetzt werden sollen.

In den ***Kernbereichen von Industriearbeit*** werden übertarifliche Zulagen und außertarifliche Weihnachtsgelder gestrichen. Alle Vereinbarungen stehen auf dem Prüfstand. Sogar Betriebe wie Metabo, Bosch usw. beginnen mit Lohnkürzungen in der Produktion und stellen von Leistungslohn auf Zeitlohn um. Nicht nebensächlich, dass in letzterem Fall nach geltendem Recht die Mitwirkung der Betriebsräte erforderlich ist. Bei VW in Wolfsburg wurde mit der Drohung, den Touran an einem anderen Standort zu produzieren, für neueingestellte Arbeitslose ein neues Lohn- und Leistungsmodell eingeführt. Sie verdienen etwa ein Drittel weniger als ihre KollegInnen, und an diesen Lohn sind Produktionsquoten gebunden, die im Zweifelsfall durch z.T. unbezahlte Mehrarbeit zu erfüllen sind. Bei Opel Rüsselsheim arbeiten fast 6000 Beschäftigte nur noch eine 30-Stundenwoche. Ihr Lohnverlust wird durch Kürzungen der Angestelltenlöhne und -urlaubszeiten teilweise ausgeglichen. Zeitgleich mit diesem flexiblen Modell von Arbeitszeit setzte der Betrieb ein langgehegtes Projekt durch: die Einführung einer Nachtschicht.

In den neuen Bundesländern hatten die Kapitalistenverbände die IG Metall im Sommer 2003 bei einem halbherzig geführten Streik für eine weitere Arbeitszeitverkürzung vollkommen gegen die Wand laufen lassen. Der Streik wurde ohne jedes Zugeständnis abgebrochen. In der gerade abgeschlossenen Tarifrunde 2004 forderten die Metall-Unternehmer die Rückkehr zur 40-Stundenwoche in der gesamten BRD. Seit 1984 im Westen und seit 1991 im Osten Deutschlands waren sämtliche Arbeitszeitverkürzungen auf 35 Stunden im Westen bzw 38,5 Stunden im Osten über Jahre gestreckt und mit erheblichen Zugeständnissen bei Löhnen und Pausenregelungen von den ArbeiterInnen teuer bezahlt worden. Im Ergebnis stehen sie nun vor superflexiblen Arbeitszeiten und heftigen Leistungsverdichtungen, alles möglich durch immer neue Ausnahmeregelungen in den Tarifverträgen (»Tariföffnungsklauseln«). Um auf den »notwendigen Konsolidierungsprozess der Gewerkschaften« Rücksicht zu nehmen (O-Ton BDI/BDA), wurde die Forderung nach einer generellen Arbeitszeitverlängerung von den Unternehmern zwar fallengelassen, aber man verständigte sich

Im Heft haben wir in Fortsetzung der letzten Nummer mehrere Berichte von Leuten aus ihren Jobs. Zwei Interviews zu Minijobs, Berichte zu einem Studi-Minijob, Freelancer bei Berlitz und als Leiharbeiterin bei einer Kaufhausinventur. Ein Interview mit einem Kölner Busfahrer, einen Bericht über den Streik im Leverkusener Nahverkehr, sowie einen Bericht über tariflich vereinbarte Lohnsenkungen im Hamburger Hafen. Den Bericht des Kollegen aus der Weiterbildungsbranche findet Ihr wie immer in der Rubrik »Was bisher geschah«.

rasch auf weitere Abweichungsmöglichkeiten vom Tarifvertrag und vor allem auf die Verschiebung der Entscheidungsebene über Arbeitszeiten und Lohnzuschläge in die Betriebe. Damit hatte die IG Metall ihr Gesicht gewahrt, aber den Flexibilisierungsprozess in keiner Weise aufgehalten.

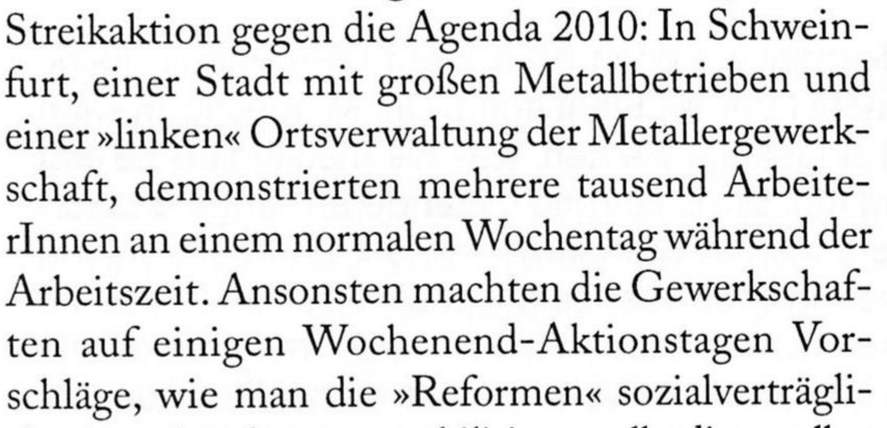
Diese Entwicklung der Klassenbeziehungen in der BRD ist ohne die 15 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch scharfe Ost-West-Spaltung nicht zu verstehen. Die Arbeitslosigkeit liegt im Osten mit über 20 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Westen. Damit sind für viele Ostdeutsche die gerade durchgesetzten neuen Bedingungen im Westen immer noch akzeptabel.

Reaktionen?

Was passiert auf Seiten der Betroffenen, wie organisieren sie sich, welche Gegenmaßnahmen haben sie bisher ergriffen?

Die Gewerkschaften haben nicht wirklich gegen diese Angriffswelle mobilisiert. Ihre Funktionäre sind teilweise selber von der grundsätzlichen Notwendigkeit der »Reformen« überzeugt. Fast alle sind SPD-Mitglieder, viele von ihnen in führenden Funktionen. Es gab nur eine einzige echte Streikaktion gegen die Agenda 2010: In Schweinfurt, einer Stadt mit großen Metallbetrieben und einer »linken« Ortsverwaltung der Metallergewerkschaft, demonstrierten mehrere tausend ArbeiterInnen an einem normalen Wochentag während der Arbeitszeit. Ansonsten machten die Gewerkschaften auf einigen Wochenend-Aktionstagen Vorschläge, wie man die »Reformen« sozialverträglicher gestalten könnte, mobilisierten allerdings selbst nur sehr zurückhaltend für die eigenen Aktionen.

Gleichzeitig bleibt den Gewerkschaften nach der Logik der Selbsterhaltung inzwischen keine andere Wahl mehr, als zu versuchen, in den sich ausbreitenden »untypischen«, prekären Beschäftigungssektoren Fuß zu fassen. Diese Sektoren hatten sie in Phasen mit deutlich abgrenzbaren und noch genügend starken, gutabgesicherten Kernbelegschaften immer als Verfügungsmasse benutzt, wenn es darum ging, Lohnkürzungen o.ä. so zu moderieren, dass ihre (tendenziell kleiner werdende) Hauptklientel, die alteingesessene Industriearbeiterschaft, nicht angetastet wurde. Das gestaltet sich für die Gewerkschaften wegen des langsamen Hineinwachsen des prekären »Randes« in die Mitte immer schwieriger.



Als die CDU-Opposition im Herbst 2003 eine Kampagne zur Abschaffung der *Tarifautonomie* startete, wurden mit Verweis auf die Verankerung dieses Rechtsguts im Grundgesetz gewerkschaftlich kontrollierte Streiks organisiert. Die Initiative der CDU ging schnell baden, weil auch eine Mehrheit der Kapitalisten die Vorzüge von Tarifverträgen zu schätzen weiß, denen sie in jeder Tarifrunde weitere Flexibilisierungen hinzufügen können – dazu könnte allerdings auch die überraschend große Beteiligung an diesen Streiks beigetragen haben.

Die SPD steckt als Partei in einer tiefen Krise. Die Bereitschaft, sich in politischen Institutionen zu engagieren, ist generell rückläufig, die Wahlbeteiligung sinkt, niemand glaubt mehr den Versprechungen der Politiker und des Kapitals auf ein besseres Leben. Diese Bedingungen kumulierten für die SPD in wenigen Monaten zu einer Katastrophe. Bei Wahlen auf Landesebene lagen sie teilweise deutlich unter 30 Prozent. Ihre Bundesfunktionäre hatten kühl mit dem Verlust des alten und armen Teils der Parteibasis kalkuliert, gerieten aber außer Fassung, als selbst ihre letzten Integrationsfiguren auf Versammlungen die authentische Wut besserverdienender Arbeiterschichten z.B. bei VW zu spüren bekamen. Anfang Februar 2004 kündigte Schröder deshalb seinen Rücktritt als Parteivorsitzender an. Der neue Mann, Müntefering, wird als »echter Sozialdemokrat« verkauft, der allerdings offensiv keine andere Politik, sondern einen anderen Stil verspricht...

Neu im LabourNet Germany am Montag, 8. März 2004:

Studie über Leiharbeit: PSA und andere Sklavenhändler (aktualisierte und erweitere zweite Auflage von »Maatwerk? Achtung Maatwerk!« vom Dezember 2003) siehe:

http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/psa/maat/index.html

Die Studie besteht aus ca. 60 Seiten in 12 Kapiteln – bei ausreichender zahlungswilliger Nachfrage (bitte melden!) wird die Studie als Broschüre herausgegeben.

http://www.labournet.de/

Mindest**LÖHNE** sind **MINI**löhne

»Die Arbeitslosenhilfe funktioniert nicht mehr als informeller Mindestlohn«, schrieben wir in der letzten *Wildcat*. Arbeit muss sich lohnen, denkt das Proletariat. Warum sich schinden, wenn der zu erwartende Lohn nicht höher ist als die Arbeitslosenkohle? Aber der Staat hat mit der pauschalen Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf 345 Euro ab 2005 neue Fakten geschaffen. Schon jetzt sinken auch in Westdeutschland zum ersten mal die nominellen Löhne, in einigen Sektoren können selbst niedrige Tariflöhne nicht mehr gehalten werden. Der von Kapitalvertretern jahrelang geforderte »Niedriglohnsektor« wird Wirklichkeit.

Mindestlöhne als Trostpflaster

Das Proletariat soll arbeiten, auch wenn der Lohn nicht existenzsichernd ist. Diese deutliche Botschaft der Agenda 2010 scheint den Ruf nach einem Mindestlohn nahezulegen. Gewerkschaften und Linke setzen wieder einmal ihre Hoffnungen auf staatliche Regelungen, um den Verfall der Löhne aufzuhalten.
In anderen westlichen Industrieländern gibt es staatlich festgesetzte Mindestlöhne. In den USA beträgt er (je nach Bundesstaat) etwa 5,15 Dollar, in Frankreich 7,19 Euro, das macht bei einer 35-Stunden-Woche 1090,48 Euro brutto, einschließlich Prämien und geldwerter Vorteile; für Jugendliche unter 18 Jahren liegt er weit darunter. Jeder sechste Arbeitnehmer in Frankreich bekommt nur diesen Mindestlohn.
Im Gegensatz dazu gibt es in der BRD keinen *allgemeinen* gesetzlichen Mindestlohn. Die Gewerkschaften hatten lange Zeit auf dem Standpunkt beharrt, dass der Tariflohn der Mindestlohn sei. Dies vertreten nach wie vor die Gewerkschaften mit relativ hohen Lohntarifen wie die IG Metall. Für tariflich bezahlte MetallarbeiterInnen wäre ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro Lohndrückerei.
Gewerkschaften aus den Branchen, in denen die Prekarisierung der Beschäftigung die Löhne weit nach unten gedrückt hat (z.B. Hotels und Gaststätten, Handel, Wachschutz, Reinigungsgewerbe) fordern einen Mindestlohn: das Tarifminimum der jeweiligen Branche soll vom Staat für allgemeinverbindlich erklärt werden. Das ist ein altes Instrumentarium, das in den letzten Jahren wenig und nur in sehr schwachen Sektoren zur Anwendung kam. Bsirske verspricht sich davon, eine existenzsichernde Lohnhöhe aufrechtzuerhalten, gerade wenn in den nächsten Jahren verstärkt Einwanderer aus Osteuropa kommen und die Löhne drücken.

Vom Mindestlohn zur Lohnsenkung auf dem Bau

Die Entwicklung auf dem Bau zeigt, dass ein Mindestlohn nicht mehr als eine »Sittlichkeitsgrenze« ist. Den Verfall der Löhne hält sie nicht auf.
Das Besondere am Mindestlohn auf dem Bau ist, dass er unterhalb des niedrigsten Tariflohns der Branche liegt. Gedacht war er im Rahmen der »Entsenderichtlinie« für ausländische Bauarbeiter, die in den 90er Jahren zu hunderttausenden zu skandalös niedrigen und völlig unregulierten Löhnen auf den Baustellen in Ost- und Westdeutschland arbeiteten. Ihre Arbeitgeber waren meist Subunternehmer der großen Baukonzerne, die mit ihren niedrigen Angeboten alle Ausschreibungen gewannen, während die Tariflöhne zahlenden Klein- und Mittelbetriebe leer ausgingen. Parallel zu einer medial aufbereiteten Welle von Razzien gegen »Illegale« und »Sozialbetrüger« handelten Arbeitgeberverbände und Baugewerkschaft unter Staatsaufsicht einen Mindestlohn für das Bauhauptgewerbe aus, der weit unterhalb der niedrigsten Tariflohngruppe lag, aber oberhalb vieler de facto gezahlter Löhne.
Dieser Mindestlohn wurde im Herbst 2003 für Ostdeutschland noch einmal gesenkt. Er liegt nun für Hilfsarbeiter bei 8,95 Euro im Osten und 10,36 Euro im Westen. Facharbeiter sollen im Westen 12,47 Euro bekommen, im Osten wurde der entsprechende Betrag, 10,01 Euro, auf Verlangen der Baukapitalisten um fast vier Prozent gesenkt; gleichzeitig wurde in Tarifverhandlungen die Möglichkeit geschaffen, das 13. Monatsgehalt auf betrieblicher Ebene nach unten zu verhandeln – alles mit dem Hinweis auf die »Krise im Bausektor«. Der Mindestlohn hat heute in weiten Teilen Ostdeutschlands den Tariflohn ersetzt.

Standards hängen an der aktuellen Stärke der Klasse, nicht an Gesetzen

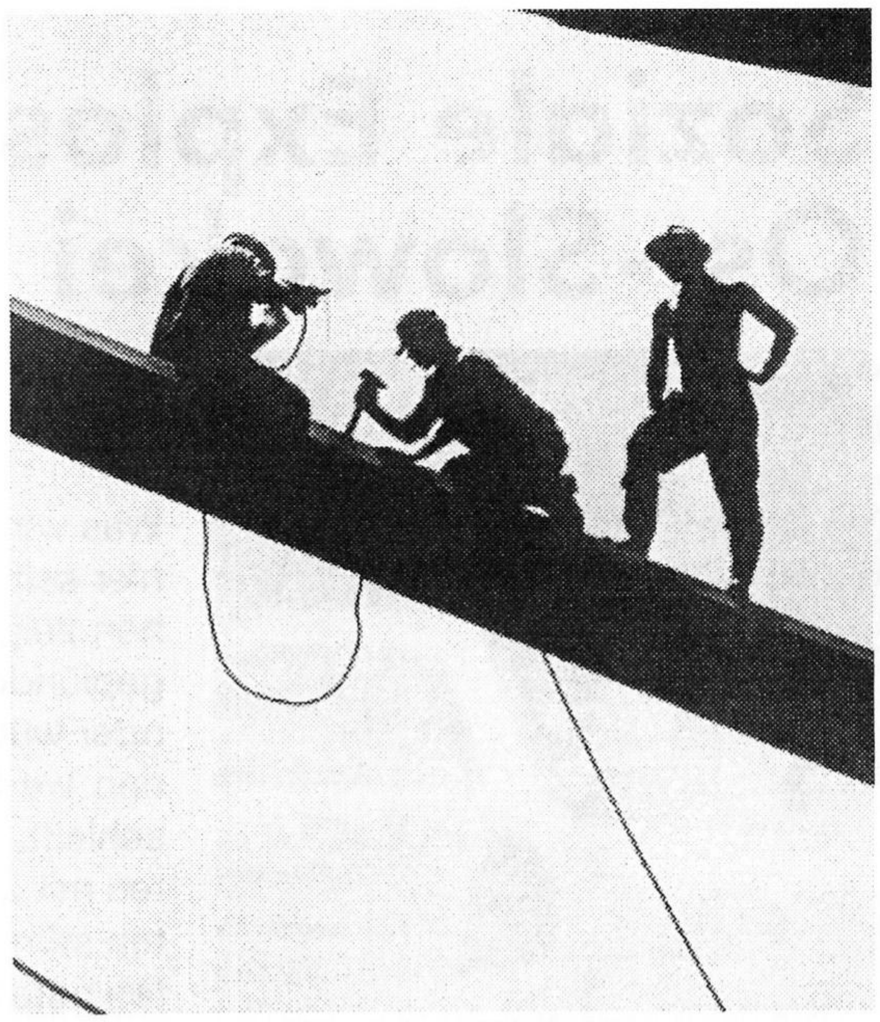
Auch Mindestlöhne stehen oft nur auf dem Papier, keine Behörde wacht über die Einhaltung. Der Mindestlohn kann vor Gericht eingeklagt werden, was die meisten Leute erst rückwirkend tun. Die Erfahrung mit anderen, lange arbeitsrechtlich verankerten Standards wie der Lohnfortzahlung bei Krankheit in Minijobs, zeigt, dass dies nochmals im Betrieb durchgesetzt werden muss. Jeder noch so dämliche Chef wird darauf verweisen, dass es bei ihm nun mal nicht üblich sei, in Krankheitszeiten Lohn zu bezahlen. Und jede Arbeiterin wird es sich zweimal überlegen, ob sie ganz alleine dieses Recht einklagen will. Es bleibt nur der genauso schwierige Weg der gemeinsamen Aktion mit ihren Kolleginnen, ob im Betrieb oder vor Gericht.
Real ist der Lohn von der Stärke der ArbeiterInnen insgesamt oder im jeweiligen Betrieb abhängig. Weigert sich in Brandenburg ein Bauarbeiter, unter dem Mindestlohn zu arbeiten, kann er ablaufen. Weigert sich die gesamte Belegschaft und lässt die Baustelle ruhen, dann hat der Unternehmer ein Problem. Die afrikanischen Bauarbeiter vom Berliner Alexanderplatz, die ihre Löhne mit vielen Aktionen erstreiten mussten, haben ganz selbstverständlich eben nicht den gesetzlich festgelegten Mindestlohn zugesprochen bekommen, sondern das, was ihnen vorher zugesichert worden war!
Debatten um die »erforderlichen Maßnahmen« des Staates führen nicht weiter. Die Diskussion um gesetzliche Mindeststandards ist eher Ausdruck der Schwäche der Klasse, als dass sie echte Veränderungen bringen könnte.

Die »außerparlamentarische Linke« organisiert seit fast zwei Jahren Initiativen »gegen den Sozialabbau«. Die meisten dieser Initiativen wollten den Sozialstaat retten und sahen nicht, dass der an eine bestimmte Phase der kapitalistischen Akkumulation gebunden war. Ihre Kritik an den Ungerechtigkeiten der aktuellen Politik verkannte, dass der Sozialstaat auch in seiner Hochphase die Ausbeutung der Arbeiterklasse flankierte.

Inzwischen weht hier ein frischer Wind: Viele kleine Gruppen machen Aktionen auf den Arbeitsämtern, einmal, weil viele aus diesen Gruppen selber als Arbeitslose unter Druck geraten, andererseits, um diese Orte zu politisieren. In mehreren Städten hat ein Erfahrungsaustausch zwischen Leiharbeitern angefangen, es gibt örtliche »Sozialforen«, in denen zumindest ansatzweise die jeweiligen Bedingungen von Ausbeutung und Arbeitslosigkeit jenseits der gewerkschaftlichen Denkmuster diskutiert werden. ***Auch die StudentInnen*** thematisierten in ihren Streiks die »Angriffe auf den Sozialstaat« und haben versucht, gemeinsame Aktionen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu machen (dass das meistens nicht geklappt hat – dazu siehe den Artikel auf S. 15 ff.).

Die *Großdemonstration* am 1. November 2003 in Berlin, an der zwischen 50 000 und 100 000 Menschen teilgenommen haben, hatte in diesem Zusammenhang eine Katalysatorfunktion. Nicht die Zahl ist daran das Besondere, sondern die Tatsache, dass diese Demonstration ohne die Mobilisierung durch die Apparate der Gewerkschaften zustandekam. In vielen Berichten ist von der spontanen Teilnahme vieler tausend BerlinerInnen die Rede. Vielleicht bricht sich endlich auch in der BRD antikapitalistischer Protest auf der Straße Bahn ...

Noch sind diese Proteste nicht an den Orten der Ausbeutung angekommen. Trotz massiver Verschlechterungen auch in vielen großen Betrieben



(Krankenhaus, Transport, Automobilindustrie) zeigen die alteingesessenen ArbeiterInnen dort zunächst eine Haltung des Abwartens: Sie wollen so weit wie möglich den Bestand ihrer Arbeitsbedingungen sichern, aber dahinter lauert bereits die Ahnung davon, dass genau das nicht mehr lange gut gehen wird. Erste Konsequenzen haben ArbeiterInnen bei Ford in Köln gezogen, einem seit Jahrzehnten mustergültig gewerkschaftlich kontrollierten Betrieb: Im November gab es einen zweieinhalbtägigen wilden Streik von 1000 ArbeiterInnen wegen der Ankündigung von Entlassungen in ihrem Bereich. Busfahrer in Leverkusen streiken seit Wochen gegen ihre prekären Arbeitsbedingungen und Löhne, zeitweise unterstützt von ihren (noch) bessergestellten KollegInnen.

Wie hieß es doch in *il manifesto* zutreffend: »Die Flexibilisierung der Arbeit kehrt sich um in die Flexibilisierung der Kämpfe.« ■

Soziale Explosion in der Ost-Slowakei

Was wir gerade in der Slowakei gesehen haben, hat es hier seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Das Fernsehen zeigte die ganze Zeit Roma-Kinder, die vor einem geplünderten Geschäft »Wir wollen essen« skandieren, oder wütende Roma, die mit Flaschen und Pflastersteinen werfen. Wir sehen, wie die Polizei mit Tränengas schießt, Wasserwerfer einsetzt und wie Sondereinheiten mit automatischen Waffen die Wohnungen von Leuten stürmen, die an Plünderungen und Straßenschlachten beteiligt gewesen sein sollen. Was wir aus Argentinien, Bolivien, Irak oder Haiti kennen, rückt an die Realität der Arbeiterklasse in Mitteleuropa viel näher als je zuvor.

Dieser Artikel stammt von der tschechischen Gruppe *Solidarita*.
http://alarm.solidarita.org

Wenn wir die gerade stattfindende Revolte der Roma- (und in geringerem Maße auch Nicht-Roma-) ProletarierInnen in der Slowakei verstehen wollen, müssen wir uns zuerst ihre Situation ansehen.

Wie wird man überflüssige ProletarierInnen los?

Die Slowakei ist keine Ausnahme in den weltweiten Versuchen des Kapitals, den Sozialstaat zu demontieren, um Zeit und Raum für das Überwinden seiner Krise zu gewinnen. Bei den jüngsten Reformen des Sozialsystems in der Slowakei gab es tiefe Einschnitte in der Unterstützung der Haushalte. Konnte eine fünfköpfige Familie 2002 bis zu 17.890 Sk (40 Slowakische Kronen sind etwa ein Euro) Unterstützung bekommen, waren es ein Jahr später 13.650 Sk und in diesem Jahr nur noch 6.710 Sk. Der durchschnittliche Monatslohn in der Slowakei beträgt 14.000 Sk, aber 2003 sank seine reale Kaufkraft. Die Arbeitslosigkeit liegt bei ca. 15,6%, aber die Roma leben hauptsächlich in Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch oder noch höher ist. In vielen Roma-Gemeinden liegt sie bei fast 100%.

In der Slowakei gibt es bei einer Gesamtbevölkerung von 5,4 Millionen etwa 400.000 Róma. Wegen der höheren Geburtenrate steigt ihr Anteil allerdings. Mit den bisherigen Sozialleistungen konnten Eltern mit vielen Kindern der Lohnsklaverei entkommen. Sie waren dann natürlich sehr arm, aber man konnte trotzdem überleben, ohne zu verhungern, vor allem durch Schwarzarbeit, Ladendiebstahl, kleine Diebstähle oder Gemüseanbau im eigenen Garten und Haustierhaltung. Tatsächlich hatten die Roma, die bei jeder Entlassungswelle seit 1989 immer als erste entlassen wurden und so seit über einem Jahrzehnt zum großen Teil vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren, gar keine andere Option, selbst wenn sie arbeiten wollten. Man kann sogar sagen, dass ein Großteil ihrer jungen Generation nie in Lohnarbeit war.

Die slowakische Regierung hat als ausdrückliches Ziel der Reform genannt, die Arbeiterklasse daran zu hindern, »von Kindern zu leben«. So soll sie zu einer echten »Reservearmee« von ArbeiterInnen werden, die gezwungen sind, jeden Job anzunehmen. Damit sollen die Löhne insgesamt gedrückt werden, was wiederum das Land attraktiver für ausländisches Kapital machen soll. Im Fall der Roma wirkt dieser Anreiz nicht. Wenn man in Gegenden lebt, wo die Arbeitslosigkeit nicht unter 30% sinkt, und man auch auf dem Arbeitsmarkt rassistisch diskriminiert wird, ist es schwer, auch nur einen schlecht bezahlten Job zu finden. Außerdem gehen gerade mal 1,8% der ausländischen Investitionen in die östlichen Regionen der Slowakei (Preov und Koice), wo die Rebellion ausgebrochen ist. Im übrigen ist das ausländische Kapital allgemein nicht nur an billigen, sondern auch an qualifizierten Arbeitskräften interessiert, wie sich an der Struktur der Investitionen ablesen lässt (vor allem in die Auto-, Elektronik- und Stahlindustrie). Die Roma sind überwiegend ungelernte Arbeitskräfte.

Zusätzlich wird jetzt die Auszahlung der neuen, niedrigeren Arbeitslosen- und Sozialunterstützung davon abhängig gemacht, dass man irgendwelche gemeinnützigen ABM-Jobs (letztlich eine Art Zwangsarbeit) macht. Aber selbst wenn die örtlichen Behörden genug Geld hätten, soviele ArbeiterInnen in diese ABM-Jobs einzustellen, wie sie bräuchten, könnten sie immer noch nicht ausreichend Stellen für alle Arbeitslosen anbieten.

Wenn man alle diese Faktoren zusammennimmt, kommt man leicht zu der Hypothese, dass hinsichtlich der Roma-ProletarierInnen ein unausgesprochenes Ziel der Regierung darin besteht, das Bevölkerungswachstum von überflüssigen ArbeiterInnen zu stoppen. Und die Roma wissen oder spüren das, was insgesamt einen ziemlich explosiven Cocktail ergibt. Anfang Februar warnte der slowakische Geheimdienst vor einer möglichen Klassenradikalisierung der Roma, die mit einer allgemeineren Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse verschmelzen könnte ...

Bewegung kollektiver Aneignungen

Die ersten Zeichen zunehmender sozialer Unruhe in den östlichen Regionen der Slowakei tauchten ab dem 6. Februar auf. Aus Protest gegen die Senkung der Sozialunterstützung weigerten sich Menschen aus einem Dorf namens Hran im Bezirk Trebiov, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Am 8. Februar fand in Pavlovce nad Uhom eine Kundgebung von mehreren hundert Roma gegen die neuen Sozialgesetze statt. Vier Tage später fand eine ähnliche Versammlung von 300 Menschen in Michalovce statt. Roma drohten offen mit Aneignungsaktionen.

Zwischen dem 11. und dem 14. Februar wurde ein Billa-Supermarkt in Levoa insgesamt viermal von einer Gruppe von über 80 Roma angegriffen, die Lebensmittel plünderten. Die meisten von ihnen hatten nur ein paar Brötchen im Einkaufswagen, aber Würste, Fleisch und Tiefkühlkost unter ihren Jacken. Die Billa-Wachleute riefen eine Streife der Stadtpolizei, aber die plündernden Roma drohten ihnen Rache an und erklärten, sie seien zum Plündern gezwungen, da sie nichts zu essen hätten.

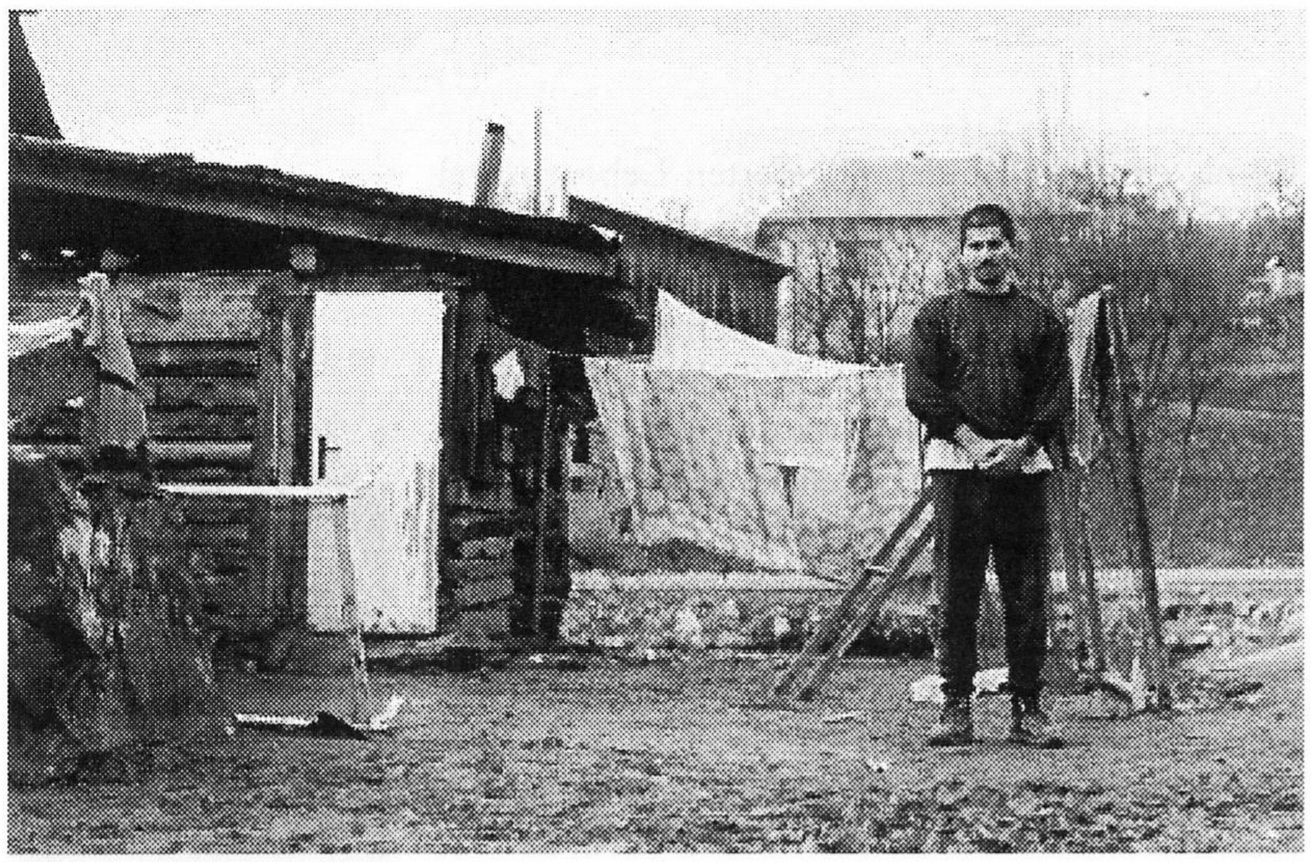
Am 18. Februar fand in Vranov nad Topl'ou ein gemeinsamer Protest von Roma- und Nicht-Roma-ProletarierInnen statt, bei dem die Leute neue Arbeitsplätze forderten. Nach offiziellen Statistiken gibt es in der Region 8.000 Arbeitslose und nur 50 freie Stellen. Sie wandten sich auch gegen die asozialen Reformen.

Am Morgen des 20. Februar bemerkten VerkäuferInnen in Drahnov bei Schichtbeginn, dass ihr Laden geplündert worden war. Weitere Aneignungen fanden in Ierna nad Tisou statt. 40 bis 50 Roma, darunter Kinder, plünderten Lebensmittel im Wert von 40- bis 50.000 Sk. 13 von ihnen wurden festgenommen und mit Strafverfahren überzogen. Am nächsten Tag versuchten etwa 200 Roma erfolglos, einen COOP-Jednota-Laden in Trhovite (Bezirk Michalovce) zu plündern. Der Filialleiter schloss den Laden ab und rief die Polizei. Die Plünderer forderten Einlass in den Laden, um sich umsonst Lebensmittel mitzunehmen. Die Anweisungen der Polizei wurden ignoriert, also rief diese Verstärkung einschließlich eines SEK aus Koice. Danach zerstreuten sich die Roma. Aber am Abend waren sie wieder da und versuchten, in den Laden einzubrechen. Leider wurden dabei 33 von ihnen festgenommen.

Schwer ausgerüstete Bulleneinheiten treiben in den Riot-Gebieten ihr Unwesen.

Am 23. Februar versammelten sich mehrere hundert Roma im Zentrum von Trebiov. Die Polizei erklärte die Versammlung für illegal und drängte sie aus der Innenstadt heraus. Auf dem Rückzug gelang es ihnen, einen Laden zu plündern. Polizeieinheiten trieben die Roma in ihren Stadtteil zurück und belagerten diesen. Am Abend versuchten 248 Polizisten, die wütende Menge mit Wasserwerfern, Tränengas, Blendschockgranaten und sogar Warnschüssen auseinanderzutreiben. Die Roma antworteten mit Stein- und Flaschenwürfen, bei denen zwei Polizisten verletzt und zwei Polizeiwagen beschädigt wurden, und riefen Parolen wie »Faschisten!« und »Wir wollen essen!«. Nach einer Stunde waren die Auseinandersetzungen vorbei, aber das Gebiet wurde abgeriegelt. Am nächsten Tag griffen 30 Roma, darunter Kinder, einen Polizeibus mit Steinen an. Wieder stürmten mehrere hundert Polizisten das Dorf, und die Roma flohen auf die umliegenden Felder. 69 von ihnen haben jetzt Verfahren wegen Diebstahl, Landfriedensbruch und Angriff auf Polizisten. Ein Rom kommentierte diese Ereignisse folgendermaßen: »Wir wollten nur deutlich machen, dass unsere Kinder Hunger haben. Die Regierung gibt uns weder Geld noch Lebensmittel, und dann hetzen sie auch noch die Polizei auf uns.« Kurz danach wurde öffentlich bekanntgegeben, dass die Regierung beschlossen hatte, über 600 Soldaten in die Unruheregion zu schicken. »Das gibt Krieg, wir sind bewaffnet!« reagierte ein wütender Rom in Trebiov.

Am 25. Februar plünderten mehrere Roma-Frauen, -Kinder und ein Mann einen Laden in Aklov. Die Polizei nahm sie unter Gewaltanwendung fest und verletzte dabei ein kleines Kind. Während der letzten Februartage gab es eine sichtbare Verlagerung der Plünderungen aus dem Osten in die Mitte und den Süden der Slowakei. Trotzdem waren dies nur isolierte Fälle. Wichtig daran war, dass sich in Zemplin (am 24. Februar) auch einige Nicht-Roma-ArbeiterInnen an den kollektiven Aneignungsaktionen beteiligten. Wichtiger



Die Lebensbedingungen für Roma in der Slowakei sind erbärmlich.

Auslöser der Unruhen waren mancherorts auch die Berichte in den bürgerlichen Medien. Die Proteste, Plünderungen und Randale in Trebiov wurden tatsächlich dadurch angeheizt. Die dort lebenden Roma erfuhren, was woanders los war, und schlossen sich spontan der Bewegung an. In mehreren anderen Fällen kamen Roma zu Supermärkten und erklärten, dass sie sich Lebensmittel umsonst nehmen würden, weil sie das im Fernsehen gesehen hätten.

Repression und Vereinnahmung

Neben dem direkten Einsatz von Polizei und Armee versucht die slowakische Regierung auch, die rassistische Karte zu spielen, um eine Verallgemeinerung dieser Klassenkampf-Bewegung zu verhindern. Also tun sie ihr Bestes, um die Mehrheitsbevölkerung davon zu überzeugen, dass es sich nicht um soziale Unruhen, sondern um »Roma-Unruhen« handle (Innenminister Vladimir Palko). Sie behaupten auch, dass es sich nicht um Plünderungen, d.h. kollektiv organisierte und durchgeführte Aneignungen, handle, sondern »gewöhnliche Verbrechen, wie sie jeden Tag stattfinden« (ebenfalls Palko). Andererseits sagt die Regierungslinie, dass Plünderungen stattfänden, diese aber von Wucherern organisiert seien. Es erschließt sich aber nicht, welchen Vorteil die Wucherer von Angriffen auf die Warenzirkulation haben sollten.

Es gibt aber auch eine andere Seite der Medaille, nämlich die Vereinnahmung des Kampfs der Roma-ProletarierInnen. Sozialminister Kanik erklärte, bei den Roma sei die Regierung bereit, einige Zugeständnisse in der Reform der Sozialunterstützung zu machen. Gleichzeitig werden Sozialarbeiter in die Problemgebiete geschickt, um den Roma zu erklären, dass Plündern eine schlechte Lösung mit katastrophalen Folgen sei. In Novaany bei Koice waren Roma seit dem 22. Januar, als ihre Holzbaracken abbrannten, obdachlos. Am 24. Februar bekamen sie von der Regierung plötzlich neue Übergangswohnungen. Am 25. Februar unterzeichnete ein Bürgermeister des Dorfs Trhovite eine Vereinbarung mit dem Arbeitsamt in Michalovce über die Einrichtung von ABM-Stellen für die an den Plünderungen beteiligte arbeitslose örtliche Roma-Gemeinschaft. Diese Liste von Beispielen für Vereinnahmungsversuche könnte noch viel länger sein.

Eine kritische Rolle bei der Repression und Vereinnahmung hat auch die Roma-Mittelschicht und ihre politische Vertretung gespielt. Zunächst rief das Roma-Parlament der slowakischen Republik zu einem nationalen Protesttag am 25. Februar auf. Es waren sogar Blockaden von Eisenbahnstrecken und Grenzübergängen geplant. Als der Klassenkampf aber intensiver und unkontrollierbarer wurde, legten sie den Rückwärtsgang ein und erklärten, ihre Idee sei »missbraucht« worden. Und so fingen sie dann an, zur Absage des Protesttags aufzurufen, allerdings ohne Erfolg. An vielen Orten gab es Demonstrationen, aber sie blieben weitgehend friedlich, ohne Plünderungen und Straßenschlachten. Auch der Roma-Rat der Slowakei verkündete, es sei Zeit, die Proteste zu beenden, denn »dies ist nicht der richtige Weg«. Außerdem boten sie der Polizei ihre Hilfe bei der Niederschlagung der Proteste im Osten an und schlugen gemeinsame Streifen aus Roma und Polizisten vor.

Wie weiter?

Im Moment sieht es so aus, als hätte sich die Situation beruhigt. Die harte Repression hat die revoltierenden Roma bisher davon abgehalten, weitere direkte Massenaktionen zu unternehmen. Dieses Abebben der Aktionen und die Tatsache, dass die Bewegung nur ein geringes politisches Bewusstsein entwickelt hat, machen es womöglich leichter, sie wieder zu vereinnahmen. Die Bewegung hat es nicht geschafft, sich auf die größeren Städte auszuweiten. Koice z.B., das Zentrum der östlichen Region, hat eine starke Roma-Gemeinschaft, die in den letzten Tagen weitgehend passiv war.

Andererseits konnte die Bewegung in einigen Fällen den tiefverwurzelten Rassismus gegen die Roma überwinden. Vor allem während der friedlichen Proteste am 25. Februar demonstrierten Roma-ProletarierInnen zusammen mit einigen »weißen« ArbeiterInnen, die sich für die kollektiven Aneignungsaktionen aussprachen (z.B. in Humenné): »Sie hätten das schon lange tun sollen.« Oder: »Wir sind von ihren Aktionen nicht überrascht, denn so kann man wirklich unmöglich leben.«

Eins scheint klar zu sein: Das Kapital und seine Regierung können dieses Problem nicht lösen, genau wie sie ihre Krise nicht lösen können. Wenn es ihnen gelingt, die Bewegung diesmal zu unterdrücken, schiebt das den Tag der Abrechnung nur hinaus.

Solidaritan

»Standort« vs. »Wir wollen alles«

Zur Streikbewegung an den Hochschulen

Es gibt in Deutschland über zwei Millionen StudentInnen, das ist ein historischer Höchststand. Knapp 40% eines Jahrgangs fangen heute ein Studium an, vor zehn Jahren waren es noch 25%. Allerdings sind 40% im internationalen Vergleich keine herausragende Quote: in Neuseeland, Schweden oder Polen studieren um die 70% eines Jahrgangs.

Das Studium soll gestrafft und international standardisierte Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt werden, die von Anfang an wesentlich strukturierter ablaufen als das derzeitig relativ liberale System. Schätzungen gehen davon aus, dass in Zukunft nur ca. 20% der Studierenden zu Masterstudiengängen zugelassen werden, weil ein Bachelor-Abschluss als »berufsqualifizierend« angesehen wird. Damit verbunden werden Überlegungen, für »weiterführende« bzw. »Zweitstudien« Studiengebühren zu erheben. Der andere Teil der Reform zielt auf die Hochschulen selbst. Sie sollen mit weniger Geld auskommen, bei Personal- und Betriebskosten sparen. Institutsschließungen und -zusammenlegungen sollen weitere Einsparungen bringen. Diesen Überlegungen setzten die StudentInnen über Monate hinweg Widerstand entgegen.

Für den 13.12. wurde zu drei bundesweiten Demos mobilisiert. Zehntausende folgten dem Aufruf. Dennoch gelang es kaum, den Schulterschluss zu anderen gesellschaftlichen Gruppen herzustellen.

Vier Tage nach der großen Demonstration gegen die Agenda 2010 am 1. November 2003 beschließt eine Vollversammlung der Studierenden der TU Berlin den Streik (Bericht S. 16). Es war bekannt geworden, dass der Senat 10 Millionen Euro Studiengebühren ab 2005 und weitere 75 Millionen Euro Einsparungen an den drei Berliner Unis fest in seinen Haushalt eingeplant hatte. Zwei Wochen später rufen auch die VVs der HU und der FU den Streik aus, dem sich dann weitere – von der aktuellen Sparrunde nicht betroffene – Berliner Hochschulen anschließen, so UdK, ASFH, FHTW.

Die Streikbewegung weitet sich in den folgenden Wochen auf andere Städte aus: München, Frankfurt, Göttingen, Jena, Leipzig, Bremen, Hamburg... Richteten sich die Besetzungen und Aktionen anfangs hauptsächlich gegen die Sparpläne der jeweiligen Landesregierungen, so weiteten sich die Themen bald aus – einerseits in Richtung allgemeiner Sozialabbau, was in Berlin zu gemeinsamen Aktionen zwischen Studierenden und Betriebsräten führte; andererseits ging es immer mehr auch um die Hochschulreform.

Die Streiks begannen, als eigentlich alles schon entschieden schien. In Berlin waren die Sparbeschlüsse im Sommer klammheimlich über die Bühne gegangen. In Sachsen hatten sich die Hochschulen in einem »Hochschulkonsens« mit den Sparplänen einverstanden erklärt. Deshalb sahen die studentischen VertretungspolitikerInnen hier zunächst keine Notwendigkeit, sich dem Streik anzuschließen. Allerdings wurden sie z.B. in Leipzig von ihrer eigenen Basis überholt, die auf einer Vollversammlung am 10. Dezember den Streik beschloss (Bericht S. 18).

Mitte Dezember sah es fast danach aus, als könnten die Proteste der StudentInnen gegen Bildungs- und Sozialabbau zu einer ausgewachsenen sozialen Bewegung werden. Die Positionen, die oft noch einer studentischen Standortlogik verhaftet waren (»Wir sind das Humankapital – in die Universitäten zu investieren, heißt die Zukunft Deutschlands sichern«), radikalisierten sich im Laufe der Aktionen. Zum einen sicher deswegen, weil gegen Ende die politisch radikaleren Leute übrigblieben, zum andern, weil versucht wurde, die Bewegung in einen größeren gesellschaftlichen Rahmen zu stellen.

Im Großen und Ganzen blieben die StudentInnen aber im Rahmen, nur wenige kleinere Gruppen verstießen hin und wieder gegen die Regeln. Generell ist es nicht gelungen, die Unis längere Zeit wirklich zu blockieren. Die FAZ schreibt von »Streik light«, das Streikkomitee der Leipziger Uni bekennt sich zum »konstruktiven Streik«, was bedeutet, dass keine Lehrveranstaltungen blockiert werden. Dafür werden die Studierenden von Seiten der Politik auch meist mit Wohlwollen behandelt, fast scheint es, als wolle man die Streikbewegung »totschmusen«.

Als sich die Studierenden im Januar größtenteils wieder ans Studieren machen und die AktivistInnen den versäumten Stoff nachholen müssen, ist zumindest einiges erreicht. In Bayern werden statt 10% nur 5% gespart, die Schließung einiger Institute in Berlin ist verhindert, der Sparplan wird neu verhandelt. In Frankfurt votiert der Senat der Uni gegen die Einführung von Studiengebühren... ■

Eine Studie des *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE) besagt, dass 59% der befragten StudentInnen eine Semestergebühr von 500 Euro für gerechtfertigt hielten, sofern sie »sozialverträglich« wären und den jeweiligen Unis direkt zufließen würden.

Zwei Monate Streik an Berlins Universitäten

Demobericht aus Magdeburg:

Am 28.01. ist in **Sachsen-Anhalt** die Studibewegung aus dem Winterschlaf erwacht. Ca. 3000 Leute demonstrierten zum Landtag, wo gerade die Kürzungen diskutiert wurden.

Die Demo war recht nett (relativ laut und auch viel Bewegung), die Transpis aber eigentlich alle ziemlich banal. Von einfach »FH Magdeburg« oder »Fachschaft XY« ohne irgendwas dazu (anscheinend ein Überbleibsel der DDR-Mai-Demo-Tradition) über »Wir sind die Zukunft« bis hin zu »Mit uns stirbt die Kultur« – überhaupt viele Totenkreuze, Särge, Gevattern Tod. Aber auch einige Seitenhiebe auf die Elite-Studenten oder »Selbstkontrolle erhalten«.

Abschlusskundgebung war auf dem Domplatz vor dem Landtag. Dort war auch gleichzeitig eine ziemlich alberne »Bildungsmesse« (d.h. Werbestände für die versch. Unis/HS). Der Tenor der gehaltenen Reden war etwa: »Wir wissen besser, wo gespart werden kann.« Einzig eine Vertreterin des Stura aus Halle hat »Marktwirtschaft« und »Verwertungszwänge« thematisiert und dann die albern-pubertären Aktionsformen ihres Publikums auf Korn genommen.

Der Moderator auf der Bühne hat sich ganz zum Schluss noch von Flugis distanziert, die zur Spontandemo zum Fraunhofer-Institut aufriefen, wo gerade der Kanzler-Schröder eine Visite gab. Dadurch haben die meisten erst davon erfahren, sodass dann doch noch etwa hundert Leute dorthin gezogen sind, die wegen der massiven Polizeipräsenz zwar nicht ganz ran kamen aber zumindest genügend Lärm machen konnten.

Der erste Streiktag an der Technischen Universität Berlin

An einigen Gebäuden stehen am Morgen Streikposten, verteilen Flugblätter, und sprechen ihre Kommilitonen an. »Wir streiken. Du weißt warum? Schau her, lies mal das.« Aber eigentlich hat niemand Erfahrung mit dem Streikpostenstehen, auch nicht die wenigen älteren Semester, die sich in diesen Anfangsstunden beteiligen. Und wie das heute zu machen sei, wurde auch nicht so recht besprochen – gestern auf der Vollversammlung.

So fallen die Herangehensweisen und Ergebnisse an den verschiedenen Gebäuden recht unterschiedlich aus. Wer jedoch wirklich hinein will, kommt durch. Allmählich treffen schon mehr Streikende ein und beginnen, durch die laufenden Veranstaltungen zu gehen, um dort für den Streik zu mobilisieren – eigentlich um die Veranstaltungen zu beenden. Immerhin ist ja Streik und wir sind ein Sprengtrupp. Aber wer von uns will da überhaupt reden. Und was dann sagen? Auf Wiedersehen Herr Professor – wir streiken jetzt?

Die Erfolge sind eher mäßig, aber immerhin sind wir jetzt genug, um uns an der Blockade des Ernst-Reuter-Platzes zu versuchen. Bei Grün laufen wir auf die Straße. Das geht ganz einfach. Schon in wenigen Minuten ist der Platz recht zugestaut. Bald wird gehupt, einige Autofahrer kommen aus ihren Wagen und erklären, warum sie hier wirklich durchmüssen, um diese Ware auszuliefern oder endlich auf Arbeit anzukommen. Aber bei allem Respekt, ich bin hier doch nicht der Chef und kann die anderen auch nicht einfach wegschicken. Nach einer Weile geben sie auf ... aber da kommt auch schon die Polizei. Ein paar freundliche Worte aus dem Lautsprecher, und schnell stehen alle auf der Mittelinsel. Man sagt, es wird über die Spontananmeldung einer Demonstration verhandelt.

Aktionen

Wirklich besetzt werden Gebäude der TU Berlin erst später, nachdem sich die Streikaktiven auch an den Instituten gruppiert haben, aber auch dann nur gelegentlich. An der Humboldt-Universität hingegen bleiben Haupt- und Seminargebäude während des ganzen Streiks besetzt. Die Streikposten bekommen da aber auch gleich Entscheidungshilfen an die Hand, wer denn überhaupt durchgangsberechtigt ist und wer dazu einen Passierschein braucht. Das ist gerade zu Beginn eine große Hilfe beim Streikpostenstehen. Eingerechnet ist dabei allerdings die Duldung durch die Universitätsleitungen. An der Freien Universität fehlt diese, und für eine Besetzung der zentralen Gebäude gegen die Universitätsleitung fehlen die Kräfte, sie bleiben geöffnet. Und auch außerhalb der Universitäten wird besetzt, die U-Bahn, Senatorenbüros, die taz, die Zentralen der Regierungsparteien, das CHE der Bertelsmann-Stiftung, das Rote Rathaus und sogar der Offene Kanal Berlin.

Zahlreich sind die Aktionen von oft fachbezogenen Gruppen, die um den öffentlichen Ausdruck der eigenen Anliegen ringen. Da begleiten die Theologen im Talar die unvermeidlichen Beerdigungen von Bildung und Sozialstaat und es wird Laub geharkt (Landschaftsplanung), ein Slum vor der Uni aufgebaut (Architektur), Theater gespielt und viel gesungen. Gerade letzteres eignet sich auch gut als Störaktion. Ein Liedzettel, ein paar sangesfreudige Kommilitonen geschnappt und schon geht es zum nächsten öffentlichen Termin des Regierenden Bürgermeisters. Und wer nicht singt, stört halt mit anderen Mitteln. Durch diese Aktionen finden sich nach und nach an den Instituten Gruppen von Aktiven zusammen, die gerade in der Anfangsphase so sehr fehlten. Allerdings wirst du kaum plötzlich dein Institut besetzen, wenn deine Veranstaltungen bisher trotz »Streik« regelmäßig stattgefunden haben. Darum wenden sich die Aktiven weitgehend nach außen. Sie besetzen, stören, demonstrieren und erreichen damit eine erstaunli-

che Präsenz in den Medien, während die Präsenz in der Universität zusehends verfällt. Besonders gravierend ist das dort, wo nicht (mehr) oder nur sporadisch besetzt wird. Nach einer ausgedehnten Anfangsphase stößt deshalb im Laufe des Dezembers kaum jemand mehr neu zu den Aktiven.

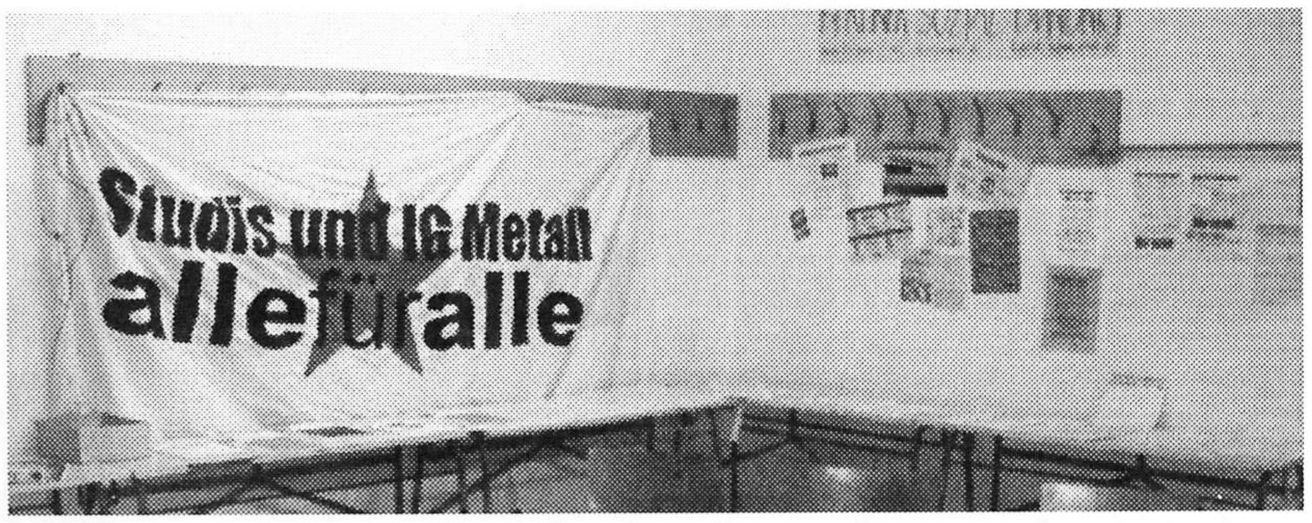
... mit anderen betroffenen Gruppen

In Berlin ist es offensichtlich, dass nicht nur an Universitäten und bei Studenten gekürzt wird. Es reicht ein Blick in den Katalog der Einzelmaßnahmen zum Haushalt. Dort steht die Einführung von Studiengebühren in einer Reihe z.B. mit Kürzungen bei den Kindertagesstätten und der Streichung der Senatszuschüsse für das Sozialticket.[1] Schnell wird deshalb die Solidarität mit den anderen betroffenen Gruppen erklärt, auch wenn die Solidarität vorerst etwas papieren bleibt.

Aber bald schon wird versucht, diese Erklärungen auch zu verwirklichen. Wer dies versucht, stößt durchweg auf belebende Resonanz. Fast alles scheint zu gehen. Flugblattverteilen in der S-Bahn wäre außerhalb des Streiks ein Unding, jetzt geht es. Es wird gelesen, manchmal entwickelt sich eine Diskussion daraus, und dass wir alle drei Millionen in Berlin auf die Straße gehen müssten, erfährst du bei der Gelegenheit ebenfalls. Du kannst dir völlig unbekannte Leute treffen, die dein Flugblatt vervielfältigen, um es selbst zu verteilen oder in der U-Bahn aufzuhängen.

Dennoch bleibt es schwierig, wirklich Brücken zu schlagen. In der Ausnahmesituation Streik scheint vieles möglich. Wir erleben Begegnungen auf Augenhöhe – aber der Schulterschluss bleibt aus und scheint fern, wenn nicht mehr Leute selbst in Bewegung und damit für neue Möglichkeiten empfänglich sind.

Eine Anzahl von Initiativen umgeht dieses Problem von vornherein, indem sie sich gleich an Vertreter (der Betroffenen) wenden. In diesem Geist entsteht das Berliner Bündnis gegen Sozial- und Bildungsraub. Die hochgesteckten Erwartungen – linke Schillpartei – verfliegen recht schnell, zu oft offenbaren sich die Schwächen dieses Ansatzes. Bei einer Kundgebung der lokalen IG-Metall und des Betriebsrates vor Osram stehen die unterstützenden Studenten dann auf einmal ziemlich allein da. Für den 13. Dezember wird die Unterstützung des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg gewonnen. Es soll eine große Demonstration gegen Sozial- und Bildungsabbau werden. Der DGB ruft zur »Demonstration der Studierenden« auf. Folgerichtig kamen auch fast nur diese. Nur weil Studenten aus dem ganzen Bundesgebiet anreisen, wird es dennoch die größte Demonstration des Streiks.



Wir fordern...

Am Anfang bedeuten die Forderungen noch etwas. Es wird um sie gestritten. Richtig klar ist sich aber offenbar niemand über die Rolle der Forderungen. Wozu stellen wir Forderungen?

So gibt es eine Tendenz, die – aus der Erfahrung der inneren Schwäche des Streiks – die Forderungen immer mehr entschärfen will. Sie glauben, damit den Streik zu stärken und mehrheitsfähiger machen zu können. Die Linken entlarven die dabei vorgebrachten Argumente schnell als standortnationalistisch etc. – scheinen sich selbst aber kaum um diese innere Schwäche zu sorgen. Mitunter wird ihnen diese Schwäche sogar zur Bedingung ihres Handelns. Eine kleinere Vollversammlung ist dann ganz bequem, um radikalere Forderungen zu verabschieden. Diese nimmt zwar an der Universität längst niemand mehr ernst, weil sie sich nicht als handlungsorientierend erweisen, aber das ist ja kein Schade, wenn es nur noch darum geht, sich für das außeruniversitäre Politikmachen zu empfehlen. Das kann soweit führen, dass zusammengeschrumpfte Vollversammlungen quasi ohne Gegenstimmen Streik und Besetzung beschließen, aber nach einer guten halben Stunde beendet werden, damit alle noch in ihre Seminare gehen können. Besetzungen finden ja schon seit Wochen nicht mehr statt. Sich selbst nicht mehr ernst zu nehmen – die eigenen Forderungen, Beschlüsse, Vollversammlungsreden – scheint eine Voraussetzung dieses Politiktreibens zu sein.

Aber auch die Verwässerer ziehen eine merkwürdige Konsequenz aus der Erfahrung innerer Schwäche. Es ist uns sicher nicht damit gedient, unsere Forderungen zu wahlkampftauglichen Phrasen abzunützen. Wenn ich Forderungen aufstelle, dann um mein Handeln erkennbar zu machen und andere zum Mitstreiten aufzufordern. Die meisten unserer Forderungen leisten dies nicht. Und selbst bei einer so grundlegenden Entscheidung wie der, den Streik zu beginnen, fehlt es der Vollversammlung an Geduld, um in Ruhe deren Bedeutung zu ermessen und zumindest ansatzweise Kriterien für das Verhalten im Streik zu entwickeln. Solche Versäumnisse dürften einen Gutteil dazu beigetragen haben, dass der größte Teil der Studenten sich kaum aktiv am Streik beteiligt hat. *e.*

(...gekürzt...)

Kaum irgendwo sonst gab es so weitreichende Versuche, die Streikbewegung mit anderen sozialen Protesten zu verbinden, wie in Berlin: Alle für alle! IG Metal und Studis. Was aber ist von der IG Metall zu erwarten?

[1] Das Sozialticket ermöglichte Sozialhilfeempfängern bis Ende 2003 die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmitteln für 20 Euro im Monat. Das heißt seit Januar Mehrkosten von fast 40 Euro oder weitgehende Immobilisierung.

Leipzig:

»konstruktiver Streik« und eine nicht demokratisch legitimierte Rektoratsbesetzung

Ein Highlight der Leipziger Aktionen war die Blockade einer Pressekonferenz, auf der Kanzler Schröder über die Leipziger Olympia-Pläne berichten wollte. Mehrere tausend StudentInnen verhinderten die Konferenz am geplanten Ort und lieferten sich Rangeleien mit der Polizei.

Am 10. Dezember wurde auf einer Vollversammlung an der Leipziger Uni, auf der lediglich eine Demo gegen Bildungs- und Sozialabbau besprochen werden sollte, der Streik beschlossen – allerdings erst für den Januar. Der StudentInnenrat (Stura) – das Pendant eines AStA – war davon einigermaßen überfahren worden. Ein Streikkomitee wurde gegründet, in dem Debatten darüber entbrannten, was denn »Streik« bedeute, inwiefern man sich damit in Gegensatz zur Uni-Leitung bewege. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, dass es nicht zu einer Blockade prüfungsrelevanter Veranstaltungen kommen sollte. Aber noch während das Streikkomitee auf der Vollversammlung sein Konzept des »konstruktiven Streiks« vorstellte, besetzte ein Dutzend Leute das jenseits des Hauptgebäudes befindliche Rektorat, erklärte sich zur neuen Uni-Leitung und benutzte die Pressestelle des Rektors, um eine Presseerklärung zu veröffentlichen, in der sie den Rücktritt des Rektors forderte.

Kurz danach erhielten die BesetzerInnen Verstärkung durch die Demonstration, die im Anschluss an die VV, auf der der »konstruktive Streik« beschlossen worden war, am Gebäude vorbeizog. Ungefähr hundert Leute tummelten sich plötzlich in den ansonsten für Besucher unzugänglichen Räumen – unter ihnen der Sprecher des Stura, der sich mit hochroten Ohren über die »kontraproduktive Aktion« beschwerte. Natürlich wollte er wissen, was denn die Forderungen der Besetzer seien, die im übrigen nicht – wie er – demokratisch legitimiert seien, für die StudentInnen der Uni zu sprechen. Die BesetzerInnen wollten zunächst mal wissen, was denn die Herrschaften hier so täten, schließlich wäre darüber zu diskutieren, wie die Verwaltung der Uni in die Hand der StudentInnen zu übergeben sei. Nach wenigen Minuten präsentierte der Stura-Sprecher eine Prorektorin als Gesprächspartnerin und sich selbst als Moderator: »...ich schlage vor, dass ich die Diskussion moderiere.« Sein Versuch, den Widerspruch zwischen der Universitätsleitung und den BesetzerInnen zu deckeln, scheiterte nach zehn Minuten, als ihm das Wort entzogen und eine gleichberechtigte Redeliste durchgesetzt wurde. Die Prorektorin konnte die Anwesenden nicht davon überzeugen, dass im Rektorat in ihrem Sinne gearbeitet würde. Das »Umsetzen der Hochschulreform« ist ja genau das, wogegen protestiert wurde.

Im Laufe des Nachmittags stellte sich mehr oder weniger das ganze Rektorat vor, um zu hören, was genau die BesetzerInnen eigentlich wollten. Die Diskussionen mit den verbliebenen ca. 60 Protestierern verliefen ziemlich kontrovers. Vorschläge des Kanzlers der Universität, man solle sich in demokratischen Parteien organisieren, statt Gesetze zu brechen, wurden abgewiesen und der Kanzler aufgefordert, lieber selbst mal Rückgrat zu zeigen und gegen seine Vorgesetzten zu rebellieren. Die zentrale und unmittelbare Forderung der BesetzerInnen lautete, die Räume weiter nutzen zu können, um von hier aus Aktionen im Rahmen des Streiks zu organisieren. Damit war auch jede Debatte um die Erfüllbarkeit der Forderung ausgehebelt: die Uni-Leitung konnte sich nicht auf den Standpunkt stellen, das stünde nicht in ihrer Macht, oder die BesetzerInnen mit dem Versprechen auf wohlwollende Prüfung oder weitere Verhandlungen herauszukomplimentieren. Die Uni-Leitung gestand auch die Ausrüstung der Räume mit Schreibtisch und PC zu, wodurch die BesetzerInnen mit einem Minimum an Aufwand und etwas Courage über bessere Möglichkeiten verfügten als das auf Konsens mit der Unileitung bedachte Streikkomitee.

Es gelang zwar während der gesamten anderthalbwöchigen »Besetzung« nicht, rund um die Uhr im Rektorat zu bleiben und dort auch zu übernachten, aber tagsüber wurden die Räume und die Technik für die Herstellung von Flugblättern, Diskussionen und ein allmorgendliches öffentliches Frühstück genutzt.

Auch rückblickend war die Besetzung ein Erfolg. Natürlich gibt es keine umittelbar messbaren Resultate, aber die Diskussion um die »Konstruktivität« des Streiks wurde polarisiert, und andere Gruppen, die dem »konstruktiven Streik« kritisch gegenüber standen, sahen sich bestärkt und drängten auf eine Bockade der Uni. ■

Unistreiks in Schottland und GB:

26.2.04 In Schottland streiken 6000 Beschäftigte der Universitäten, weil ihnen die Bezahlung nicht mehr langt; gleichzeitig protestieren StudentInnen gegen die Einführung von Studiengebühren.

25.02.04 Auch in Großbritannien geht es um Löhne und Studiengebühren: die Streikleitung aus StudentInnen und Universitätsmitgliedern berichtet, dass die Universitäten des Landes teilweise lahmgelegt sind.

Prekär am Steuer

Streiks und Aktionen der Busfahrer

Im Dezember 2003 haben die FahrerInnen des Öffentlichen Personennahverkehrs in Italien mit insgesamt sechs wilden Streiks die Unternehmer zu einem Tarifabschluß gezwungen, den diese seit über drei Jahren verschleppt hatten. Insgesamt 11 Warnstreiks der Gewerkschaften im Jahr 2003 hatten vorher zu nichts geführt. Die wilden Streiks waren bis zum Druckbeginn der letzten Wildcat weitergegangen. Wir haben nochmal nachgefragt, wie die Streiks und ihre Ergebnisse einzuschätzen sind (S. 23).
In Italien sind die Bewegungen der ArbeiterInnen größer und selbständiger, aber die Bedingungen und Entwicklungen in der Branche sehen hier nicht viel anders aus. Wir haben einen Kölner Busfahrer zu den veränderten Arbeitsbedingungen befragt (S. 20) und berichten über den Streik von BusfahrerInnen eines Subunternehmers in Leverkusen (S. 22).

Busfahren war einmal ein gut bezahlter Job von fast auschließlich deutschen Männern. Mittlerweile fährt eine multinationale und zunehmend weibliche Belegschaft zu schlechteren und immer unterschiedlicheren Bedingungen. Nach wie vor wird der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland zum großen Teil über öffentliche Verkehrsbetriebe organisiert. Innerhalb dieser Betriebe wurden die Bedingungen im Lauf der Jahre massiv verschlechtert. Durchgesetzt wurde dies, indem die neuen Bedingungen nur für die Neueingestellten galten und die der »Alten« nicht angetastet wurden. Ein Teil der Arbeit wird an private Unternehmen ausgelagert. Dies sind oft eigens zu diesem Zweck gegründete Tochterfirmen der öffentlichen Betriebe. Die Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes gelten für sie nicht.

Der Spartentarifvertrag: Vereinheitlichung auf sinkendem Niveau

Angesichts der zunehmenden Prekarisierung funktioniert die alte Gewerkschaftsstrategie, die Kernbereiche zu verteidigen und die Randbelegschaften zu ignorieren, nicht mehr. Der »Rand« ist zu groß geworden. Die Gewerkschaft versucht jetzt einerseits ohne viel Erfolg, Verbesserungen der Tarifverträge für die privaten Busunternehmen auszuhandeln. In Schleswig-Holstein, d.h. für die Tochterfirmen der Hamburger HHA, fordert ver.di z.B. eine Erhöhung der Grundlöhne um 16 bis 18 Prozent auf ca. 11 Euro brutto. Der Arbeitgeberverband SHO bietet aber nur 2,5 Prozent. Andererseits schlägt die Gewerkschaft sogenannte Spartentarifverträge vor. Damit will ver.di die Bedingungen zwischen öffentlichen und privaten Betrieben vereinheitlichen und die Vertretung im wachsenden Privatsektor übernehmen.

Für die schon länger im Öffentlichen Sektor Beschäftigten bringt der Spartentarifvertrag zum Teil erhebliche Verschlechterungen. Ein Vertreter von ver.di beim HBB-Streik meinte, die bisherigen besseren Tarifverträge bei den Kommunen seien auf Dauer sowieso nicht zu halten, deshalb hätte man gleich einen einheitlichen Tarifvertrag angestrebt. Tatsächlich verhandelt die Berliner BVG mit ver.di über Lohnsenkungen und Personalabbau. Ver.di hat schon 10 Prozent Lohnsenkung bei verringerter Arbeitszeit angeboten, aber der BVG-Vorstand fordert 30 Prozent. »*Kürzere Pausen, weniger Leerzeiten, andere Dienstregelungen: Die Busfahrer der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) leisten mehr für ihr Geld als noch vor wenigen Jahren*«, schreibt die *Berliner Zeitung* vom 23.01.2004

Die rasante Talfahrt der Bedingungen ist in ganz Europa ein Problem, und es kommt immer wieder zu Konflikten. Selbst in der BRD flackern hin und wieder Kämpfe auf, aber sie bleiben bislang isoliert. Es ist nicht gelungen - wie z.B. in Italien -, dass eine Stadt wirklich lahm gelegt wird und andere Städte sich anschließen. Gewerkschaften und Arbeitsgerichte haben die Situation noch besser im Griff. ■

"Ich hätte nie gedacht, dass sich die Bedingungen in paar Jahren so verschlechtern können..."

Ein Busfahrer der Kölner Verkehrsbetriebe KVB berichtet.

Die Älteren hier haben ziemlich gute Bedingungen, sie verdienen gut und haben viel freie Zeit. Vor dem Spartentarifvertrag hatten sie 36 Tage Normalurlaub, plus elf Tage zusätzlich – für Feiertage, die auf Wochentage fallen können, das sind im Durchschnitt elf – plus nochmal vier Tage für Nachtschichtarbeit, plus einen Tag als Entschädigung für die Arbeit an Heiligabend oder Sylvester. Wenn du über 55 bist, kriegst du nochmal sechs Tage. Da kommst du auf zweieinhalb bis drei Monate Urlaub pro Jahr. In den 70er / 80er Jahren haben die kaum Leute gekriegt, also haben die denen gute Bedingungen gemacht. Es gibt heute noch drei oder vier mit einem »Taxischein«! Die können jeden Tag mit dem Taxi zur Arbeit kommen und mit dem Taxi zurückfahren, und die KVB bezahlt das, weil das damals vereinbart worden ist. Wenn die pensioniert werden, dann stirbt das aus, wie andere Sachen auch. Wenn du morgens als erster losfährst, kannst du ja nicht mit dem Bus kommen, dann musst du mit dem Auto oder Fahrrad oder sonstwie kommen. Es gab mal einen Bus, der die Leute zur Arbeit abgeholt hat, aber das haben die auch eingestellt.

Weniger Lohn und Urlaub nach dem Spartentarifvertrag

Es gibt mittlerweile vier Gruppen von Verdiensten. Nach der dritten gibt's den großen Schnitt, ab 2004, für die Leute, die nach dem Spartentarifvertrag arbeiten. Die kriegen weniger Grundlohn und keine Zuschläge mehr. Nacht- oder Feiertagszuschläge, Kinderzuschläge – das fällt alles weg. Es geht das Gerücht um, dass danach zehn Leute angefangen haben, und von denen sollen einige zusätzlich Sozialhilfe beantragt haben, weil sie Kinder haben und so wenig verdienen, dass sie unterm Sozialhilfesatz liegen.

Bei den Subunternehmern verdienen sie weniger und sie machen unheimlich viele Überstunden. Da ist es normal, einen 12- oder 14-Stundentag zu haben. Einer hat mir gesagt, dass er manchmal auf zwei oder drei Tachoscheiben fährt, vollkommen illegal, damit er auf 2000 netto kommt. Sechs Tage die Woche. Ich habe auch schon von welchen gehört, von denen verlangt wurde, dass sie sieben Tage die Woche arbeiten, ohne freien Tag.

Nach dem Spartentarifvertrag haben wir ne Fünf-Tage-Woche und 38,5 Stunden, aber im Jahresdurchschnitt. Wenn du Pech hast, und die haben zu wenig Leute, dann musst du auch mal sechs Tage acht oder achteinhalb Stunden arbeiten, dann hast du so gesehen ne 50-Stunden-Woche. Mit dem vielen Urlaub ließ sich das aushalten, aber das ist jetzt vorbei. Die elf zusätzlichen Urlaubstage sind voll weggefallen. Ich muss insgesamt 17 Tage mehr arbeiten! Ein normaler Arbeitsmonat sind 20 oder wenn du Pech hast 22 Arbeitstage. Weißt du, was das bedeutet? Mit dem neuen Tarifvertrag arbeitest du nicht mehr zwölf sondern dreizehn Monate! Durch den Spartentarifvertrag hast du ne Arbeitsplatzgarantie bis Ende 2009, aber du musst als Arbeitnehmer wirklich Kröten schlucken. Die Leute sind super unzufrieden mit der Gewerkschaft, weil die dem zugestimmt haben. Ich hab heute noch mit Leuten geredet, die dreißig Jahre in der Gewerkschaft sind, und die jetzt rausgehen.

Es ist schwer, sich da zu organisieren, aber durch die Gewerkschaft bist du auch nicht organisiert. Da kannst du hingehen, wenn du dich ungerecht behandelt fühlst, dann gehen die mit dir zum Chef. Das ist ja auch nicht schlecht. Aber ne wirkliche Arbeitervertretung ist das nicht. Der eine ist stolz drauf, dass er mit dem stellvertretenden Betriebsleiter joggen geht und dass die sich duzen. Da macht jeder seine Witze drüber, aber das heißt ja auch schon alles. Was willst du da erwarten.

Mehr Arbeit

Als ich vor paar Jahren angefangen habe, gab es praktisch keine unbezahlten Pausen. Und dann fing das an, dass du von 22 Arbeitstagen vielleicht drei- oder fünfmal unbezahlte Pausen hattest, und das wird immer weiter ausgedehnt, heute können das schon 16 Tage sein. Dadurch werden deine Arbeitstage länger. Du kriegst acht Stunden bezahlt, bist aber acht dreiviertel da, plus die Wege. Da bist du dann locker zehn Stunden oder elf unterwegs. In

Hamburg:
Die Hamburger Hochbahn AG (HHA) lässt einen zunehmenden Teil ihrer Hamburger Buslinien von ihrer deutlich schlechter zahlenden privaten Tochter Pinneberger Verkehrsgesellschaft (PVG) bedienen. Und die PVG wiederum stellt immer mehr FahrerInnen nicht direkt, sondern über ihre noch schlechter zahlende Tochter Globus 24 ein.

Berlin:
Für die vor vier Jahren gegründete Berlin Transport (BT) fahren rund 1100 Beschäftigte Busse, Straßen- und U-Bahnen der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG). Nach und nach sollen alle BVG-FahrerInnen durch BT-Beschäftigte ersetzt werden. Die BT-Löhne sind niedriger und die Wochenarbeitszeit ist länger als bei der BVG. Dienstpläne und Anweisungen gibt es per SMS aufs Handy.

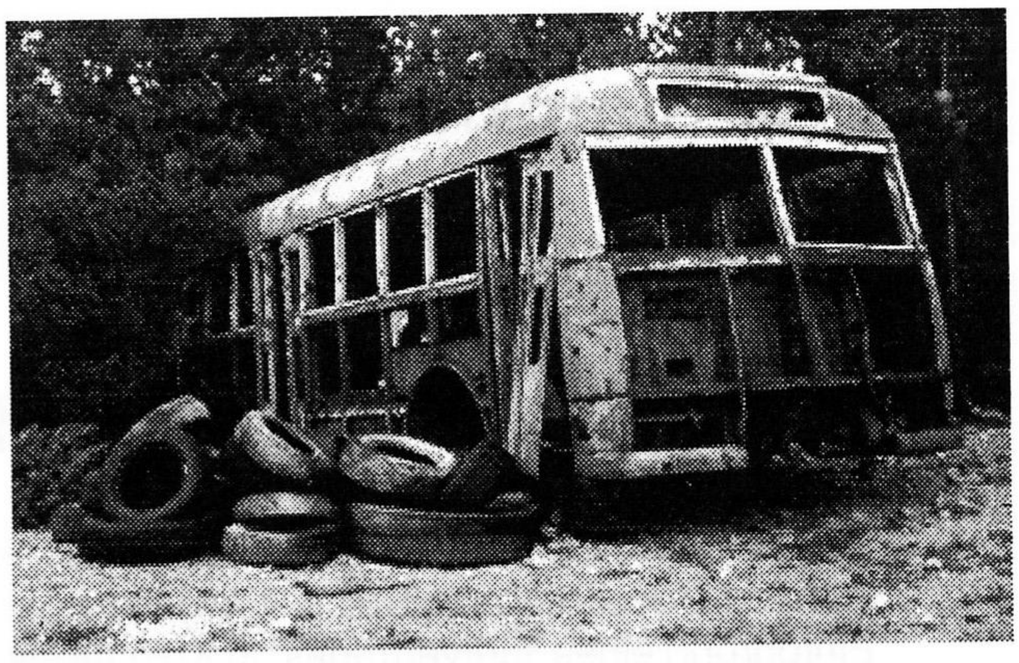
den unbezahlten Pausen hängst du an irgendeiner Endhaltestelle, wo du gar nicht wegkommst. Du kannst nicht das machen, was du willst. Und heute bist du da alleine. Vor fünf oder zehn Jahren hast du da mit zwei, drei Bussen gestanden. Wenn der dritte kam, hattest du vielleicht noch fünf bis zehn Minuten Zeit, bis der erste los musste, aber zwei konnten sich immer ne ganze Zeit lang unterhalten.

Früher hast du einen Bus im Betriebshof genommen und bist den ganzen Tag eine Linie gefahren. Abends bist du mit dem Bus zurückgekommen, der nächste hat da gewartet und ist damit wieder rausgefahren. Jetzt ist das so, dass die Busse fast nur unterwegs sind und du irgendwo hin musst. Die Zeit, die du dafür unterwegs bist, wird nicht mehr bezahlt. Dafür hast du drei Urlaubstage gekriegt, was aber ein Witz ist, wenn du denkst, wieviel du da unterwegs bist. Früher bist du zum Betriebshof gekommen, da fing deine Arbeitszeit an, und wenn du dann irgendwo hin musstest, dann war das Pech für die KVB. Heute fängst du im Betriebshof an, dann gibst du den Bus woanders ab, und dann musst du erst noch dein Auto holen.

Seit Dezember musst du oft ohne Pause viereinhalb Stunden nur hin- und herfahren, kannst nicht mal auf Toilette gehen oder eine rauchen! Du hast überhaupt keine Pausen mehr, das ist unmöglich. Schon in den paar Jahren, die ich das mache, ist das eine rapide Verschärfung. Und wenn dann die anderen erzählen, wie das früher war...! Das wird der Gewerkschaft angelastet, weil die den ganzen Arbeitsplänen zustimmen müssen. Die sagen immer: um den Arbeitsplatz zu erhalten, müssen wir in jeden Apfel beißen. Und da sind fast alle der Meinung: das ist abartig.

Mehr Kontrolle: Unbekannte Beobachter

Wir sind 620 Busfahrer und ca. 980 Straßenbahnfahrer. Das wird weniger werden, denn sie haben die Taktzeiten verlängert. Es gibt Linien, wo alle zehn Minuten ein Bus kam, und jetzt kommt er nur noch alle zwanzig Minuten. Dadurch brauchen sie weniger Leute, und auch durch den Spartentarifvertrag. Die KVB hat zur Zeit 50-55 Leute zuviel. Die versucht man rauszuekeln. Dann gibt es immer Kontrollen und Abmahnungen. Wenn du nicht korrekt gekleidet bist, schicken sie dich nachhause und du kriegst ne Abmahnung. Wenn sie zu wenig Leute haben, was ich auch schon erlebt habe, dann kannst du auch Fehler machen, dann ist das kein Problem. UB nennt sich das, Unbekannte Beobachter, die setzen sich rein und beurteilen, wie du fährst, ob du ruckelst, ob du die Haltestellen nah genug anfährst, ob du die Haltestellen ausrufst. Und wenn du das nicht machst, dann hängt das



davon ab: es gibt Leute, die sind ok, die sagen dir 'das war nicht ganz so gut, mach das nächstes mal besser', aber es gibt auch Leute, die scharf drauf sind, dir ne Meldung zu machen und dir was reinzuwürgen, weil die auf der mittleren Ebene, Fahrdienstleiter sind, und da auch bleiben wollen, denn das ist die Ebene, auf der in Zukunft stark gespart wird. Ich hab den Eindruck, dass deshalb manche anfangen, andere ziemlich in die Pfanne zu hauen. Das Arbeitsklima ist zur Zeit echt übel. Obwohl da wirklich nette Leute arbeiten.

Oder wenn du krank wirst, dann musst du zu so einer Kontrollinstanz, wo du gefragt wirst, warum du krank warst. Ich hab auch schon gehört, dass die den Arzt angerufen haben und gefragt haben 'Was hatte der denn?' Das dürfen die gar nicht. Die meisten Leute gehen da natürlich hin und sagen, das geht dich nix an, ich brauche da nichts zu zu sagen. Aber Leute, die sich nicht so auskennen... und insgesamt ist das natürlich blöd, dass du da hin musst und dich rechtfertigen. Du musst da auch hin, wenn sich ein Fahrgast über dich beschwert hat. Und wenn es mehrere Beschwerden gibt, wo die sagen 'da ist was dran', dann hast du Schwierigkeiten, wirst mehr beobachtet. Die stehen mit Autos an Ecken und gucken, ob du pünktlich abfährst.

Es werden immer weniger Leute. Vor vier Jahren waren in der Buswerkstatt noch 120-130 Leute, heute sind da noch 25. Zum Teil müssen die dieselbe Arbeit machen, zum Teil wurde das an andere Werkstätten vergeben. Früher waren die Busse gut gewartet. Mittlerweile werden sie nicht mehr gewartet, damit sie nicht kaputt gehen, sondern es wird gewartet, bis der Bus stehen bleibt, dann wird der abgeholt und repariert. Dadurch fallen viele Busse aus, das gibt ne Menge Ärger. Heute hatte ich zwei Busse mit Motorbrand. Zum Teil brennen ganze Busse ab. Aber es gibt ja nur noch 25 Leute in der Werkstatt, also, wie soll's gehen? Vor ein paar Jahren haben die da noch stundenlang gesessen und Karten gespielt, das war echt super, die fanden das gut, da zu arbeiten. Und jetzt sind die nur noch am Heizen, und ziehen dann auch so ne Fresse. So ist das überall. ■

Rhein-Main-Gebiet:
Die Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) hat sich mit 51% bei dem Privatunternehmen In-der-City-Bus GmbH (ICB) eingekauft. Seitdem gibt es keine Neueinstellungen mehr bei der VGF. Geplant ist, dass die VGF 2006 keine eigenen Busfahrer mehr hat, sondern alle benötigten Busfahrer bei der ICB arbeiten.

Nordrhein-Westfalen:
Die privaten Omnibusunternehmer (1100 Betriebe mit fast 14 000 Beschäftigten) erbringen bereits 34% der Busverkehrsleistung im Öffentlichen Nahverkehr.

Hoffnungslos billig:

Busstreik in Leverkusen

Verkehrte Welt: In Leverkusen streiken die FahrerInnen der Herweg Busbetriebe (HBB) seit Wochen hartnäckig für die Einführung eines Tarifvertrages. In Köln führte die Einführung eben dieses Tarifvertrages zu Austritten von wütenden Busfahrern aus der Gewerkschaft ...

Die FahrerInnen des Subunternehmers HBB haben wesentlich schlechtere Bedingungen als ihre KollegInnen der öffentlichen Muttergesellschaft KWS (Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, auch Wupsi genannt), obwohl sie dieselbe Arbeit machen, und beide Betriebe in städtischem Besitz sind. Die HBB ist 2000 von Wupsi aufgekauft worden. Mit dem Kauf sollten niedrigere Löhne durchgesetzt und die Privatisierung von Wupsi vorbereitet werden. Seitdem ist bei Wupsi niemand mehr eingestellt worden. Ausscheidende FahrerInnen wurden durch HBB-FahrerInnen ersetzt. Die 90 HBB-FahrerInnen bekommen 30% weniger Lohn, sie haben ungünstigere Arbeitszeiten, und die bei den Öffentlichen Betrieben üblichen Höhergruppierungen nach Betriebszugehörigkeit gelten für sie nicht. Manche Fahrer mit Familie sind trotz Vollzeitarbeit auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen.

Die HBB-FahrerInnen werden nach dem Tarifvertrag für private Busunternehmen bezahlt. Nachdem ver.di diesen Tarifvertrag gekündigt hatte, zauberte die HBB einen Tarifvertrag mit einer 'Gewerkschaft Öffentlicher Dienst' (GÖD) auf den Tisch, bei der aber kein Fahrer Mitglied ist. Stattdessen fordert ver.di nun die Anerkennung des Spartentarifvertrages Verkehr NRW.

Nach mehreren Warnstreiks rief ver.di Ende letzten Jahres zur Urabstimmung auf, bei der 95% für den Streik stimmten. Durch den Streik der HBB-FahrerInnen fallen etwa zehn Prozent der Linienfahrten in Leverkusen und dem Bergischen Land aus. An insgesamt sieben Tagen ließen die Wupsi-FahrerInnen ebenfalls die Busse stehen, was Ausfälle von etwa 70 Prozent bewirkte. Diese ungewöhnliche Solidarität wurde sicher dadurch erleichtert, dass HBB und Wupsi faktisch ein Betrieb sind. Die FahrerInnen fahren dieselben Busse (HBB hat keine eigenen), sie fahren dieselben Linien und benutzen dieselben Pausenräume.

Solidarität verboten

Gegen die Solidaritätsstreiks hatte die Wupsi geklagt. Das Leverkusener Arbeitsgericht erklärte die Solidaritätsstreiks für zulässig, aber das Landesgericht Düsseldorf entschied am 12.02.04 anders und untersagte ver.di das Aufrufen zu Solidaritätsstreiks bei Wupsi. Damit ist den ArbeiterInnen ein wichtiges Druckmittel verboten worden. Gleichzeitig ist es der Wupsi gelungen, durch den Einsatz weiterer Subunternehmen den Streikausfall bei Buslinien auf fünf Prozent und weniger zu drücken.

Die HBB-FahrerInnen sind hartnäckig und entschlossen, den Streik weiter zu führen. Sie sehen ihren Kampf als ein Beispiel für viele andere –

alleine deswegen dürften sie nicht aufgeben. Aber auch der Gegenseite geht es ums Prinzip, nämlich um die dauerhafte Absenkung der Bedingungen. Außerdem würde die Arbeitsplatzgarantie des Spartentarifvertrages einer Privatisierung im Wege stehen. Den FahrerInnen ist klar, dass diese Auseinandersetzung noch länger dauern kann. Ihre KollegInnen der Firma Rhein-Bus in Düsseldorf haben vor zwei Jahren 50 Tage lang gestreikt, bis sie den Einstieg in den Spartentarif durchgesetzt hatten.

Der Vertreter von ver.di am HBB-Streikzelt meinte, sie seien zu weiteren Streiks bereit und würden notfalls einen Betrieb nach dem anderen auf diese Weise in den Tarifvertrag reinboxen. Aber die Gewerkschaft scheint nicht ernsthaft zu versuchen, die FahrerInnen anderer Betriebe einzubeziehen. Die HBB-FahrerInnen stehen ziemlich isoliert da. Mit der langen Fortdauer des Streiks wird die Argumentation zunehmend defensiv. Während am Anfang der Lohnunterschied im Mittelpunkt stand, wird inzwischen eher populistisch argumentiert. Gegen den Vorwurf, mit Lohnforderungen den armen Stadthaushalt weiter zu belasten, betont ver.di nun, dass es ja gerade nicht um Lohnsteigerungen, sondern nur um den Einstieg in den Tarifvertrag ginge.

Nach dem Verbot der Solidaritätsstreiks soll jetzt mehr Druck auf die Politiker gemacht werden, die über die städtischen Betriebe zu entscheiden haben. Das vor kurzem gegründete Solidaritätskomitee kann bisher aber nur wenige AktivistInnen mobilisieren. Zu einer Kundgebung vor der Stadtratssitzung am 16.2., zu der das Solikomitee und ver.di aufgerufen hatten, kamen gerade mal hundert Leute. ■

Aktuelle Infos zum Streik:
http://www.rf-news.de/rfnews/aktuell/Betrieb_und_Gewerkschaft

»Die Prekarisierten erinnern sich noch an eine ganz andere Situation ...«

Interview mit Cosimo Scarinzi[1] zu den wilden Streiks in Italien

Was war wichtig und was war neu an den wilden Streiks der Busfahrer?

Es war der erste Streik gegen das Antistreikgesetz, es gab ganz klare Lohnforderungen, und es gab breite Zustimmung in der Bevölkerung.

Breite Zustimmung gab es auch bei der Mobilisierung gegen die Schulreform, aber da liefen außer einigen Schulbesetzungen durch Lehrer und Eltern keine radikalen Kämpfe, und außerdem geben da die parlamentarische Linke und die institutionellen Gewerkschaften den Ton an.

In welcher Situation fanden die wilden Streiks statt?

Nach einem Jahr relativer sozialer Ruhe. Die Streiks von 2002 gegen die Abschaffung von Artikel 18 des Arbeitsgesetzes waren am Ende in dem von *Rifondazione Comunista* gepushten Referendum verpufft.

Wie hatten sich die Arbeitsbedingungen, Verträge, Löhne usw. in der Branche entwickelt?

Die Branche ist absolut kein Einzelfall: Lohnsenkungen, Neueinstellungen mit »Ausbildungsverträgen«[2], Arbeitsverdichtung. Den Busfahrern ging und geht es nicht schlechter als anderen Berufsgruppen. Im Vergleich zu vielen anderen geht es ihnen sogar besser. Natürlich ist ein Lohn von 850 Euro im Monat in Mailand für einen Arbeiter mit Ausbildungsvertrag der helle Wahn und bedeutet materielles Elend, aber Millionen von anderen prekarisierten ArbeiterInnen leben in dem gleichen Elend. Das Besondere ist, dass die Prekarisierten

[1] Cosimo Scarinzi gehört zur Redaktion der Zeitschrift *Collegamenti Wobbly* und ist in der Alternativgewerkschaft *CUB (Comitati Unitari di Base)* aktiv.
Wir haben in der Wildcat schon öfter Beiträge von Cosimo veröffentlicht, zuletzt »Ein Prost! auf den ATM-Streik in Mailand« in der Wildcat #68.

bei den Verkehrsbetrieben sich noch an eine ganz andere Situation erinnern können.

Und wie war die Entwicklung in Italien allgemein?

Sinkende Löhne und Prekarisierung sind normal. Die Linksregierung hatte den Arbeitgebern schon große Zugeständnisse bei den atypischen Beschäftigungsverhältnissen gemacht (»Pacchetto Treu«). Die Rechtsregierung hat jetzt noch mehr Zugeständnisse gemacht (»Legge Biagi«).

Das eigentlich Neue ist, dass der Druck sich anstaut. Bisher haben die ArbeiterInnen die Lohnsenkungen noch irgendwie weggesteckt, indem sie weniger Kinder kriegen, mehr Frauen arbeiten gehen und die Jugendlichen länger bei ihren Eltern wohnen bleiben. Vielleicht ist die Grenze erreicht, auch weil die Krise der letzten Jahre die Verelendung beschleunigt hat.

Wie siehst du den Verlauf der Streiks von heute aus?

Ich denke, meine Einschätzung war richtig: Die Streiks waren sehr effektiv, weil sie alle überrascht haben. Die Regierung, die Arbeitgeber, die institutionellen Gewerkschaften, die Kommunen wurden auf dem falschen Fuß erwischt und mussten der Bewegung hinterherlaufen.

Jetzt gibt es verschiedene Probleme: Wie können sich die Streikenden gegen die Repressionsmaßnahmen wehren, die jetzt nachträglich gegen sie in Gang gesetzt werden? Wie können andere ArbeiterInnen, die nicht dieselbe Verhandlungsmacht wie im Verkehrsbereich haben, auch für deutliche Lohnerhöhungen kämpfen? Und der Feind ist jetzt vorgewarnt.

Kannst du etwas über die Organisierung der wilden Streiks sagen?

Über das Netzwerk der kleinen Alternativgewerkschaften haben sich auf die Schnelle Kontakte ergeben, aus denen dann die *Kampfkoordination der Busfahrer* entstanden ist. Was die Streiks selbst angeht: der Startschuss – der 1. Dezember in Mailand – hat ja alle überrascht, auch die AlternativgewerkschafterInnen. Letztere haben dann versucht, die Bewegung auszuweiten. Beschlossen wurden die wilden Streiks aber jeweils direkt in den Depots. Viel wurde auch über Handy verabredet.

Wo waren die Streiks am stärksten? Und warum?

Im Norden, also Mailand, Bologna, Venedig, Genua, etwas weniger in Turin, also da, wo das Lohnproblem am größten ist. Auch in Rom war viel los. Im Süden war die Bewegung schwächer, aber es gibt auch da Zeichen von Radikalisierung.

Wie lief die Zusammenarbeit – oder die Konfrontation? – mit den Fahrgästen?

Das lief entschieden besser als erwartet. Da, wo Solidaritätskampagnen gestartet wurden, hat sich eine ganz eindeutige Sympathie entwickelt. Ich glaube, es war ähnlich wie in Frankreich vor ein paar Jahren, wo sich viele ArbeiterInnen die Lohnforderungen der ArbeiterInnen des öffentlichen Nahverkehrs zu eigen gemacht haben.

Welche Rolle hatten die Alternativgewerkschaften?

Bei den wilden Streiks nach dem 1. Dezember haben sich die BasisgewerkschafterInnen in den Versammlungen als ArbeiterInnen für die Streiks ausgesprochen, aber der Konsens für die erfolgreichen Streiks war natürlich viel viel breiter. Die Alternativgewerkschaften haben keine Streikaufrufe herausgegeben, sowohl wegen der Repression als auch, weil getrennte Aufrufe zu politischen Problemen geführt hätten.

Die institutionellen Gewerkschaften haben ja noch während der Streikbewegung einen Abschluss unterschrieben. Was ist dabei herausgekommen?

Italienweit gibt es 81 Euro mehr: 81 von 116 Euro, die schon im nie umgesetzten Tarifabschluss 2002/03 vereinbart worden waren. In einer Reihe von lokalen Abschlüssen werden auch noch die restlichen 35 Euro bezahlt, aber im Austausch gegen Zugeständnisse wie z.B. in Mailand, wo die Pausen zwischen den Touren zusammengestrichen werden: Jetzt müssen die Fahrer nach dem Ende einer Tour nach einer kurzen Pause einen anderen Bus übernehmen, auch wenn der an einer anderen Endstation steht, die ein ganzes Stück entfernt sein kann, während bisher entweder die Fahrzeit zum zweiten Bus als Arbeitszeit berechnet wurde oder die nächste Tour von der Endstation der vorigen weiterging.

Aber der Abschluss wird abgelehnt – das hat vor allem der ziemlich erfolgreiche Streik vom 30. Januar gezeigt.

Wie geht es weiter?

Jetzt bereitet das *Kampfkomitee* vor allem eine Forderungsplattform für die Verhandlungen um den neuen Tarifvertrag vor. Wir werden ja sehen, was dabei herauskommt. Die Alternativgewerkschaften haben stark zugelegt, aber sie sind immer noch eine kleine Minderheit.

[2] Die Ausbildungsverträge (Contratti di Formazione Lavoro, CFL) waren die erste Form von »atypischen Beschäftigungsverhältnissen« in Italien nach dem Kampfzyklus der 70er Jahre. Sie wurden Mitte der 80er Jahre eingeführt und als Mittel zur Bekämpfung der Schwarzarbeit dargestellt. Praktisch wurde die abgeschaffte Lehrzeit wieder eingeführt, so dass die Unternehmer junge ArbeiterInnen ein paar Jahre lang zu niedrigeren Kosten einstellen konnten. Dafür mussten sie irgendeine hypothetische »Ausbildung« vermitteln, was angeblich auch kontrolliert werden sollte. Mit der Zeit hat sich die Laufzeit der Ausbildungsverträge in manchen Branchen immer mehr ausgedeht und beträgt jetzt z.B. bei den Busfahrern fast 10 Jahre.

In einem Artikel hast du geschrieben, bei der Überwindung der blockierten Situation, beim Zustandekommen der wilden Streiks hätte die Zusammensetzung der Arbeitskraft aus »Arbeiteraristokraten« und Prekären eine wichtige Rolle gespielt. Es kommt mir so vor, als wäre das vielleicht das Allerwichtigste. Könntest du das ein bisschen besser erklären? Welche Rolle hatten die Prekären?

Dies ist eine Branche mit sehr »traditionellen« männlichen, weißen, qualifizierten Arbeitern. Es gibt ein paar Frauen und ein paar Immigranten, aber das sind Randerscheinungen. Ich kann mich an einen wilden Streik vor ein paar Jahren in Vicenza gegen die Entlassung eines senegalesischen Busfahrers erinnern. Das fiel wirklich auf, weil Vicenza eine Hochburg der *Lega Nord* ist. Aber das war eine sporadische Geschichte, genau wie der wilde Streik vor drei Jahren in Triest. Was neu war und explosiv gewirkt hat, war die Tatsache, dass inzwischen sehr viele Arbeiter diese Ausbildungsverträge haben: in Turin z.B. sind das 40 Prozent! Und ihre Wut hat eine wichtige Rolle gespielt.

In einem anderen Artikel hast du vom »schmerzhaften Prozess der Proletarisierung« geschrieben. Könntest du das ein bisschen erklären?

Ich will jetzt keine abstrakte theoretische Diskussion anfangen. Ich wollte damit sagen, dass die ArbeiterInnen häufig Formen von Autonomie und Kontrolle über die eigene Arbeit bewahren oder entwickeln, die dann vom Druck des Kapitals tendenziell zerstört werden. Und das läuft nicht gleichmäßig, sondern in brutalen Schüben. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, im Verkehrsbereich usw. sind in den letzten Jahren in Italien – und anderswo – so einem Schub ausgesetzt, und daher entwickeln sich sehr radikale Bewegungen gegen die spürbaren Verschlechterungen. ArbeiterInnen, die sich früher als Elite verstanden haben, wie Lokführer, Lehrer, Ärzte usw., reagieren auf die Verschlechterungen manchmal lebhafter als die traditionelleren LohnarbeiterInnengruppen.

Von hier aus gesehen scheint die politische Situation in Italien seit Jahren polarisierter zu sein als fast überall sonst in Europa: Einerseits Berlusconi, Faschisten und Rassisten an der Regierung, seit Jahren ein ununterbrochener Angriff auf Renten, Löhne, Arbeitsbedingungen, andererseits die Mobilisierung des »popolo di sinistra«, immer riesigere Demonstrationen, eine Bewegung gegen den Krieg, die größer war und länger dauerte als in anderen Ländern. Aber es sah so aus, als würden all diese Mobilisierungen nicht am Arbeitsplatz ankommen, und jetzt scheint genau das zu passieren: Die wilden Streiks sind wieder da.

Die »Bewegung der Bewegungen« hatte sich bisher nicht direkt am Arbeitsplatz ausgewirkt, aber viele Leute in der Bewegung sind ArbeiterInnen, und daher breiten sich einige Diskussionen aus. Die großen Demos haben teilweise als Blitzableiter, teilweise aber auch als Schwungrad für die Kämpfe funktioniert. Vielleicht erinnert ihr euch an die – letztlich erfolglosen – Straßen- und Eisenbahnblokkaden der Fiat-ArbeiterInnen Ende 2002 und vielleicht auch an die Straßenblockaden gegen die Atommülldeponie in Lukanien im letzten Sommer, wo Faschisten, Kommunisten, Unternehmer (die mit Fahnen des Unternehmerverbands auf die Demos gegangen sind) und ArbeiterInnen gemeinsam demonstriert haben, bis die Regierung den Bau der Deponie zurückgenommen hat. Sagen wir so: Viel hilft viel, wenn man etwas erreichen will. Das spricht sich langsam herum. ■

China –

Das Fließband läuft.

Noch.

Im letzten Jahrzehnt haben sich die Menschen aus dem bevölkerungsreichsten Land der Erde auf der Weltbühne zurückgemeldet. Die an den Weltmarkt angedockte Ökonomie Chinas boomt und treibt an. Das regierende Management des Reichs der Mitte sitzt international im Rat der Großen. Aus dem Inneren der chinesischen Gesellschaft, die eine Transformation in bisher unbekannten Ausmaßen durchmacht, dringen die Nachrichten von sozialen Konflikten und von kollektiven Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die im größten und billigsten Subunternehmen des Weltsupermarkts verheizt werden sollen.

»China bewegt sich insgesamt in eine gute Richtung, das Land ist in guten Händen«, konnte der US-Handelsminister kürzlich in Davos feststellen. Aber das gilt nur, solange die chinesischen ArbeiterInnen sich damit zufrieden geben, die preisgünstigsten der Welt zu sein. Solange die Stabilität in China vom amtierenden Regime aufrechterhalten werden kann.

Von den knapp 1,3 Milliarden Menschen in China wohnen etwa 400 Millionen offiziell in den Städten, 900 Millionen auf dem Land. Mindestens 90 Millionen, tatsächlich wohl mehr als 200 Millionen Menschen, die als Landbevölkerung gezählt werden, haben ihren Hauptaufenthaltsort in der Stadt. Diese Wanderarbeiter (*Mingong*) sorgen inzwischen für etwa ein Drittel des (Geld-)Einkommens der Landbevölkerung. Eine große Minderheit der Landbevölkerung bestellt nicht mehr das eigene Feld, ist also Landarbeiter, und etwa 130 Millionen sind nur noch saisonal Bauern, sonst Arbeiter in den Landfabriken. Die chinesische Bevölkerung ist mehrheitlich proletarisch geworden.

Klassengesellschaft ...

Bisher haben nur wenige Bauern und eine Minderheit der Stadtbewohner vom Boom in einer Weise profitiert, die China als Markt für das internationale Kapital interessant macht. Etwa 100 Millionen Menschen umfasst der Teil der Stadtbevölkerung, dessen Wohlstand zugenommen hat und die in der Lage sind, Autos oder Schmuck zu kaufen. Sie sind Teil der Staatsverwaltung, arbeiten bei ausländischen Unternehmen, in höherer Stellung bei florierenden Staatsbetrieben, betreiben kleine Unternehmen in den Poren des Wohlstandes (z.B. Internet-Cafés) oder sie gehören zu den »Tycoons«. Das sind mit viel Geschick, krimineller Energie und guten Beziehungen wirklich reich bis sehr reich gewordene, angesehene Leute. Ihr Status ist aber noch prekär, immer mal wieder opfert die Regierung den einen oder anderen, um Volksnähe zu demonstrieren.

Das Wirtschaftswachstum im Inland hält an. Der Absatz von Mobiltelefonen, Computern, Autos steigt auf Grund des Nachholbedarfs in atem-

beraubendem Tempo. 1992 gab es eine Million Privatautos. In den letzten dreieinhalb Jahren (von 2000 bis Mitte 2003) stieg ihre Zahl um das Doppelte auf etwas über 10 Millionen – Mitte 2003 wurden auch zum ersten Mal mehr Autos an Privatleute verkauft als an den Staat. Jeden Monat wächst die Zahl der Handy-Nutzer um 4 Millionen.

Die chinesische Gesellschaft ist eine ungleiche Gesellschaft geworden. Die Unterschiede sind noch nicht so groß wie in den USA, aber größer als etwa in Deutschland.

China ist inzwischen die sechstgrößte Handelsnation und hat das sechstgrößte Bruttosozialprodukt. In Pro-Kopf-Größen heißt das aber immer noch, dass China »Entwicklungsland« ist, bzw. geworden ist. Die grandiosen Wachstumszahlen beziehen sich auf ein immer noch niedriges Ausgangsniveau.

Die Grundlage des chinesischen Aufschwungs liegt nicht im Binnenmarkt. Das weltweite Kapital hat das schier unerschöpfliche Angebot an extrem billiger Arbeitskraft angenommen. In China steht das Fließband der Welt. Fabrikerzeugnisse machen 90 % des Gesamtexports Chinas aus. »Processing Trade«, (auf deutsch etwa Exportveredelung) ist ein Fachbegriff aus dem Zoll- und Steuerrecht und meint, dass alle Einzelteile bis hin zur Verpackung eingeführt, im Land montiert und dann wieder zu 100 % ausgeführt werden. In diesem Fall werden auf die Importe keine Zölle erhoben. Der »Processing Trade« macht etwa die Hälfte des Außenhandels aus, Tendenz steigend. In den »Processing Trade«-Fabriken besorgen die chinesischen WanderarbeiterInnen nur die Fließband-Endmontage der Produkte. Der Anteil Chinas an der kapitalistisch berechneten Gesamtwertschöpfung ist deshalb gering im Vergleich zu Forschung, Entwicklung, Fertigung, Vertrieb, Service, die in anderen Ländern stattfinden. Tatsächlich betrug 1999 der Anteil Chinas an den Gesamtkosten dieser Produkte nur 15 %. Vor allem US-amerikanische Konzerne profitieren von der Ausbeutung der billigen Arbeitskraft. Im Handel zwischen den USA und China entfallen circa 70 Prozent auf »Processing Trade«. Eine Erhöhung des Fertigungsanteils am erzeugten Produkt scheitert schon daran, dass es einen eklatanten Mangel an Facharbeitern gibt. Nur 3,5 % der »technischen Arbeiter« gelten als ausgebildet – in entwickelten Industrieländern sind es 40 %.

Der staatseigene Sektor (Staatsbetriebe und Betriebe in Kollektivbesitz) erzeugt immer noch 70 % des Bruttoinlandsprodukts. Die weitaus meisten staatseigenen Industriebetriebe leiden jedoch an zwei Problemen. Sie sind relativ unproduktiv, weil ihre Technik veraltet ist und weil sie im Durchschnitt zu viele Beschäftigte haben. Sie sind überschuldet, v.a. weil ihre Ausgaben für Löhne, Sozialleistungen und Pensionen gemessen am Wert der Produkte zu hoch sind. So sind zum Beispiel die knapp 6000 Staatsbetriebe der nordwestlichen Provinz Heilongjiang weitgehend bankrott: Die Schulden erreichen die doppelte Höhe ihres Grundkapitals. Dieses Geld wurde von den ebenfalls staatseigenen Banken aufgebracht und die können nicht damit rechnen, dass es jemals zurückgezahlt wird. Der Staat kann nicht so ohne weiteres die Leine ziehen: Heilongjiang war vor zwei Jahren der Schauplatz großer Arbeiterkämpfe und ein Teil der Staatsbetriebe ist für die Grundversorgung unverzichtbar; in Heilongjiang wird das größte chinesische Erdölfeld ausgebeutet. Insgesamt sitzen die vier chinesischen Staatsbanken auf bis zu 600 Milliarden US$ von solchen an Staatsbetriebe gegebenen faulen Krediten.

Ungefähr 30 Millionen Beschäftigte wurden in den letzten Jahren in dem Versuch entlassen, die

Staatsbetriebe produktiver, d.h. profitabler zu machen. Diese ArbeiterInnen gehören zu den Verlierern der Entwicklung. Die offizielle Quote der Arbeitslosigkeit in den Städten liegt bei 4,2 %. Allerdings schätzt schon eine andere Abteilung der Regierung (das Amt für gesellschaftliche Entwicklung), dass es tatsächlich wohl so um die 10 % sind. Die Wanderarbeiter hinzugerechnet, die auf der Suche nach Arbeit sind, könnten es bis zu 20 % sein.

... einer Entwicklungsdiktatur ...

Die Staatsbetriebe konservieren das Auslaufmodell der überkommenen sozialistischen Arbeits- und Sozialordnung. Zugleich bilden sie neben den Wanderarbeitern das immer noch ungeheure Reservoir für den ungeschützten Arbeitsmarkt, wo schon die Peitsche des Weltmarkts regiert. Von exterritorialen Fertigungsinseln ausländischer Investoren, Joint-Ventures zwischen Weltmarktkapital und einheimischer Staatsbürokratie, Zulieferbetrieben für ausländische Fertigungsstätten, ausgelagerten Fertigungslinien einheimischer Subunternehmer bis hin zu der Legion von Schwitzbuden, die sich wabenartig um Endfertigungszentren lagern, in denen Abschlußkontrollen, Verwandlung der Produkte in Markenartikel und Verpackung für den Export stattfinden – ein einziger Dschungel neuer Ausbeutungsformen, der flüssige Arbeitskraft ansaugt, vernutzte ausstößt, im Überangebot gärt und doch nach Spezialqualifikationen hungert.

Über das nach allen Richtungen wuchernde Verwertungslabor, in dem die angelegten Kulturen längst die Zauberlehrlinge kommandieren, hält der chinesische Staat seine schützende Hand und tritt in den Knochenmühlen der alten Staatsbetriebe zugleich selbst als des Planeten größter Anbieter von Arbeitskraft in Erscheinung: Dompteur und Ausbeuter in einer Person – der Subunternehmer des Weltmarkts.

Die chinesische Gesellschaft vereint jetzt »das schlechteste aus beiden Ordnungen«, aus der sozialistischen Planwirtschaft und einem noch weitgehend ungeregelten Kapitalismus. Es ist eine Gesellschaft im Umbruch, in der die Anpassung der Regeln nicht Schritt halten kann mit den Veränderungen der Verkehrsformen. Das betrifft vor allem zwei Bereiche: Grund und Boden sowie die Privatisierung der Staatsbetriebe.

Nominell ist der Boden noch immer Eigentum des Staates. Er vergibt das Nutzungsrecht, also den Besitz, je nach Art der Nutzung für 40 bis 70 Jahre an Privatleute oder Firmen. Dabei ist aber weitgehend ungeklärt, welche Ebene des Staates für welchen Grund und Boden zuständig ist; wie der Besitz gehandelt werden kann etc. Hier öffnet sich ein unermessliches Feld für alle Spielarten der Korruption.

Eine ähnliche Quelle privaten Reichtums (von dem natürlich ebenfalls etwas an alle Zuständigen in der Staats- und KP-Bürokratie abzuführen ist) stellt das Privatisierungsmodell dar, das wir schon Anfang der 90er Jahre im Ostblock erlebt haben. Oft ruinieren die Manager ihren Betrieb, indem sie dessen Vermögen auf ihr eigenes Konto (oder das eines Vertrauten) verschieben. Sie organisieren den Bankrott und kaufen dann den Betrieb, von Pensions- und Schuldenlasten befreit, wieder auf.

China ist traditionell ein Zentralstaat. Etwa 30 Millionen Menschen sind in allen Ebenen der Staatsverwaltung beschäftigt. Im Zuge der Auflösung von Normen und dem Entstehen neuer Verkehrsformen verlagern sich Macht und Einfluss. Erst mal nach unten, in die Verwaltungen der Provinzen bis hin zu den einzelnen Städten oder Regionen. Daneben entstehen neue Machtzentren, wie etwa die Seilschaften rund um die großen und wichtigen Staatsbetriebe. Aber auch, noch regional begrenzt, Mafiastrukturen am Rande des Staatsapparats. Was in Beijing Gesetz wird, gilt deshalb noch lange nicht und schon gar nicht überall. In einer Situation, in der alte Regeln oft nicht anwendbar sind, neue noch nicht anerkannt, »jeder jeden frißt«, machen die regionalen und lokalen Fürsten nicht nur gegen Beijing, sondern auch gegeneinander Front. Sie konkurrieren um Kapital, darum, möglichst viel einzunehmen und möglichst wenig an die Zentralverwaltung abzugeben. So erheben einige Provinzen Abgaben auf Produkte aus anderen Provinzen, um die eigene Industrie zu schützen. Stückweise zerfällt die Autorität der Zentralregierung – soweit bekannt, könnte sie sich allerdings immer noch auf die Volksarmee stützen.

Quellenangaben:

Die mehr als dreißig Fußnoten mit Quellenangaben wurden aus Platzgründen nicht mit abgedruckt. Sie sind in der Webseitenversion des Artikels nachzulesen.

... die ihre Macht mit Repression ...

Die neuen Chefs in Beijing (Hu Jintao und Wen Jiabao) haben keine »revolutionäre« Vergangenheit. Sie stehen nicht mehr kraft persönlicher Autorität über der Bürokratie (wie dies Mao Zedong, Deng Xiaoping und selbst noch Jiang Zemin kennzeichnete), sondern sind Teil von ihr. Sie nehmen Zuflucht zu Populismus, der nicht nur »das Volk« beruhigen, sondern auch die Korruption im Zaume halten soll. Weder das eine noch das andere scheint zu gelingen. Einzelne Skandale werden unter großer Anteilnahme der Presse aufgegriffen und meist mit der Verurteilung eines hohen Offiziellen beendet. Dabei kann es durchaus zu Todesstrafen kommen.

Oder eine große Kampagne wird gestartet, um den Bauarbeitern, meist Wanderarbeitern vom Land, zu ihren Löhnen zu verhelfen. In den vergangenen Jahren hatte es viele, zum Teil gewalttätige Proteste von Arbeitern gegeben, die von den Baufirmen um ihre Löhne betrogen worden waren. 2004 hat sich die oberste Staatsführung dieses Problems angenommen. Dabei lässt sich der Premierminister schon mal selbst aufs Land fahren, um Tuchfühlung zu bekommen. Einmal fragt er eine Bäuerin auf der Straße, wieviel Lohn ihr Mann noch zu kriegen habe, und erhält präzise Antwort. Tatsächlich wird diesem einen Arbeiter noch am gleichen Tag der ausstehende Lohn gebracht. Hunderte andere Arbeiter aus dem gleichen Projekt aber mussten weiter warten. Später wurde die Bäuerin vom Staatsfernsehen zur »Wirtschaftsperson des Jahres« gekürt.

Weil solch Populismus nicht reicht, um den Zorn der Leute zu besänftigen, bleibt Repression die wesentliche Basis der Macht. Wie eng das zusammenhängt, zeigt der Fall des Shanghaier Immobilientycoons Zhou Zhengyi. Seine Firma erhielt riesige Flächen in Shanghai, zum Teil umsonst. Um die 10 000 Leute wurden entwohnt. Soweit nichts besonderes. Weil aber ein Teil der Leute sich wehrte – mit Demos, Sitzstreiks, Protesten selbst in Beijing – kam auf, dass Zhou Zhengyi einige Versprechen nicht gehalten, manche Steuern nicht bezahlt hatte. So sitzt Zhou Zhengyi, vor zwei Jahren noch auf Platz 11 der reichsten Leute Chinas, heute in Untersuchungshaft, zusammen mit einigen anderen. Die Protestierer allerdings wurden mehrmals verhaftet, ihr Anwalt schließlich zu drei Jahren Haft verurteilt – wegen »Verrat von Staatsgeheimnissen«.

Seit den großen Arbeiterkämpfen in Liaoning und Daqing im nordöstlichen »Rostgürtel« vor knapp zwei Jahren sind die Anstrengungen, Informationen über Kämpfe zu unterdrücken, deutlich intensiviert worden. Die Zensur hat zugenommen. Nicht nur im Internet werden (mit Hilfe von Firmen wie *Yahoo!* oder *Cisco*) Informationen und Diskussionen unterdrückt. An die 30 000 Internet-Cops sollen tätig sein; Urteile gegen Leute, die auf ihrer Website für mehr Demokratie eintreten, gehen bis zu 10 Jahren Haft. Mehrere Zeitungen, darunter ein Magazin aus dem Verlag der Arbeiterzeitung, sind im Jahr 2003 vorübergehend verboten worden. Vor allem die Weitergabe von Informationen über Kämpfe an ausländische Medien wird scharf verfolgt, und die Polizei verhaftet bei Streiks oder Demos offenbar bevorzugt diejenigen, die Fotos machen und Interviews aufnehmen oder die gar Flugis verteilen. Deshalb scheint es hier im Ausland so, als ob die Zahl der Arbeiter- und Bauernkämpfe etwas zurückgegangen sei; wir vermuten allerdings das Gegenteil, aus verschiedenen Gründen. Vor allem deswegen, weil die Sorge über »labor unrest«, also Arbeiterkämpfe aller Art inzwischen sowohl die Regierung als auch die ausländischen Beobachter bewegt. Kaum ein größerer Artikel über China vergisst, diese Gefahr zu erwähnen. Zweitens deutet die Zunahme der offiziell eingereichten Beschwerden und Petitionen (plus 20 % im letzten Jahr) in diese Richtung. In Shanghai dürfen Petitionen nicht von mehr als fünf Leuten unterzeichnet werden – die Verwaltungen mögen zwar Petitionen, weil sie frühzeitig Probleme anzeigen. Zu Aktionen soll es aber nicht kommen. Drittens zeigen auch offizielle Zahlen eine Steigerung, ohne aber das wirkliche Ausmaß zu benen-

Siehe auch:
China – Klassenkämpfe im Wirtschaftswunder
www.wildcat-www.de/zirkular/64/z64china.htm

Weitere Informationen und Materialien zu China:
• Asien Aktuell von Welt in Umwälzung
www.umwaelzung.de/aaktuell.html
• China Labour Bulletin
www.china-labour.org.hk/
• Labour News
www.labourstart.org/
• Asian Labour News
www.asianlabour.org/
• The Straits Times
straitstimes.asia1.com.sg/home
• Yahoo! Singapore News
sg.dailynews.yahoo.com/headlines/

nen. »Wir sehen uns wachsendem Druck und Widerstand gegenüber – Streiks, kollektive Petitionen, Explosionen und gewalttätige Ausbrüche«, so Kang Xiaoguang von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften.

... kaum noch aufrecht erhalten kann.

Die gewöhnlich gut informierte *Straits Times* (Singapur) stellen fest: »Jeden Tag demonstrieren hunderte, manchmal tausende Arbeiter von bankrotten Staatsbetrieben vor den Werkstoren oder vor der Stadtverwaltung und verlangen Entschädigung«.

Anfang Februar 2004 kam es in Suizhou, Provinz Hubei, zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und tausenden ArbeiterInnen der geschlossenen Tieshu Textilfabrik; es gab Verletzte und 20 Festnahmen. Der Kampf der Arbeiter der Tieshu dauert seit mehr als einem Jahr an; sie beschuldigen das Management, die Fabrik absichtlich in den Ruin getrieben zu haben. Dabei haben sie jetzt nicht nur ihre Aktienanteile verloren (die sie hatten kaufen müssen), sondern auch ihre Pensionsansprüche. Monatelang haben die Arbeiter demonstriert und die Fabriktore blockiert.

Weitere Beispiele aus dem Jahr 2003:

Die Betroffenen der Privatisierung von Staatsbetrieben protestieren meist, nachdem sie schon entlassen sind; sie verlangen höhere Abfindungen oder Unterstützungen. Es gibt aber auch Beispiele, wo noch aktive ArbeiterInnen für bessere Bedingungen kämpfen. Im Februar streiken mehr als 300 Stahlarbeiter in Wuhan gegen Kürzungen in der Krankenversorgung; Ende Oktober werden die Tore der Baumaschinenfabrik Zhengzhou von den Arbeitern blockiert, die gegen die (kostenlose) Übergabe ihrer Fabrik an das Management protestieren; im November streiken 10 000 Automobilarbeiter in Xianfan, Hubei, gegen die Auswirkungen der Privatisierung ihrer Fabrik; im Dezember blockieren 500 ArbeiterInnen eine Autobahn in Changsha, Hunan, um gegen den Plan der Privatisierung zu protestieren. Mehr als 400 Beschäftigte der Krankenhäuser von Wafangdan, Liaoning, demonstrierten im April gegen den Plan der Stadtverwaltung, die Häuser zu privatisieren.

Manchmal sind Infos über Streiks etwas versteckt: Die New York Times berichtete über die Verlagerung der Produktion der Spielzeugserie »Etch A Sketch« von Ohio (wo die ArbeiterInnen zuletzt 9 Dollar je Stunde verdient hatten) nach Shenzhen, wo 24 Cents bezahlt werden. Dabei wird am Rande erwähnt, dass in dieser Fabrik »kürzlich« schon zwei Mal gestreikt wurde, weil der Lohn immer noch unter dem lokalen Mindestlohn von 33 Cents/Stunde liegt.

Die Kämpfe der Bauern, Stadtbewohner, WanderarbeiterInnen, ArbeiterInnen bleiben nicht ohne Folgen. Die Regierung hat eine ganze Reihe sozialpolitischer Maßnahmen auf den Weg gebracht. Etwa 3 Millionen Bauern und gut 11 Millionen Städter erhalten so etwas wie Sozialhilfe. Für legal Beschäftigte gibt es im Prinzip auch Renten-, Kranken- und Unfallversicherung.

Im letzten Jahr hat es weitere Versuche gegeben, die WanderarbeiterInnen besser zu integrieren. Welche Dringlichkeit dies für die Aufrechterhaltung der Stabilität hat, erfuhren die Behörden während der SARS-Krise im April. In den wenigen Tagen nach Bekanntgabe der SARS-Infektion in Beijing verließen etwa 1 Million Wanderarbeiter die Stadt. Mit der Folge, dass den Krankenhäusern ihre Reinigungskräfte genau in dem Moment fehlten, als sie am dringendsten gebraucht wurden. Auch aufgestockte Lohnangebote hielten die Putzen nicht zurück. Allerdings sollen sie nach wie vor nicht sesshaft werden – ein Zusammenkommen der Wanderarbeiter mit den städtischen Armen soll auf jeden Fall verhindert werden. Die Wanderarbeiter dürfen jetzt im Prinzip Mitglied in der Staatsgewerkschaft werden. Wesentliche Bestimmungen des Melderechtes

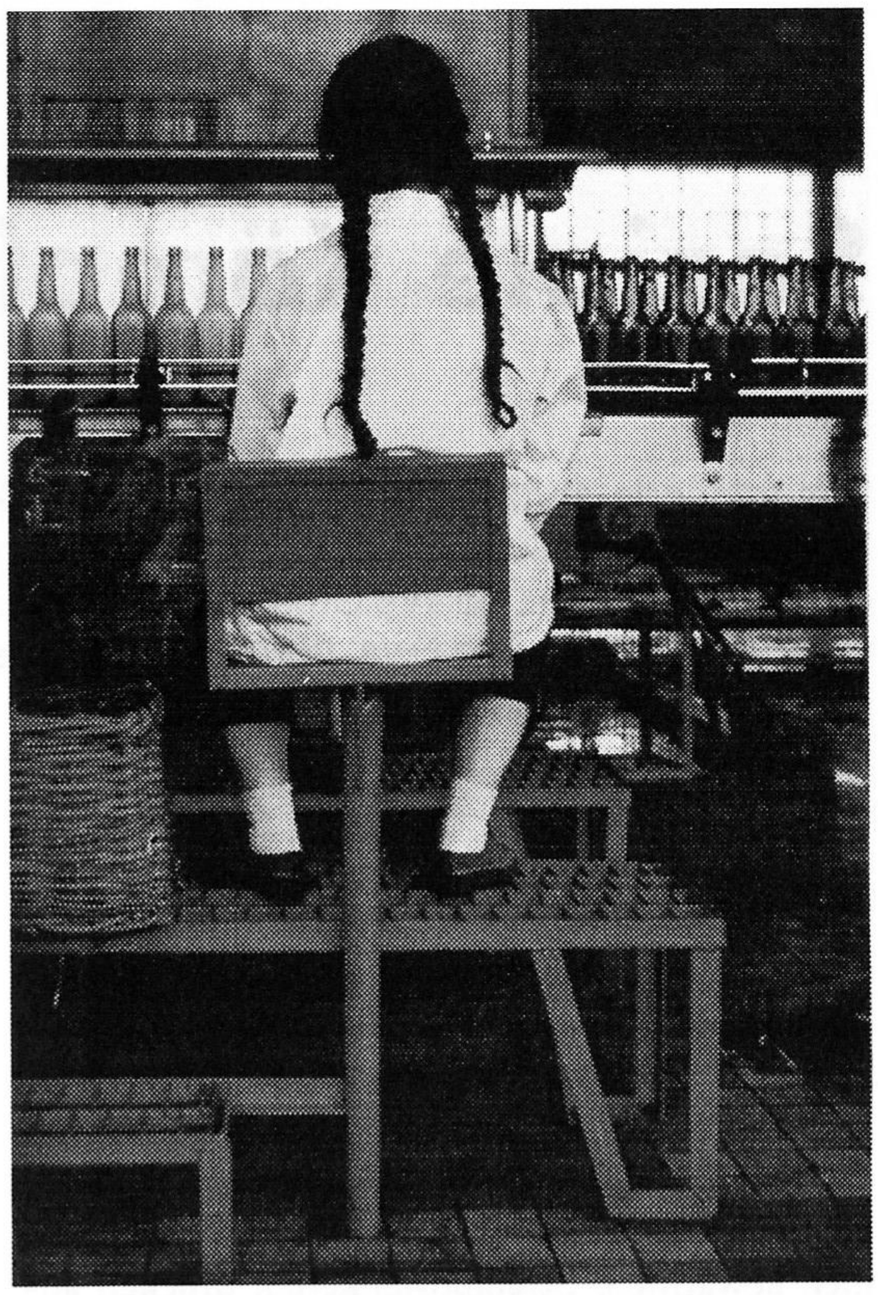
wurden zu ihren Gunsten geändert. Mindestlöhne wurden eingeführt oder erhöht. Und tatsächlich steigen nicht nur die Einkommen in der Stadt, sondern auch die Löhne in den »Processing Trade«-Fabriken. So beklagten kleinere koreanische Firmen, dass überall dort in China, wo sie tätig seien, die Löhne in den letzten Jahren um je 10 % gestiegen seien – dabei seien die Lohnkosten doch der wesentliche Grund für eine Produktion in China.

Wenig ist über die Art und Weise bekannt, in der sich die ArbeiterInnen organisieren, um ihre Interessen zu verfolgen. Es wäre für die Aktivisten viel zu gefährlich, wenn Ausländer versuchen sollten, sie ausfindig zu machen. Seit jeher fürchtet die Staatsmacht in China den Einfluss von Geheimgesellschaften. Die Angst der KP, das Organisierungsmonopol zu verlieren, zeigt sich in der Dauerattacke gegen die Sekte Falungong. Von daher ist es eher überraschend, dass in den Arbeiterkämpfen des Jahres 2002 in Daqing und Liaoning sogar formell organisierte Arbeiterzusammenschlüsse wie das »Provisorische Gewerkschaftskomitee der von der Erdölbehörde abgebauten Arbeiter« aufgetaucht sind. Solche Organisationen konnten offenbar Kontakte in vielen Teilen Chinas herstellen.

Die Kämpfe zeigen durchweg einen hohen Grad an Zusammenhalt; dies könnte bei den abgebauten Staatsarbeitern aus der gemeinsamen Erfahrung desselben Betriebs, aus dem Wohnen im gleichen Viertel kommen. Bei den Wanderarbeitern aus dem Zusammenhalt der Communities, in denen sich die Leute aus der gleichen Herkunftsprovinz bewegen.

Doch es gibt Berichte, die andeuten, dass es auch weit darüber hinaus gehen kann. So wurden z.B. im Mai 2002 in Ruian und in Tangxia (benachbart in Zheijang) Vereinigungen von Wanderarbeitern gegründet. Sie bekamen zunächst sogar eine polizeiliche Zulassung, gaben Mitgliedsausweise aus und verteilten Flugis. Von Teilen der regionalen Presse wurde dies als Fortschritt begrüßt, auf Druck der Staatsgewerkschaft das Experiment jedoch bald beendet.

Es gibt darüber hinaus Hinweise, dass ein kleiner Teil der chinesischen Intellektuellen die Arbeiterkämpfe aktiv unterstützt. Deutlich wird das bei Verurteilungen, die öffentlichen Widerhall finden. Während entsprechende Diskussionen an den Unis derzeit geduldet werden, kommen Leute, die wirklich etwas machen und dabei erwischt werden, meist nicht unter 10 Jahren Lager davon. Wie viele zum Handeln bereit sind und ob sie sich organisieren, ist unbekannt. Anscheinend entwickelt sich auch im Gewerkschaftsapparat – vor allem in der Jugendorganisation – ein »linker Flügel«, der den Arbeitern, auch den Wanderarbeitern, manchmal praktische Hilfe bietet.



Augen zu und durch

China ist die letzte große Entwicklungsdiktatur und Diktaturen fallen, wenn sie nicht wenigstens die Hoffnung auf wirtschaftlichen Fortschritt für den größten Teil ihrer Bevölkerung aufrecht erhalten können. Da die Unruhe im Land wächst, gibt es weder bei der KP noch bei den kapitalistischen Kommentatoren aus dem Ausland den geringsten Zweifel, dass die Geschwindigkeit, mit der der Tiger geritten wird, beibehalten werden muß.

Alle Hoffnungen auf ruhige soziale Verhältnisse in China gründen sich auf die Perspektive gleichmäßigen, ausgeglichenen Wachstums der Ökonomie. Tatsächlich ist die Balance jedoch ziemlich labil und kann jederzeit kippen. Im Jahr 2002 lagen die Hauptprobleme in der Deflation und der Kaufzurückhaltung im Inland. Chinesische Haushalte sparen im Durchschnitt 30 % ihres Einkommens, was mit ihrer Einschätzung der Zukunft zu tun hat. Zur Zeit herrscht Angst vor Inflation und Überhitzung: Die Wirtschaft wächst so schnell, dass der Ausbau von Infrastruktur (Energie, Kommunikation) nachhinkt und deshalb die Preise ebenso steigen wie die Löhne bestimmter Gruppen, bei denen Arbeitskräftemangel herrscht. Darüber hinaus ist jetzt schon klar, dass in weiten Bereichen riesige Überkapazitäten entstanden sind. Das betrifft einige Grundstoffindustrien, aber vor allem den Immobilienbereich in den Städten. Da gibt es nach einer Preisexplosion erste Leerstände: ziemlich genau das Szenario, mit dem sich die erste Asienkrise angekündigt hatte. Das chinesische Fließband brummt. Noch.

Karl

Soziale Kämpfe im Irak

Das folgende stützt sich auf Berichte von Aktivisten von »US Labor Against the War« und britischen Gewerkschaftsdelegationen, die in den Irak gereist waren, um sich die Situation der ArbeiterInnen und ihre Organisierungsmöglichkeiten vor Ort anzuschauen. Besonders die vielen Gespräche, die Ewa Jasiewicz mit ArbeiterInnen geführt hat, zeichnen ein sehr drastisches Bild der widersprüchlichen Situation.

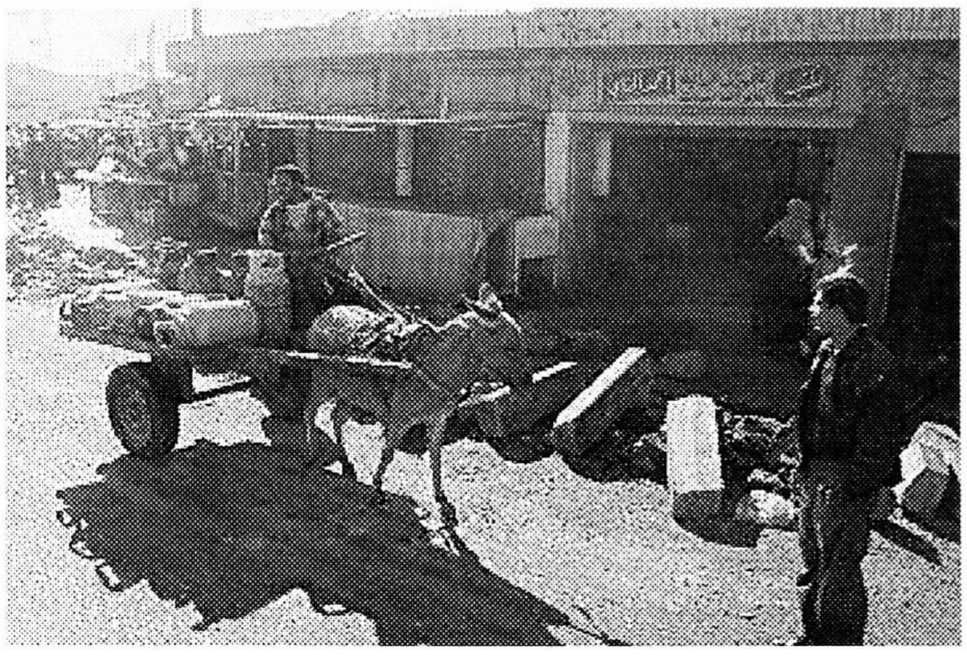
Interessante links:
www.occupationwatch.org
www.voicesuk.org

Irakseite auf Labournet:
www.labournet.de/internationales/iq/index.html

Ewa Jasiewicz vergleicht an einer Stelle den besetzten Irak mit dem seit Jahrzehnten von UN-Rationen lebenden Palästina, wo sie lange gelebt hat, und stellt fest, dass im kriegszerstörten Irak der Klassenantagonismus viel höher sei. Aufstände, unabhängige Streiks, Angriffe auf Unternehmer, bewaffnete Streikpostenketten drücken aus, dass sich die ArbeiterInnen ihrer Macht bewusst sind. Aber sie haben so gut wie keine Erfahrung, wie sie diese Macht dauerhaft aufrechterhalten, neue Ebenen der Auseinandersetzung erreichen – und wie die Aktivisten sich vor der Vernichtung schützen können.

Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne

Schätzungsweise 50 bis 75 Prozent der Erwerbsbevölkerung im Irak sind arbeitslos. Viele Staatsbetriebe sind durch den Krieg oder Plünderungen so geschädigt, dass sie die Produktion aufgeben oder zurückfahren mussten. Durch die Auflösung der Baath-Partei, der staatlichen Sicherheitskräfte und der Armee haben nochmals Hunderttausende ihren Job verloren. Ein großer Teil der Bevölkerung ernährt sich nach wie vor aus den Notrationen des UN-Programms *Food for Oil*, die aus Grundnahrungsmitteln wie Mehl, Speiseöl usw. bestehen. Fast alle sind gezwungen, durch informelle Beschäftigungen ihr Überleben zu sichern: Wer ein Auto hat, macht Taxifahrer, wer noch irgendwelche Wertgegenstände besitzt, verkauft sie. Raffinerie-Arbeiter lassen ihre Kinder die Ölration, die sie zusätzlich zum Lohn bekommen, an der Landstraße verkaufen.



Die Besatzungsbehörde CPA *(Coalition Provisional Authority)* bezahlt den Staatsbeschäftigten 60 Dollar pro Monat wie zu Saddams Zeiten – einige wenige bekommen 120 oder 180 Dollar –, aber sämtliche Zulagen (für Kinder, Unterkunft, Nahrungsmittel, Prämien), die quasi einen zweiten Lohn darstellten, wurden gestrichen. Für den Unterhalt einer Familie sind 500 Dollar notwendig. Pensionierte Arbeiter kommen in ihre Betriebe zurück und arbeiten nach 45 Dienstjahren für den Hungerlohn von 2500 Dinar täglich (ein Dollar entspricht etwa 2150 Dinar). Die versprochenen Arbeitsbeschaffungsprogramme der Besatzungsbehörde laufen nur schleppend an. Die Bezahlung ist miserabel. Vielerorts weigern sich die Leute auch, für zwei Dollar am Tag demütigende Arbeiten wie Straßenreinigung zu machen.

Ein Jahr nach Beginn des Kriegs liegt noch immer die Infrastruktur darnieder. Das bedeutet ein Leben ohne sauberes Wasser, mit maroden Abwasserleitungen, wenig Benzin und einer völlig unzureichenden Stromversorgung – in Bagdad fällt der Strom zuweilen bis zu 16 Stunden aus. Nach dem zweiten Golfkrieg hatte der irakische Staat trotz Embargo das Stromnetz in wenigen Monaten auf den Vorkriegsstand gebracht.

Die anhaltend schlechten Bedingungen bringen die Bevölkerung gegen die CPA auf. Es gab massenhaft Protestaktionen und Demonstrationen, wogegen die Besatzungstruppen hart vorgingen. Viele, auch unbewaffnete Demonstranten, wurden erschossen, noch mehr verletzt. Angriffe auf Soldaten wurden mit Strafaktionen gegenüber ganzen Stadtvierteln geahndet. Unter dem Vorwand der »Suche nach Terroristen« wurden bei Razzien Leute erschossen oder verletzt. Das soll einschüchtern, ruft aber noch mehr Wut und Gegenwehr hervor.

Eine Lizenz zum Gelddrucken

56 Milliarden Dollar allein bis 2006 soll der Aufbau des Irak nach Schätzungen der UNO kosten. Der Wiederaufbau liegt in den Händen von US-Unternehmen, die Aufträge an Subunternehmen verteilen. Die Aufträge sind eine Lizenz zum Gelddrucken. Abgerechnet wird nach Aufwand, d.h. je länger an einem Auftrag gearbeitet wird, desto höher der Gewinn. Deshalb haben die Firmen kein Interesse an einer raschen Wiederherstellung der Infrastruktur. Firmen aus Nichtkriegsteilnehmerländern sind von der Vergabe ausgeschlossen. US-Unternehmen haben kein Interesse, alte Anlagen aus japanischer oder russischer Produktion zu reparieren, für die wegen des Embargos seit 1991 keine Ersatzteile mehr beschafft werden konnten. Ein weiterer Grund dafür, dass es so langsam geht. Für US-Firmen ist es auch lukrativer, Rohöl zu exportieren und Benzin zu importieren, als die Raffinerien wieder richtig in Gang zu bringen. So fehlt es im Ölland Irak an Benzin. In einigen Betrieben haben die Arbeiter selbst die Anlagen repariert, mit Ersatzteilen aus alten Apparaturen.

Es gibt ausreichend Ingenieure im Land, doch die US-Firmen bringen lieber Techniker aus dem Ausland mit. Diese sind häufig Ziel von Anschlägen. KBR, eine Tochterfirma von Halliburton, die am Wiederaufbau der Ölförderung arbeitet, hat bereits fünf Mitarbeiter verloren. Die Firmen müssen inzwischen sehr hohe Löhne bezahlen, um noch Techniker für einen Irak-Einsatz zu finden.

Privatisierung

Die US-Regierung wollte zunächst die Staatsbetriebe rasch privatisieren. Nach einer Verfügung der Besatzungsbehörde vom September 2003 können irakische Unternehmen zu 100 Prozent von Ausländern übernommen werden – mit Ausnahme der Öl- und Gasindustrie, aus deren Einnahmen der Wiederaufbau finanziert werden soll. Gewinne können komplett ins Ausland transferiert werden. Knapp 200 Staatsbetriebe sollen verkauft werden: Zement- und Düngemittelfabriken, Phosphat- und Schwefelminen, Arzneimittelfabriken, die irakische Luftfahrtgesellschaft. Aber die Privatisierung kommt nicht voran. Als im Juli 2003 der Chef der Speiseölfabrik erschossen wurde, weil er sich weigerte, vor dem Krieg entlassene Arbeiter wieder einzustellen, löste das eine Panikwelle aus. Wo Massenentlassungen angekündigt werden, kommt es zu hartem Arbeiterwiderstand. Bisher waren Arbeiter von Großbetrieben praktisch unkündbar. Angesichts der eh schon hohen Arbeitslosigkeit schreckt die Besatzungsbehörde vor weiteren Entlassungen zurück oder senkt zumindest das Tempo

– dies legen auch die Weltbank-Berater nahe. Die Privatisierung soll wohl Aufgabe der zu wählenden Regierung werden. Da bekommen aber die Geschäftsleute – die auf Privatisierung setzen – kalte Füße. Sie sind überzeugt, dass nur die Besatzungsbehörde die Privatisierungen durchziehen kann.

Anti-Arbeiter-Gesetzgebung aus der Saddam-Zeit

Die Baath-Partei hatte nach dem Staatsstreich 1968 rigoros den Gewerkschaftsbund (General Federation of Trade Unions – GFTU) gesäubert und daraus einen willfährigen Apparat zur Kontrolle und Bespitzelung der ArbeiterInnen gemacht. Im Einvernehmen mit ihm schaffte Saddam Hussein 1987 den Acht-Stunden-Tag ab und machte die Beschäftigten der Staatsbetriebe, d.h. einen Großteil der irakischen Arbeiterklasse, zu Beamten und verbot ihnen damit jegliche gewerkschaftliche Organisierung. Die GFTU feierte das als revolutionäre Tat, als Abschaffung der Klassenstruktur in der irakischen Gesellschaft; sie fungierte in den Staatsbetrieben weiter als eine Art Geheimdienst und Organisator von Demonstrationen für die Baath Partei.

Im Gegensatz zu anderen Gesetzen aus der Saddam-Zeit hat die CPA gerade dieses Gesetz nicht aufgehoben, sondern im Juni 2003 in einer Verordnung über ›verbotene Aktivitäten‹ konkretisiert: Die Organisierung von Streiks oder anderen die Produktion störenden Aktivitäten in wirtschaftlich relevanten Betrieben ist verboten und wird mit Verhaftung und Behandlung der Täter als Kriegsgefangene geahndet.

Trotz des Organisierungsverbots haben sich gerade in den großen Staatsbetrieben Gewerkschaften oder Arbeiterräte gebildet. »Es ist so, wie es immer war: es gibt keine Arbeiter, es gibt keine Gewerkschaften. Aber die meisten Leute betrachten die Regierung und die Besatzung als illegal. Die Arbeiter werden nicht auf die Legalisierung ihrer Kämpfe warten, bevor sie zurückschlagen und gemeinsam agieren – was sie 35 Jahre lang nicht durften.«, kommentiert Ewa.

Es gibt eine ganze Reihe von neuen Gewerkschaften der SpinnerInnen und NäherInnen, der GesundheitsarbeiterInnen, der Öl- und Gasarbeiter, der Eisenbahner usw.. Sie haben auch eine Dachorganisation, die IFTU. Aber ihnen fehlen die Mittel, da die Fonds der alten Gewerkschaften von der CPA eingefroren wurden. Über massive Streiks verschaffen sich die Gewerkschaften Anerkennung. Durch eine gemeinsame Aktion haben sie die neue Lohnskala der Besatzungsbehörde, die die Löhne für die unteren Lohngruppen stark abgesenkt hätte, zu Fall gebracht. Die Besatzungsbehörde hat im Oktober einige Einschüchterungsaktionen gegen neue Arbeiterorganisationen unternommen, u.a. eine Razzia im vorläufigen Büro der IFTU im alten Büro der Transportarbeitergewerkschaft im Busbahnhof von Basra. Sie beschlagnahmten die wenigen Akten, verhafteten die anwesenden Gewerkschafter – und ließen sie am Tag darauf wieder frei. Im November wurden zwei Führer der Arbeitslosengewerkschaft verhaftet – und am nächsten Tag wieder freigelassen. Auf eine Demo organisierter Arbeitsloser wurde geschossen...

Arbeiterkämpfe

In Najebeeya war Ewa bei Kontrollraumarbeitern in der *Southern Oil Company*. Kurz zuvor hatten sie den ganzen Betrieb stillgelegt. Auf einer spontanen Versammlung von etwa 40 Arbeitern wurde

»Der Alptraum ist nicht vorbei.«

Die neuen Gewerkschaften haben nicht das Recht, die Arbeitsbedingungen zu inspizieren, während die alten Baathisten-Vertreter frei arbeiten können. Viele von ihnen haben sich sofort nach dem Fall des Regimes der Besatzungsbehörde als Dolmetscher und Berater angedient. Viele hochrangige Baathisten wurden nicht aus ihren Positionen entfernt, die Besatzungsbehörde hat im Gegenteil sogar Manager wieder eingesetzt, die von den Arbeitern davongejagt worden waren. Viele ArbeiterInnen leben noch immer in einem Klima der Angst, wie der folgende Bericht von Ewa Jasnowiecz drastisch belegt.

»Die Repression geht weiter. Genau wie früher. Ich habe einen Arbeiter, der nicht der Gewerkschaft angehört, aber bei der *Southern Oil Company* (SOC) arbeitet, in seiner Werkswohnung besucht und mit ihm und seinem Kollegen ›Hassan‹, der seit 30 Jahren bei der SOC arbeitet und die Firma wie seine Westentasche kennt, gesprochen. Sein Lohn ist gestiegen, liegt aber immer noch bei 10 Dollar am Tag. Ohne Lohnerhöhung wird er nie aus seinem Zwei-Raum-Wohnwagen ausziehen können. Er erzählt uns, dass die Ölgesellschaft immmer noch von denselben diktatorischen und mörderischen Baathisten geleitet wird, die für den Tod von Hunderten von Ölarbeitern verantwortlich sind. ›*Wir hatten sie alle rausgeworfen, jeden einzelnen, aber das Ölministerium der CPA hat viele von ihnen zurückbeordert.*‹ Sie werden von Leuten des Al-Gahramashe-Stamms beschützt, der in der Gegend für Plünderungen, Mord, Raub und Entführung von Ärzten und Frauen bekannt ist. ›*Sie haben einen sehr sehr schlechten Ruf, und niemand kommt gegen sie an*‹, erzählt er. Dies und die Tatsache, dass auch die CPA ihren Schutz braucht, sichert ihnen ihre bequemen Mafia-Sessel.

Unser Gespräch ist spürbar aufrichtig, verglichen mit den vielen üblichen Schichten von routinierten Überlebenslügen, Ausflüchten und – vom Sprecher oder dem Wächter neben dir – kontrollierten Worten, die sich in 35 Jahren totalitärer Herrschaft und nach innen gewandtem Imperialismus zu einer Art Sozialpsychose, einem verinnerlichten falschen Bewusstsein unter dem Eindruck staatlicher Härte, einer falschen Wirklichkeit ausgewachsen hatten. Mittendrin kommt ein gutgekleideter, glatt lächelnder Mann herein und setzt sich hin. Die Atmosphäre wird drückend, das Gespräch kommt ins Stocken und versiegt dann ganz. Eine inzwischen vertraute, schreiend brutale, aber widersprüchlich beiläufige Stille legt sich über uns. Der Vorhang hebt sich, die Psychose bricht aus, und der glatt gekleidete Mann lächelt uns freundlich an. Woher hat er Bescheid gewusst? Ich frage ihn, wer er ist. Er arbeite in der Buchhaltung. Das ist nie ein gutes Zeichen, immer eine Machtposition, Nähe zum Chef und hier hochrangiger Baathismus. Ich beginne mit allgemeinen Fragen, wie-ist-das-Leben-nach-dem-Fall-des-Regimes. ›*Viel besser, hervorragend*‹, erzählt er mir. ›*Alles ist besser, wir haben Demokratie, wir können frei sprechen und wir können jetzt auch Satellitenschüsseln kaufen!*‹ Eine Schüssel kostet 150 Doller, 90 Prozent der Bevölkerung können sich das nicht leisten und müssen den im Auftrag der CPA von früheren Delta-Force-Leuten ohne Medienerfahrung betriebenen einzigen TV-Kanal des Landes ertragen. Ihre Sendungen beleidigen die Bevölkerung: zugunsten der CPA verzerrte Nachrichtensendungen und ›Debatten‹ – das Wort Besatzungsmacht darf nicht ausgesprochen werden – und audiovisuelle Gräuel wie 80er-Jahre-Fernsehfilme über die britische Herzogin Fergie. Kotztüten-TV. Kollektive kulturelle Bestrafung.

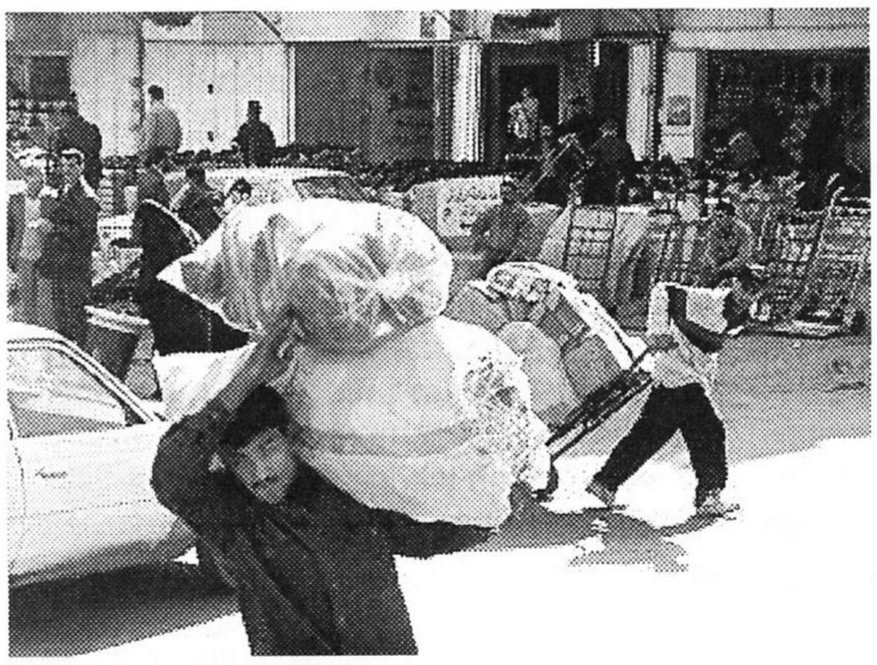
Ich frage den Buchhalter nach alten Baathisten in der Ölgesellschaft, wir hätten gehört, es gäbe noch welche im Management. ›*Nein, da gibt es keine Baathisten, wirklich, die sind alle weg. Wir haben keinen einzigen*‹, sagt er. Meine beiden Freunde stimmen zu, nicken, ohne mich anzuschauen. ›*Ja, das stimmt, es gibt wirklich keine mehr.*‹ ... Mein Übersetzer-Freund übersetzt mir, dass ich nun wirklich das Thema wechseln sollte, dass es wirklich unangenehm werde und dass ich bitte meinen Gesichtsausdruck nicht ändern solle, weil der Buchhalter denke, er übersetze alles, was er gerade sage. ›*Also, bitte Themenwechsel, ok?*‹ ›*Al Hamdulilah*‹, sage ich (Gott sei Dank), und wir steuern drum rum, und legen die Platte auf, wie großartig die Befreiung war, und alle in der Runde atmen auf, lachen, schlagen die Beine übereinander, reichen Zigaretten. Ich stehe auf und gehe raus, ich kann nicht mehr. ...

Er ist der Mann, der deine ganze Familie umbringen würde, wenn du je etwas gegen ihn sagst. Er ist Saddam, der lokale Saddam, der unmittelbare Saddam – der Ölboss. Er ist der Wachhund deines Viertels, der Baathist, den du nicht töten kannst, weil er vom grausamsten Stamm des Regierungsbezirks geschützt wird. Er ist deine Gedankenpolizei, er erinnert dich daran, dass sich nichts geändert hat und die Regeln noch dieselben sind. Er erinnert dich daran, dass der Alptraum nicht vorbei ist. Der Alptraum ist nicht vorbei.«

ihr erklärt, dass sie damit höhere Löhne durchsetzen und politisch deutlich machen wollten, dass sich die irakischen Arbeiter diese Behandlung nicht gefallen lassen. Auf Ewas Frage, ob bisher jemand entlassen worden sei, kam die Antwort: »Wenn einer von uns entlassen wird, bringen wir den Boss um!« und »Vorher haben wir Saddam bekämpft, jetzt müssen wir sowohl gegen die Besatzung als auch gegen die alten Baathisten kämpfen, die noch in Machtpositionen sitzen.«

Fast täglich gibt es Demos gegen die CPA, für Jobs, für Lohnerhöhungen, gegen lange Arbeitszeiten, gegen alte Baath-Mitglieder im Management. Die Proteste nehmen immer wieder einen gewalttätigen Verlauf – sei es, dass Demos von bewaffneten Islamisten oder Soldaten angegriffen werden, sei es, dass Arbeiter ihre Gewehre holen.

August und September 2003 waren heiße Streikmonate in Basra. Die Transportarbeitergewerkschaft organisierte einen Marsch für Gas, Brennstoff, Wasser und Strom, der mit einer Massenschlägerei mit britischen Truppen endete. Der Aufruhr dauerte drei Tage. Danach wurde der drastisch erhöhte Preis für Flaschengas, das zum Kochen und Erwärmen von Waschwasser gebraucht wird, von 12000 auf 1500 Dinar herabgesetzt (der Vorkriegspreis hatte 250 Dinar betragen). Die Hafenarbeiter in Basra haben seit Ende 2003 schon



16mal gestreikt. Drei Arbeiter wurden vom CPA-Verantwortlichen wegen Bildung einer Gewerkschaft entlassen.

Im Hafen von Maaql/Basra wurde erfolgreich gegen die Bezahlung mit 10000 Dinar-Noten (ungültig und eintauschbar gegen 7000 Dinar) gestreikt. 600 Arbeiter griffen das Haus des Chefs an, zerstörten es und verwüsteten die Büros der Verwaltung. Der Chefbuchhalter floh und wurde wieder eingefangen. Britische Panzer und Truppen rollten an, aber die Gewerkschaften konnten sie mit einem Ultimatum aufhalten: Entweder ihr zahlt uns sofort unsere Löhne in Dollars oder wir töten den Buchhalter und den von der CPA eingesetzten Manager. Er zahlte am nächsten Tag. Er hat sei-

nen Posten nicht aufgrund seiner Qualifikation bekommen, sondern weil alle seine Brüder von Saddam umgebracht worden sind und seine Familie loyal zu den Besatzern steht. Er ist Chef über 10000 Arbeiter, kann aber nicht über die Höhe und die Auszahlung ihrer Löhne bestimmen. Er ist der Puffer, an dem sich die Wut der Arbeiter entladen soll; der wirkliche Arbeitgeber ist die CPA.

In der Raffinerie Al-Daura gab es im September und Oktober drei Arbeitsniederlegungen mit Forderungen nach mehr Lohn. Und es gab drei Generalstreiks gegen die Umstellung der Lohnzahlungen von Dinar auf Dollar, die wegen der Kursschwankungen des Dollars zu Lohnverlust und verspäteten Lohnzahlungen führte.

In einer Baumwollfabrik in Bagdad wurden mit einem dreitägigen Streik Zusatzzahlungen und eine Auswechslung des Managements erreicht. In einer Lederfabrik jagten die Arbeiter trotz Polizeieinsatz den baathistischen Manager aus dem Betrieb. In einer Ziegelfabrik bei Bagdad wurde im Oktober gegen 14-Stunden-Schichten, für höhere Löhne, einen Tarifvertrag, medizinische Versorgung im Betrieb und Altersrente gestreikt. Als der Fabrikbesitzer drohte, die Streikenden rauszuwerfen und neue Arbeiter einzustellen, holten sie von zu Hause ihre Gewehre und bildeten eine bewaffnete Streikpostenkette gegen Streikbrecher. Der Unternehmer gab nach.

Anfang Januar legten die Arbeiter mehrerer Elektrizitätswerke im Bezirk Basra die Arbeit nieder und machten eine Demo aus dem Werk heraus gegen die Sklavenlöhne, die langen Arbeitszeiten und die schlechte Behandlung. Kurz darauf schlossen sich die Arbeiter der *Southern Oil Company* an und drohten, den gesamten Irak lahmzulegen.

Statt aufrührerischer irakischer Arbeiter beschäftigen v.a. kuwaitische Subunternehmer von Bechtel lieber asiatische Arbeiter aus Pakistan, Bangladesh usw. – und ziehen damit erst recht die Wut der irakischen Arbeiter auf sich (siehe das Beispiel der Baufirma Al Khoorafi im folgenden Artikel). ■

Arbeiterklasse im Irak – ein Neuanfang?

Die Arbeiterklasse im Irak ist dabei, sich zu organisieren, und sie braucht die Erfahrungen, die die Arbeiterklasse im Ausland in den letzten Jahrzehnten gesammelt hat. Gerade heute ist es entscheidend, dass sie die weltweite Klasse an ihrer Seite hat. Dazu sollten wir uns ein eigenes Bild von der Lage machen und mit den ArbeiterInnen dort in direkten Kontakt treten.

Den folgenden Beitrag hat ein im Exil lebender Genosse aus dem Irak geschrieben, der 1991 die kurze Phase der Rätebewegung in Kirkuk und Sulaimania miterlebt hat.

Die Proteste der Arbeiter begannen kurz nach Saddam Husseins Sturz. Anfang Mai demonstrierten Hunderte von LehrerInnen in Erbil (Kurdistan) für die Auszahlung ihrer seit zwei Monaten überfälligen Löhne. Ebenfalls Anfang Mai 2003 wurde die Arbeitslosen-Gewerkschaft gegründet, die eine ihrer ersten Demonstrationen in Bagdad am Alfirdaus Platz durchführte (der Platz, an dem am 9. April Saddams Statue niedergerissen worden war).

Arbeiterorganisationen sind wie Pilze aus dem Boden geschossen, mittlerweile haben die ArbeiterInnen in fast allen Betrieben einen Rat oder eine eigene Gewerkschaft gegründet. Fast täglich kommt es zu Arbeiterprotesten. Auch eine linke

Exkurs: Die linken Parteien

Die Kommunistische Partei des Irak wurde 1934 gegründet. Sie verfolgte wie überall auf der Welt eine bürgerliche Politik: Sie rief die Klasse nicht zum Kampf für ihre eigenen Interessen auf, sondern arbeitete mit nationalistischen Vorstellungen. Sie agitierte gegen die Monarchie und die britische Kolonialmacht und für die Versöhnung mit der nationalen »fortschrittlichen« Bourgeoisie. Generationen von ArbeiterInnen wurden mit der Parole »Ein freies Land und ein zufriedenes Volk« erzogen. Auf der organisatorischen Ebene lief es genauso, die Arbeiterklasse selbst war für die Kommunistische Partei des Irak von keinerlei Bedeutung, wichtig waren die einzelnen Personen aus der Klasse, und zwar als Parteimitglieder, als Masse in der Partei.

Das erklärt, warum die Baathisten sich so leicht durchsetzen und 1979 die KP beinahe vollständig vernichten konnten. Tausende von Arbeitern wurden festgenommen und hingerichtet, ohne jeglichen Widerstand. Eine Partei mit ca. zweihunderttausend Mitgliedern war im Irak mit damals (1979) zwölf Millionen Einwohnern keine kleine Partei. Und wenn sie in nur wenigen Monaten vernichtet werden konnte, kann der Grund nur darin liegen, dass es keine starke Klassenorganisierung unter den ArbeiterInnen gab, die die politischen Freiheiten hätte verteidigen können.

Der Angriff ab 1979 war enorm, der Irak wurde zu einem Polizeistaat unvorstellbaren Ausmaßes umgebaut. Nachdem die innere Sicherheit hergestellt war, hat Saddam die Arbeiterklasse in drei Kriege verwickelt. Dies, die politische Verfolgung und ein Jahrzehnt UNO-Sanktionen haben die Arbeiterklasse sehr geschwächt und die ArbeiterInnen in einem Maße gedemütigt, dass sie den Glauben an die eigene Kraft und jegliche Hoffnung verloren haben. Der Glaube an sich selbst wurde durch den Glauben an den Himmel ersetzt. Die Islamisierung im Irak ist besonders der UNO zu verdanken. Die Arbeiterklasse wurde nicht nur vom bürgerlichen Lager unterdrückt, sondern auch von den internationalen Gewerkschaftsföderationen ans Messer geliefert, indem sie die Arbeiterklasse im Irak boykottiert und damit isoliert haben. In den 80er Jahren arbeiteten sie mit den gelben Gewerkschaften im Irak zusammen. Sie ließen es zu, dass Waffen exportiert und an die Front geliefert wurden, wo sich die Arbeiter aus dem Irak und dem Iran gegenseitig abschlachteten.

Jahrzehntelang wurden die ArbeiterInnen im Irak daran gehindert, sich zu organisieren. Von daher fehlt ihnen die Erfahrung, wie sie sich offen organisieren und gegen das Kapital kämpfen können. Es besteht die Gefahr, dass sie Erfahrungen wiederholen und sich Parteien wie der Kommunistischen Partei des Irak oder der Arbeiterkommunistischen Partei des Irak unterwerfen, von denen die eine nationalistisch und die andere modernistisch-zivilgesellschaftlich ausgerichtet ist, und die beide nur an die Macht wollen. Wir müssen solche Kräfte kritisieren, auch wenn sie gegenüber Islamisten und Nationalisten in der Minderheit sind.

Vor kurzem las ich beispielsweise auf der Website der AKPI, dass die Partei gemeinsam mit einer deutschen Hilfsorganisation in einem Bezirk in Bagdad Hilfsgüter verteilt hat. Dort stand auch, wie gut in dem Bezirk über die Partei gesprochen würde. In einer anderen Erklärung der Partei heißt es, sie habe dabei geholfen, acht Arbeiter aus der Gefangenschaft der US-Armee zu befreien. Auf einer Party in dem Bezirk anlässlich der Befreiung der Gefangenen drängte die Partei die Anwesenden, Mitglied zu werden. Diese Kultur kenne ich aus den 90er Jahren, als die Islamisten die Menschen mit Hilfsgütern und Geld für sich zu gewinnen versuchten, genauso wie es die herrschenden Nationalisten in Kurdistan gemacht haben.

Frauenorganisation ist entstanden, die Frauen-Freiheits-Organisation.

Zum ersten Mal seit 1991 ist wieder eine Rätebewegung entstanden. Schon im Frühjahr 2003 gab es in Kirkuk Initiativen für einen Rat der Ölarbeiter, der schließlich im Oktober gegründet wurde. Im Juli entstanden auch Bezirksräte, so in den Bezirken Al Huriya und in hay Al-Usara wal-Mafkudin in Kirkuk. Im Oktober wurde in einer Tiefbaufirma ein Arbeiterrat gegründet.

Die Arbeiterklasse im Irak ...

Der Einmarsch der amerikanischen Armee und der Sturz von Saddam Husseins Regime haben den Irak zu einem der weltweit wichtigsten politischen und militärischen Schauplätze gemacht. Alle internationalen und regionalen Kräfte tragen hier sehr massiv ihre Konflikte aus. Das führte weltweit zu einer zunehmenden Polarisierung der bürgerlichen Kräfte, von den Nationalisten und Religiösen bis zu Teilen der Linken, gleichzeitig entstehen neue Bündnisse, die vor kurzem noch undenkbar schienen. Der Krieg hat den »Antiimperialismus« wieder gestärkt, und über ihn haben manche Linken in Europa den Weg zu den Islamisten gefunden und umgekehrt: Es ist nicht wichtig, wofür du bist, wichtig ist, dass du gegen die »Besatzung« bist – eine Haltung, die man auch auf Demonstrationen gegen die Sharon-Regierung sehen konnte, wo Linke gemeinsam mit Ultra-Islamisten wie Hamas demonstrierten. Es haben aber auch islamistische Gruppen den Weg zu den »Besatzern« im Irak gefunden.

Sämtliche politischen oder militärischen Ereignisse, und seien sie noch so unwichtig, werden heute vom Fernsehen übertragen, solange sie nur irgendetwas mit der Frage der »Besatzung« zu tun haben. Der Begriff »Besatzung« ist gefährlich – er lädt dazu ein, die Front nur gegen die »Besatzer« zu richten und nicht gegen das Kapitalverhältnis.

Die Medien vermitteln aber das Bild, im Irak gäbe es nur Religiöse und Nationalisten oder den Kampf gegen die »Besatzer«. Die Arbeiterklasse wird möglichst nicht erwähnt. So entsteht der Eindruck, diese Klasse sei völlig passiv und nehme keinerlei Einfluss auf die Ereignisse. Das ist insbesondere bei den arabischen Medien auch so beabsichtigt. Sie meiden die neu entstandenen Arbeiterorganisationen, aber gleichzeitig interviewen sie jeden arabischen Faschisten oder Kleriker, dessen sie habhaft werden können. ArbeiteraktivistInnen sollen nicht im Fernsehen erscheinen. Selbst Funktionäre der Parteien, die von ihrem Namen her in einer Beziehung zur Arbeiterklasse stehen, wie z.B die Arbeiterkommunistische Partei des Irak oder die Kommunistische Partei des Irak, sind kaum zu sehen.

... hat einen langen Atem

In einer Situation, wo durch den Zusammenbruch der alten Strukturen ein politisches Vakuum entstanden ist und alle bürgerlichen Kräfte sich mobilisieren, soll die Blockade der Medien die Arbeiterklasse isolieren und bei ihren Organisierungsversuchen behindern.

Doch die mediale Ausblendung ist nicht das einzige Mittel gegen die Organisierung. Die alten Gesetze gegen Arbeiterkämpfe aus Saddams Zeit sind immer noch in Kraft, Streiks sind verboten. Die CPA, Nationalisten und Islamisten versuchen, die ArbeiterInnen mit körperlicher Gewalt einzuschüchtern, indem sie ihre Demonstrationen angreifen, ihre Büros schließen und AktivistInnen festnehmen.

Schon im Juni 2003 griffen in Al-Nassiriya Islamisten eine Demonstration von Arbeitslosen mit 7000 Teilnehmern an. Die religiöse Organisation Al-Intifadah Al-Sha'bania hat am 3. Januar 2004 die Demonstranten der Arbeitslosengewerkschaft in Al-Samaweh angegriffen und das Feuer auf sie eröffnet; dabei wurden vier Demonstranten getötet und mehrere verletzt.

Die Arbeiterklasse im Irak ist dabei, sich zu organisieren, aber sie steht erst am Anfang. Für die einzelnen Arbeiter und kleine Gruppen von Arbeitern ist die Macht der Arbeiter als organisierte Klasse nicht greifbar. Daher entstehen viele kleine, auch isolierte, Initiativen und Methoden im Klassenkampf, die durchaus widersprüchliche Seiten haben.

Als beispielsweise die Baufirma Al-Khoorafi als Subunternehmer die Wiederherstellung der Ölförderanlagen übernahm, wurde ein Großteil der Arbeiter aus dem Irak entlassen und statt ihrer Arbeiter aus Asien eingesetzt. 70 Prozent der Arbeiter waren nun Ausländer. Die Arbeiter aus dem Irak

traten daraufhin in den Streik. Der Streik dauerte zwei Tage, dabei wurden ausländische Arbeiter von einheimischen Arbeitern aus dem Betrieb gejagt. Am Ende statteten Stammesführer aus der Gegend dem Boss einen Besuch ab und kündigten an, sie würden seine Büros in die Luft jagen, wenn er nicht mehr Arbeiter aus dem Irak einstelle. Noch am selben Tag kehrte er das Verhältnis der Nationalitäten um.

Das durch die Medien vermittelte Bild trügt, die Arbeiterklasse im Irak existiert und sie hat einen langen Atem. Sie kämpft, organisiert sich und holt das Versäumte ziemlich schnell auf. *m.*

Verschärfte Konkurrenz im systemischen Chaos

Im Dezember ist in Italien Heft 4 der libertären Zeitschrift **Wobbly/Collegamenti** – Neue Folge erschienen. Aus dem Schwerpunkt zum Irakkrieg stellen wir im folgenden vier Artikel vor.

---

www.mercatiesplosivi.com/CW/CWmenu.html

Im dreizehnseitigen Einleitungsartikel bespricht Stefano Capello *Die Wurzeln des Konflikts USA-Irak*. Gegen politische Vorstellungen, die in diesem Krieg nur die kriminellen Machenschaften des Bush-Cheney-Regimes und der Neokonservativen sehen, arbeitet er seine geschichtlichen und wirtschaftlichen Hintergründe heraus.

Wallerstein habe erkannt, dass das Weltsystem Kapitalismus sich nur in territorialen Einheiten (Staaten) entwickeln konnte. Staat und Kapital seien nicht dasselbe, die Entwicklung des Kapitals hänge ab vom Kampf zwischen den Staaten um Anteile an mobilem Kapital. Die Staaten brauchen dieses Kapital, um die eigene territoriale Macht auszudehnen. Der Ausgleich zwischen den beiden Fraktionen der herrschenden Klasse (»Politiker« und »Unternehmer«) sei in den USA gestört, dies müsse als Ausdruck einer tiefen Krise des »Systems der amerikanischen Koordinierung der globalen Ökonomie« verstanden werden. Die frühere industrielle und finanztechnische Überlegenheit der politisch-militärischen Supermacht USA werde von vielen Konkurrenten bedroht. Die Invasion des Irak sei Ausdruck der »absolut einzigartigen Phase«, in der wir lebten, einer Situation von »systemischem Chaos«, das sich radikal verschärfe. Die massiven Zuflüsse von Kapital in die USA finanzierten nicht so sehr einen ungebremsten Konsum, sondern vielmehr die größte militärische Aufrüstung in der Geschichte der Menschheit. Diese sei das Resultat einer strategischen Entscheidung der herrschenden Klassen der USA, die vor der Alternative, als Hegemon des kapitalistischen Weltsystems kampflos abzudanken, auf das letzte setzten, was ihnen bleibe: das Militär.

Die Vorgeschichte dieser Entwicklung sieht der Autor in der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg. Die USA befanden sich in einer absoluten Überlegenheit. In dieser Situation setzten sich die »Politiker« gegen die »Unternehmer« durch, die gute Geschäfte im US-Binnenmarkt machen wollten. [Einher ging das mit der Entmachtung derer, die auf einen Ausgleich mit der SU setzten; mit

Präsident Truman setzte sich die gleichermaßen antikommunistische und unternehmerfreundliche Fraktion durch.] Die Marshall-Plan-Gelder erschlossen den US-amerikanischen Firmen die Märkte der westlichen Welt. Diese Perspektive versöhnte beide Lager, weil die Unternehmer unter dem Dach US-amerikanischer Militärbündnisse und -interventionen satte Profite machen konnten.

Ende der 60er Jahre geriet diese Konstellation durch zwei Entwicklungen in eine schwere Krise: Einerseits waren in Japan und der BRD Konkurrenten herangewachsen, die sehr stark auch auf den amerikanischen Markt vordrangen; zweitens setzte eine weltweite, unabhängige Kampfbewegung der Arbeiterklasse so weitgehende Verbesserungen für sich durch, dass das Akkumulationsmodell selbst in die Krise geriet. Ausdruck dieser Krise war der massive Kapitalabfluss aus den USA in Euro-Dollars, weil das Kapital keine produktive Anlagemöglichkeiten mehr sah.

Dagegen richtete sich das Krisenprogramm von Präsident Carter, das von Reagan konsequent weitergeführt wurde. Mit allen Mitteln sollte die Profitabilität des Kapitals in den USA wiederhergestellt werden: Staatsverschuldung zur Rüstungsfinanzierung; Steuergeschenke an die Reichen; Abbau des Sozialstaats; militärische Interventionen im Nahen Osten; ideologischer Angriff zur Rechtfertigung größerer sozialer Ungleichheit (»Neoliberalismus«).

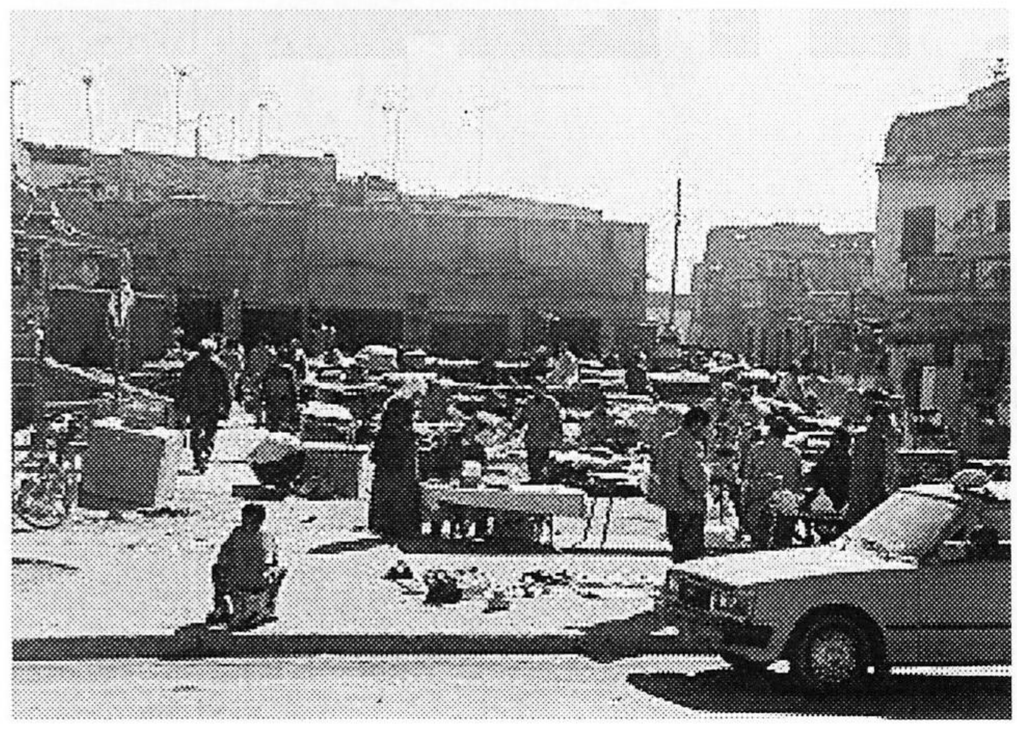
Im »IT-Boom« der 90er Jahre konnten die USA das ernten, was sie in den 80er Jahren gesät hatten: massive Zuflüsse von ausländischem Kapital, Verschärfung der sozialen Ungleichheiten in den USA, Herausbildung einer sozialen Schicht, die Gewinner und Träger dieses Angriffs auf die Unterklassen und auf »den Süden« der Welt ist.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien eine Zeit angebrochen, in der der siegreiche Westen unter Führung der USA die restliche Welt erobert und unter sich aufteilt. Aber innerhalb von zehn Jahren hat sich das Szenario komplett verschoben: Die USA haben ihre Truppen strategisch so auf der ganzen Welt positioniert, dass sie ihren »Verbündeten« den direkten Zugriff auf strategische Rohstoffe abschneiden. Das richtet sich nicht nur gegen das »alte Europa«, sondern auch gegen entstehende Großmächte wie China und Indien, oder in fernerer Zukunft Russland und Brasilien.

Die USA sind militärisch so stark, dass ihnen weltweit niemand auf dieser Ebene etwas entgegensetzen kann. Diese Militärmaschine ist aber sehr teuer und stößt an ihre Grenzen. Der Nahe Osten und Asien sind alles andere als befriedet, Lateinamerika wird von einer Serie von Aufständen erschüttert, weltweit wächst der Widerstand gegen die Verarmung. Um ihre Rolle aufrechtzuhalten, müssen die USA den Einsatz immer weiter erhöhen, verschärfen aber gerade damit das Finanzierungsproblem – und den Widerstand.

John Stoppard geht in seinem Artikel *Das fürchterliche Feuer jenes Scheiterhaufens* genauer auf die verschärfte Konkurrenz zwischen den USA und Europa ein. Der Kosovokrieg sei die erste Eskalationsstufe gewesen: die USA haben ihn gegen Europa ausgelöst und die »europäischen Verbündeten« gezwungen, direkt vor der eigenen Haustür militärisch einzugreifen, was zu einem Legitimationsverlust für die europäischen Institutionen geführt habe. Der zweite Schritt war der Afghanistankrieg, seither verhalten sich die USA wie »gesetzlose Rächer«. Der Terrorismus werde zum Großen Feind erklärt, der globale Kontrolle erfordere. Man könne diese Weltordnung als Imperium bezeichnen, wenn man nicht in die Wahnvorstellungen eines Prof. Negri verfällt, der in den kapitalistischen Fortschritt verliebt ist. Mit »Imperium« sei folgende Konstellation gemeint: eine unglaublich mächtige Zentralmacht mit Vasallen, eine globale Unordnung, barbarische Massen an den Grenzen. Das Bild sei falsch in dem Sinne, dass es absolut nicht nötig ist, das gesamte Territorium zu kontrollieren: In Afghanistan gibt es nur eine Handvoll strategischer Basen, und genauso wird es womöglich im Irak kommen. Es sei klar, dass nicht einfach die Regierung ausgewechselt werden kann; wahrscheinlich müsse das Land dreigeteilt werden (was die Türkei und andere regionale Mächte auf den Plan riefe). Die Invasion hat aus dem Irak ein Operationsgebiet für Fundamentalismus und islamischen Terrorismus gemacht. Der Krieg hat Institutionen wie die UNO und die NATO entlegitimiert und ihre Nutzlosigkeit demonstriert. Und er hat die Krise Europas offen gelegt.

Eine weltweite, noch nie gesehene Konzentration von Macht... hat Negri doch recht? Man muss seine Behauptung auf den Kopf stellen: Wir haben es mit einem Imperator ohne Imperium zu tun und nicht mit einem Imperium ohne Imperator.



Diego Giacchetti bespricht in seinem Beitrag *Das neue und das alte amerikanische Jahrhundert* zwei Bücher zur Rolle der USA in der Weltgeschichte:

- Stefano Capello (Autor des oben besprochenen Artikels): *Oltre il Giardino. Guerra infinita ed egemonia americana sull'economia mondo capitalistico* (Über den Vorgarten hinaus. Unbegrenzter Krieg und amerikanische Hegemonie über die kapitalistische Weltökonomie). Mailand, Zero in Condotta, 2003
- Jacques R. Pauwels, *Il mito della guerra buona*, Rom 2003 (auf deutsch bereits 2001 erschienen als: *Der Mythos vom guten Krieg. Die USA und der Zweite Weltkrieg*. Papyrossa, Köln). Beide Bücher behandeln die Verflechtungen zwischen sozialen und ökonomischen Problemen *in* den USA und der Militärstrategie(n) Washingtons.

Stefano Capello arbeitet heraus, dass die Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzende weltweite Expansion des US-Kapitalismus in anderen Formen stattfand, als die der älteren kapitalistischen Staaten zuvor. Die US-Firmen durchdringen *bereits bestehende* Binnenmärkte, der europäische Kolonialismus hatte Territorien erobert. Das habe Trotzki direkt nach dem Ersten Weltkrieg schon richtig erfasst: Die USA betreten die Weltbühne, als der ganze Globus bereits »erobert, verteilt und unterdrückt« ist. Ihr Schlachtruf muss deshalb sein: Freiheit der Meere! Offene Grenzen! usw.. Wenn die USA eine militärische Schweinerei begehen, sind die zurückgebliebenen Menschen im Rest der Welt daran schuld. »Amerika ist immer gerade dabei, jemand zu befreien. Das ist gewissermaßen sein Beruf.«

So sei auch das Engagement der USA in den beiden Weltkriegen als Kampf gegen Kaisertum und Faschismus dargestellt worden – in Wirklichkeit war es an eigenen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen ausgerichtet. Die USA griffen erst dann in den Ersten Weltkrieg ein, als mit dem Fall des zaristischen Russland ein Sieg Deutschlands und Österreichs möglich schien und ihre eigenen Interessen bedroht waren. Auch in den Zweiten Weltkrieg griffen sie erst nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour ein – mit gleich gelagerten Motiven. Erst mit Kriegseintritt habe man propagandistisch die Brutalitäten von Nazismus und Faschismus entdeckt. Zuvor habe man das gegenseitige Ausbluten von Deutschland und England als optimalen Kriegsverlauf für die USA betrachtet; ein vereinigtes Europa nach einem Sieg Deutschlands als schlechteste Alternative. Der Überfall auf die Sowjetunion wurde als positiv eingeschätzt, da sich beide Mächte aufreiben würden (Truman am 24. Juni 1941, drei Tage nach dem Überfall: »Wenn Deutschland gewinnt, helfen wir Russland, wenn Russland gewinnt, helfen wir Deutschland.«). Erst die deutsche Niederlage vor Stalingrad und der rasche Vormarsch der Roten Armee änderten die Lage: Nun galt es zu verhindern, dass die Sowjetunion ganz Europa besetzt.

Ohne das Kautschuk, das Erdöl und die Telekommunikationstechnologien, die ihnen US-amerikanische Firmen lieferten, hätten die Nazis ihre Blitzkriegsstrategie gar nicht anwenden können. Laut Pauwels gab es einen historischen Moment, in dem General Motors und Ford die Hälfte der deutschen Gesamtproduktion an Panzern herstellten. Nach der Niederlage der Nazis wurden diese amerikanischen Firmen keineswegs bestraft, sondern für die Schäden, die ihre deutschen Filialen durch die Bombardements der Alliierten erlitten hatten, sogar noch entschädigt.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren die USA die einzigen wirklichen Sieger: Frankreich war nur noch der Schatten einer einstigen Weltmacht, Großbritannien war erschöpft, die UdSSR hatten die schlimmsten Kriegsfolgen. Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki waren nicht militärisch, sondern »politisch« begründet. Sie sollten der Sowjetunion die absolute Überlegenheit der USA demonstrieren, führten aber zum gegenteiligen Effekt. Der russische Generalstab begriff sofort, dass der einzige Schutz vor einem atomaren Angriff darin bestand, seine Truppen so nahe wie möglich an die amerikanischen Truppen in Europa heranzuführen, so dass die Atombombe gegen sie nicht eingesetzt werden könnte. Jetzt begann Stalin in großer Geschwindigkeit, in den besetzten Ländern »kommunistische« Regimes einzusetzen – was er 1944-45 nicht getan hatte.

Daraus entstand eine Konstellation, die für die USA sehr günstig war: Die Sowjetunion als Feind

ermöglichte das radikale Ausschalten jeder innenpolitischen Opposition – und gleichzeitig das enorme Hochrüsten und die spezielle Form von Militärkeynesianismus, der die US-amerikanische Ökonomie seither kennzeichnet. Mit dem Ende der Sowjetunion haben die USA ihren perfekten Feind verloren; die bipolare Stabilität der Weltordnung rutschte in »systemisches Chaos«.

Mit der Implosion des Ostblocks schien eine neue Phase der imperialistischen Neuverteilung von Einflusszonen anzubrechen. Stattdessen haben die USA ihre Vorherrschaft weiter ausgebaut. Allerdings hat das Ende des Bipolarismus prinzipiell das Entstehen regionaler Mächte (Europa, Japan, China, Indien) möglich gemacht. In diesem Szenario bekam die antike eurasiatische Straße vom Balkan nach China für die USA vorrangige strategische Bedeutung: hier liegen die allermeisten strategischen Rohstoffe und ihre Pipelines. Deshalb bekam der Balkan, eine Gegend, die sicherlich nicht reich an Rohstoffen ist, eine solche geopolitische Bedeutung: Es ist die Tür der Europäer zum Nahen und Fernen Osten und der Bypass für die USA; wenn sie Russlands Pipelines umgehen wollen. Hierin fasst Stefano Capello die Kriegsgründe der Neuen Weltordnung und die Operation *Enduring Freedom* zusammen. Die USA wollten vier Ziele erreichen: direkte Kontrolle der wichtigsten Rohstoffe und ihres Transports; überall auf der Welt entweder eigene Truppen oder amerikafreundliche Regierungen positionieren; den wichtigsten Konkurrenten den eigenen Zugang zu diesen Rohstoffen abschneiden; die Vorherrschaft gegenüber Europa und Japan aufrechterhalten.

Achille Lodovisi behandelt die *Europäische Verteidigungspolitik: ein konfuser Prozess ohne Demokratie.*

In Bezug auf eine gemeinsame Außen- und Militärpolitik gibt es nach wie vor tiefgreifende Differenzen zwischen den europäischen Ländern: Frankreich will eine gemeinsame europäische Armee, Großbritannien will die starke Bindung an die USA, Dänemark, Holland und Portugal sind der Ansicht, dass die gemeinsame »Verteidigungspolitik« reicht, um die Sicherheit Europas zu garantieren, die östlichen Beitrittsländer sehen die NATO vor allem als Garantie gegen die Hegemonie-Ansprüche Frankreichs und der BRD [und Russlands!], die skandinavischen Länder setzen auf die Zusammenarbeit mit Russland und stärkere nicht-militärische Krisenbewältigungsmechanismen. Und wenn man die Entwicklung der europäischen Militärhaushalte betrachtet, scheint das Drängen der USA zu verstärkten Rüstungsanstrengungen auf taube Ohren zu stoßen: Die europäischen NATO-Länder (ohne Türkei) haben 1998 150 Mrd. Dollar und 2002 152,3 Mrd. Dollar für die Rüstung ausgegeben, damit lagen sie im Jahr 2002 15% unter dem Niveau von 1988. Die BRD, Italien, Holland, Spanien u.a. liegen mit ihren Rüstungsausgaben unter dem Level von 2% des Bruttosozialprodukts, das als »Eintrittskarte« für die östlichen NATO-Beitrittsländer festgelegt wurde. Außerdem wird für Waffenkäufe sowie Forschung & Entwicklung relativ und absolut viel weniger Geld ausgegeben als in den USA; mehr als 40% der europäischen Rüstungsausgaben sind Personalkosten, in den USA weniger als 35%.

Der soziale und politische Druck gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben ist in Europa wesentlich stärker als in den USA. Dazu kommen tiefgreifende strategische Differenzen, wie sie z.B. zwischen den USA einerseits und Frankreich und der BRD andererseits während des letzten Irak-Kriegs deutlich geworden sind.

Die Schnellen Reaktionskräfte der EU (geplant 100.000 Soldaten, 400 Kampfflugzeuge, 100 Schiffe) sollen von *peacekeeping*, militärischer Krisenbewältigung einschließlich *peace making* und *peace enforcement* weltweit so ziemlich jeden Auftrag erledigen können... Aber sie passen nicht in die Strategie der präventiven Kriege der USA, und sie können nicht unilateral eingesetzt werden – schon gar nicht unter US-Kommando.

Auf einem schrumpfenden Weltmarkt für Waffen (23,2 Mrd. Dollar im Jahr 1998, 16,5 Mrd. im Jahr 2002) hätten die europäischen Länder ihren Anteil in etwa bei 20% halten können, während der Anteil der USA im selben Zeitraum von 55,2 auf 23,9% abgesackt sei. Die Rüstungsproduktion sei auch der einzige Bereich, in dem die Europäische Union sich einig sei.

Die Strategie der präventiven Kriege ist von den USA alleine politisch und wirtschaftlich nicht zu tragen. Sie drängen deshalb ihre europäischen Verbündeten zu stärkeren militärischen Ausgaben. Gleichzeitig droht in einer gemeinsamen europäischen Militärpolitik den USA aber ein militärischer Konkurrent zu erwachsen, der ihr bereits jetzt wirtschaftlich und industriell überlegen ist. ■

Pop-Mythen adieu!

Musikindustrie und Popdiskurs 'ab in die Hölle!'

»Die Bourgeoisie verbirgt sich als Bourgeoisie und bringt gerade dadurch den Mythos hervor, die Revolution bekennt sich als Revolution und zerstört gerade dadurch den Mythos.«

(R. Barthes Mythen des Alltags; 1964)

CD-Verkäufe, Neoliberalismus und linker Pop-Diskurs entwickeln sich überraschend synchron: Aufschwung in den 80ern, voll im Saft in den 90ern, Krise seit Anfang 2000. Verdienstvolles haben Pop-Diskurs und Musikindustrie in den 20 Jahren seit Markteinführung der CD wenig zustande gebracht: Die einen haben abgesahnt und gleichzeitig die Musiker ausgenommen. Die anderen haben (mehr schlecht als recht) davon gelebt, dass sie *über etwas* geschrieben haben.

So wie die Musikindustrie vor einem Scherbenhaufen steht und nichts kapiert hat und immer nochmal neue Strategien ausprobiert und Musikstile pusht – und dabei nur an der Oberfläche kratzt; so steht die Poplinke vor ihrer eigenen »semiotischen Katastrophe« (ein Begriff, mit dem Diederichsen Anfang der 90er den Popdiskurs in die Krise der revolutionären Debatte einpflanzte) und dreht dennoch nur weiter am Schräubchen: »ist Pop subversiv oder nicht?« Die selbstgestellte Frage eine kulturalistischen Linken, die in den 90ern allen Ernstes behauptete, in der »Über-Affirmation« liege die eigentliche Subversion.

Ihre Krise – unsere Chance?

»Nicht eine affirmative Kunst, die den Menschen mit der bestehenden Ordnung vertraut macht (wie es der Popmythos verspricht) ist geboten, sondern 'permanenter ästhetischer Umsturz – das ist die Aufgabe der Kunst' (Marcuse)« (Roger Behrens: »Komm mit ins Abenteuerland...«. Pop als Mythos.*; in:* testcard 12*)*

Die Musik-Industrie und die Musik-Journalisten haben ihre Zeit gehabt – und sie nicht genutzt. Jetzt geht's bergab – aber die Eule des einen ... wir freuen uns jedenfalls! Nur in Zeiten, in denen musikalisch und sozial nichts Neues passiert, konnte die Musikindustrie die Verkäufe damit ankurbeln, daß sie dauernd neue Trends pushte. Nur in Zeiten, in denen politisch und sozial nichts Neues passierte, konnte die Linke ihre müden, selbstreferentiellen Diskurse pflegen. Das Wort denen, die was zu sagen haben! Es gibt in der Linken wieder viel mehr Leute, die „die Welt da draußen" verstehen – und verändern – wollen. Es gibt wieder viel mehr Bands, die Musik machen, weil sie Lust drauf haben, *live* ist meistens sowieso besser...

Deshalb kommt im folgenden – etwas mehr als – eine Film- und zwei Buchbesprechungen. Denn – Ihr habt's bestimmt schon gemerkt – wir halten die Gleichzeitigkeit zwischen der Krise der Musikindustrie und der Krise des linken Popdiskurses gar nicht für »überraschend«, sondern sehen da – etwas mehr als – einen Zusammenhang. IT-Jobs und Aktienboom haben Geld in die Kassen und Dollarnoten vor die Augäpfel gespült – damit ist es jetzt aus. Die Pop-Diskurs-Linke ist in den letzten 20 Jahren mit den Menschen ganz ähnlich verfahren wie die Musikindustrie: unmündige Konsumenten von Zeugs, das sie nicht verstehen.

Das »Alles Pop?«-Buch ist symptomatisch dafür, wie die radikale Linke in den letzten Jahren mit Musik – mit Jugendkulturen, mit Menschen überhaupt – umgegangen ist. Sie hat nichts zu entdecken gehabt, weil sie nicht gesucht hat; sie hat nicht gesucht, weil sie glaubte, sowieso schon alles zu wissen. Die Arroganz, mit der man fast nach Belieben »den Kanon« definierte, sei es durch das Gehabe der Geheimtipps oder des Sub-Sub-Undergrounds, sei es durch immer hermetischeres Abschotten des Diskurses, oder sei es ganz banal durch geschicktes Drücken aller medialen Hebel (im Buch wird die Geschichte erzählt, wie ein paar Leute »Social-Beat« erfunden und vermarktet haben), kommt nun als Bumerang zurück.

Das R.I.P.-Buch zeichnet kompetent eine Debatte nach, die seit Monaten auf allen Kanälen geführt wird – bei der Besprechung bleiben wir nicht stehen, weil der Autor den produktiven Kern der „mp3-Krise" verpaßt. Er will sie nämlich viel zu schnell als Wasser auf die Mühlen eines (oder mehrerer) neuen Musikvermarktungsmodelle leiten.

»When the mode of the music changes, the walls of the city shake«, sangen *The Fugs* 1968. Die Stadtmauern werden in nächster Zeit viel auszuhalten haben, denn die Welt (nicht nur) der Musik ist in Bewegung gekommen. *Mayer-Vorfelder*

‘Nicht nur aus Marketinggründen’

»Vor Neuerungen der Musik muss man sich in Acht nehmen; denn dadurch kommt alles in Gefahr. [...] Nirgends wird an den Gesetzen der Musik gerüttelt, ohne dass auch die höchsten Gesetze des Staates ins Wanken geraten. [...] Dort müssen also die Wächter ihr Wachhaus bauen: in der Nähe der Musik. - Ja, Gesetzlosigkeit dringt leicht in die Musik ein, ohne dass man es gewahr wird.«

(Plato, res publica; zit. nach Schmidt-Salomon)

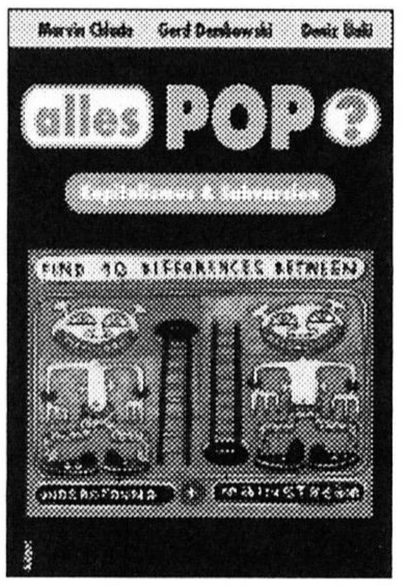
»Popkultur ist in erster Linie eine Angestelltenkultur... Schon die Vorstellung, dass Popkultur überhaupt interessant sein könnte und ihre einzelnen Phänomene und Segmente etwas bedeuten, ist eigentlich naiv. Sich mit Theorien auseinanderzusetzen, die unablässig in die verschiedensten Chimären der Popkultur Sinn hineininterpretieren, ist Zeitverschwendung.« (Roger Behrens, a.a.O.) Man sollte denken, über die Krise des Pop sei alles gesagt und geschrieben. Trotzdem ist Ende 2003 im alibri-Verlag das Buch *Alles Pop? Kapitalismus und Subversion* von Chlada, Dembowski und Ünlü erschienen. Eine bunte Sammlung von Texten und Statements »Kulturschaffender«. In standardisierten Email-Interviews kommen so unterschiedliche Leute wie Lars Strömberg (*The International Noise Conspiracy*), Thomas D (*Fanta4*), Hannes Loh (ex-*Anarchist Academy*), N.U. Unruh (*Einstürzende Neubauten*), Attila the Strockbroker oder Dirk von Lowtzow (*Tocotronic*) zu Wort. In dem Buch geht es irgendwie um *underground* und *mainstream*, ums eigene materielle Überleben und kreatives künstlerisches Schaffen, um Musik und Politik. Damit wäre eigentlich alles gesagt, oder? Die Vorstellung, dass so etwas »überhaupt interessant sein könnte« ist doch »eigentlich naiv«...

bzw) *gerade subversiv?*

Die Herausgeber haben mit solchen Vorbehalten natürlich gerechnet und beginnen mit einem außerordentlich gewagten, geradezu gewaltigen, jedenfalls aber kühnen Satz: »Der subversive Sound, so lautet eine These dieses Buchs, ist ein Mythos.« So beginnt ein Buch, das nach 346 Seiten mit dem Abschnitt endet: »Macht es überhaupt Sinn, von Subversion zu sprechen bzw. wie könnte Subversion gelingen? Ein erster Schritt in diese Richtung wäre, sich jedweder ideologischen & theoriepolitischen Fixierung zu verweigern, indem man weder behauptet, Pop noch Anti-Pop zu sein, sondern im Sinne Marcel-Duchamps, A-Pop, also das System binärer Oppositionen durchbricht.« (S. 346)

In diesen beiden Abschnitten steckt das ganze, nämlich nicht nur alle wichtigen Wörter, sondern auch vier Schreibtechniken bzw. Argumentationsweisen, die sich durchs Buch ziehen: es werden Behauptungen aufgestellt (ein *Sound* könne subversiv sein) und dann »widerlegt«, bzw. einfach das Gegenteil behauptet. Es werden zwei unterschiedliche Sachverhalte mit »bzw.« verknüpft. Es werden Entgegensetzungen zitiert (Pop vs. Anti-Pop) und dann mit großem Getöse solche »binären Oppositionen« gesprengt. Es wird mit Begriffen und wichtigen Namen um sich geworfen (was ist eine »theoriepolitische Fixierung«?).

So folgt auf Duchamp Nietzsche. Direkt an »...durchbricht.« schließt an: »Nietzsches Begriff des *Unzeitgemäßen* kann für das angedeutete Modell von Subversion [zwei Sätze zurück wussten wir noch nicht, ob es »überhaupt Sinn« macht, von Subversion zu reden; nun haben wir bereits ein Modell von Subversion – das alles ermöglichen die drei Buchstaben bzw!] von Nutzen sein: ‘In unserer Zeit unzeitgemäß’ – das heißt gegen die Zeit & dadurch auf die Zeit & hoffentlich zu Gunsten einer kommenden Zeit.« (Schlusssatz des Buchs)



Alles Pop?
Kapitalismus und Subversion

herausgegeben von Marvin Chlada, Gerd Dembowski, Deniz Ünlü

356 Seiten,
alibri-Verlag 2003,
19 Euro.

»Mit der zentralen These, dass Pop ähnlich wie der kapitalistische Markt Subversion integriert, stellt Gerd Dembowski, einer der Herausgeber von *Alles Pop?,* die Auffassung in Frage, dass innerhalb des Massenkonsums so etwas wie Widerstandspotential aufrechterhalten werden kann.« (2. Linke Buchtage, Berlin 2002)

Diesen Satz liest man in allen Besprechungen des Buchs, er muss im Verlagsprospekt gestanden haben. Wahrscheinlich hat noch niemand die These

aufgestellt, dass »Massenkonsum« ein besonderes Widerstandspotential darstelle, aber was »Massenkonsum« heute ist, wie heutige Subkulturen aussehen, ob sich in ihnen ein Widerstandspotential entwickelt, welches Verhältnis sie zu »Star«-MusikerInnen haben... all das kommt im Buch überhaupt nicht vor. Den HerausgeberInnen ist Desinteresse an ihrem eigenen Thema vorzuwerfen. Ein Desinteresse, das wortgewaltig verborgen wird. »Manchmal vermag man sich des Eindrucks nicht zu erwehren, derzeit ist ein 'Deutschland-sucht-

Kann ein Sound a priori subversiv sein? Wohl kaum.

den-nächsten-Diederichsen'-Contest ausgeschrieben, ein anderes mal versinkt der Theorieansatz in erbärmlicher Hipster-Indifferenz, die sich indes radikal zu geben sucht«, kommentierte die *terz* (Stattzeitung für Düsseldorf) ganz richtig.

Der *Pop-Diskurs* wurde Anfang der 90er Jahre in der Konstellation »deutsche Wiedervereinigung, rassistische Tendenzen in Jugendkulturen, Pogrome gegen Zuwanderer« um die *Wohlfahrtsausschüsse* herum (»kill the nation with a groove«) neu ausgerichtet. Diederichsens »The kids are not alright« wurde zum Manifest einer (politisch schnell gescheiterten) Initiative, deren kulturelle und diskursive Verästelungen sich durch die 90er Jahre schlingen: Überwindung von Punkrock (Hamburger Schule), Abgrenzung gegen populäre Musik.

pop) *und raus bist du*

Einige Beiträge lohnen sich, z.B. der von Max Nuscheler (*Schöner Leben*) und der von Klaus Walter (*Ordnung im Chaos. Pop-Radio & Alltag*). Auch *Musik in der globalen Angstfabrik* von der Band *The International Noise Conspiracy* sticht dadurch heraus, dass sie *etwas sagen.* Er ist allerdings aus dem booklet einer ihrer CDs zusammengekupfert (auch einige andere Artikel sind keine Originalbeiträge). Sehr gut liest sich auch der Aufsatz von Jörg Sundermeier *Organisierte Verbrechen* – ein langes Zitat daraus in der Marginalspalte! Auch er labert nicht verquer um den heißen Brei, sondern kommt direkt zur Sache: einer Mixtur aus Marketing, Geldverdienen, in der *jungle world* schreiben und ein paar Adornozitate auswendig können. Richard Barbrook hat diese Soße die »kalifornische Ideologie« genannt, deren Utopieversprechen auf der Blindheit gegenüber sozialer Ungleichheit basiere. Oder einfacher: »Kapitalismus wird im Popmythos zur Einstellungssache.« (Roger Behrens, a.a.O.)

Der vielleicht zentrale Aufsatz stammt von Marcus S. Kleiner: »Pop im Kopfkino des Dr. Dr. Rainald Goetz«. Kleiner arbeitet recht schlüssig heraus, dass der Pop-Diskurs »eine klar definierte Zweiklassengesellschaft« schafft.

»Es gibt *Insider & Outsider*, die, die Pop leben (Insider), wissen, was Pop ist, worum es bei Pop geht, die die über Pop schreiben (Outsider) sind Schreibtischtäter, leben in Text- aber nicht in Popwelten. Hier wird also eine Diskreditierung, vor allem eines intellektuellen Wirklichkeitsverständnisses bzw. eines analytischen Umgangs mit Pop, & Ausschluss derer, die sich den unzähligen *Life-, Think- & Style-codes* der Popcultures verweigern, betrieben... Für die, die mitmachen, also *drin sind,* ist Pop ein Markt der scheinbar unendlichen Möglichkeiten – theoretisch. Praktisch ist Distinktion & Ausschluss das *non plus ultra* jeder Positionierung im sozialen Feld. Dies gilt besonders für die Popkultur & ihre mannigfachen Erscheinungen... Je größer die Kenntnisse über die Ein- & Ausschlussbedingungen der jeweiligen pop-kulturellen Wirklichkeiten sind, je tiefer, je wahrer & authentischer ist man *drin*, je mehr Autorität besitzt man... Diese Kenntnisse & dieses Wissen sind aber keineswegs *naturgewachsen* oder neutral, sondern Setzungen... « (S. 160)

Kleiner, selbst Buchautor und Vielschreiber - er hat auch das Schlusskapitel des Buchs mitverfaßt -, steht aber erkennbar hilflos vor den Konsequenzen seiner Kritik. Sie könnten genauso gut auf seinen Aufsatz und auf das ganze Buch angewandt werden. Stattdessen kapselt er sie ab, indem er sich ausschließlich an Rainald Goetz abarbeitet – womöglich im Bemühen, ihn zu beerben? Doch kein Diederichsen- sondern ein Goetz-Contest? So oder so zehn Jahre zu spät.

VS) *der Verfassungsschutz freelancer*

Michael Schmidt-Salomon: *Die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Über Musik & Politik* (der Aufsatz ist online unter *http://www.schmidt-salomon.de/*)

Der Autor wurde eines Tages vom Verfassungschutz gefragt, ob er nicht als »Externer« ein Seminar in der VS-Schule halten wolle; Thema: »Musik als Transportmittel für Ideologien sowie als Auslöser (extrem) politischer Kommunikation, Agitation &

»Wir glaubten, eine Marktlücke entdeckt zu haben«

»Die Herausgeber dieses Buches schlugen mir vor, ich könnte ihnen einige 'Geschichten aus der Produktion' liefern. Ihr Interesse an den Geschichten erklärt sich mir so: Ich wurde 1970 geboren & betreibe zusammen mit Werner Labisch seit 1995 den Verbrecher-Verlag. Der Verlag hält ein Büro in der Mitte von Berlin-Mitte. 2002 arbeiteten wir beide ebenfalls als Redakteure der *Beam me up,* einem kostenlos verteilten Monatsmagazin für elektronische Musik – diese Arbeit wird gut bezahlt. Von 1997 bis 1999 waren wir Mitherausgeber des Veranstaltungsheftchens *Partysan Berlin*, & wir haben 1998 mit einem Heft namens *martin.*, von dem nur eine Null- und eine erste Nummer erschien, versucht, einen schicken monatlichen Kunstführer für Berlin zu machen. Wir glaubten, eine Marktlücke entdeckt zu haben. Es ging bei *martin.* auch um Kunst, vor allem aber sollte das Heft Geld bringen. Es brachte kein Geld. Im VerbrecherVerlag wiederum

Rekrutierung von Außenstehenden«. Die Zusammenarbeit entwickelt sich »freundlich, offen & fruchtbar«, so dass er »ein zweites & ein drittes Mal zum gleichen Thema eingeladen wurde« (S. 61).

Um es gleich vorwegzunehmen: Schmidt-Salomon empfiehlt letztlich, der Staat solle sich möglichst weitgehend raushalten, weil Verbote den Zusammenhalt der Szene stärken (S. 78). »Wenn man sie nicht mehr durch Verbote schützt, wird die Musik der Neonazi-Skins zunehmend an Attraktivität verlieren.« (S. 80) »Die hinter dem Extremismus stehenden Probleme (kann) nur eine zukunftsfähige Sozial-, Wirtschafts- & Bildungspolitik lösen.« (S. 79) Schöne Pop-Illusionen! Allerdings sympathischer als die anderen beiden Artikel, die der (bzw. die) *ak* 478 Ende November 2003 zusammen mit Schmidt-Salomons Beitrag als »schwerpunkt: Musik und Politik« nachdruckte. »Musik bietet der extremen Rechten die Chance der methodischen Indoktrination«; »eine Gefahr der kulturellen Subversion ... keine Toleranz gegenüber den 'Intoleranten' ist die beste Abwehr!« lesen wir da (im Artikel »Der Neonazis neuer Style?, der zuerst in *fight back* Nr. 2 der Treptower Antifa erschienen war). Aus solchem Politsound, der Subversion und Nazis fast schon gleichsetzt, die Intoleranz durch Nicht-Toleranz »abwehren« will und an die Bürger appelliert, uns vor dem Bösen zu schützen, heben sich Schmidt-Salomons VS-Überlegungen fast schon freundlich heraus.

In seinem Vortrag nimmt Schmidt-Salomon sehr schnell das vorweggestellte Platozitat zurück – und liegt somit ganz auf der Linie des hier besprochenen Buchs: »Neue Musikstile... werden das gegenwärtige Polit-System der Vermarktung kaum erschüttern.« Warum? »Allein eine Musik, die das gängige Marktprinzip in Frage stellen würde, könnte dem gegenwärtigen System gefährlich werden. Doch um überhaupt gehört zu werden, müsste solch marktkritische Musik selbst erst einmal vermarktet werden.« (S. 64)

Dieses Statement geht ignorant an den vielen Versuchen von MusikerInnen vorbei, sich andere Kanäle aufzubauen. Und seine Vorbedingungen sind außerordentlich beliebig (was heißt »dem System gefährlich werden«? und wieso kann man das nur, wenn man das Marktprinzip in Frage stellt?). Drittens – und damit erklären sich auch eins und zwei – ist der Kapitalismus als »Polit-System der Vermarktung« schlecht erfasst: Die Ware ist das Versprechen eines auf Ausbeutung beruhenden Systems, wer nur die »Vermarktung« erschüttern will, dreht sich im Kreis oder landet beim Realsozialismus. Schon Roland Barthes hat gezeigt, wie die diskursive Auseinandersetzung mit Ideologie zirkulär bleiben *muss* – nur »der produzierende Mensch«, die musikmachende Band, die Ausgebeuteten, »der Mensch der spricht, um das Wirkliche zu verändern« (Barthes), kann den Kreis (die Warenform, den Kreis, die Zirkulation, die »binäre Opposition« – s.o.) durchbrechen.

The International Noise Conspiracy stechen dadurch heraus, dass sie etwas sagen.

Sodann bespricht Schmidt-Salomon Musik und Texte der Stones, die Wirkungsgeschichte von Ton, Steine, Scherben und vor allem von Roger Waters, dem früheren Bassisten von Pink Floyd. Er arbeitet raus, wie kritische Texte im Pop-Business einfach »weggetanzt« werden. Nach seinem ersten Fazit (»Musik kann nur dann die Welt verändern, wenn sich die Welt anschickt, die Musik & die sie produzierenden Musiker zu verändern«) kommt Schmidt-Salomon nun zu einem »zweiten Fazit«: »Als sich die Zeiten änderten, änderte sich auch die Musik. In den 80er Jahren war der politische Motivierungsaspekt aus dem musikalischen Mainstram fast vollständig verschwunden.« (S. 74) Dem Fazit kann man *grosso modo* zwar zustimmen – aber sein wichtigstes Beispiel trägt diesen Befund nicht: Roger Waters' Texte radikalisierten sich in den 80er Jahren (*The Wall*, *The Final Cut* (1983), *Amused to Death* (1992)).

Schmidt-Salomon will auf etwas anderes raus: »In der rechten Szene verhält sich die Sache nun vollkommen anders. Die neonazistische Skinheadszene verfügt ... über eine exklusive, eigenständige Musikkultur... Diese kann ... aufgrund der nationalistischen & rassistischen Textinhalte nur innerhalb des rechten Milieus konsumiert werden. Dies führt dazu, dass Musik ... sehr wirksam als Bindemittel nach innen & Abgrenzungsmittel nach außen wirken kann.« (S. 75 f.)

verlegen wir Geschichten & Romane von Autorinnen & Autoren, von denen sich einige als *Spex*-Chefredakteur, als *Spex*-Autorin, als SF-Autorin, als Pop-KünsterIn, als Slam-Poetry-National Gewinner oder aber als Indie-Popstar einen Namen gemacht haben. Schließlich arbeiten Werner & ich auch noch des öfteren für die *Jungle World* & die *Taz*... Was ist also Pop in unserem Verlagsprofil? In unserem Verlag veröffentlicht der inzwischen schon wieder ehemalige Chefredakteur der *Spex*, Dietmar Dath. Dietmar ist jetzt Redakteur der *FAZ*. Er schreibt in der *FAZ* das, was er früher in der *Spex* geschrieben hat. Sind seine Romane früher Pop gewesen? Sind sie es 2002 noch? ... Ich hätte nichts gegen das Wort, würde es, wie in der frühen »Pop Art« noch für eine Mischung aus Kritik, Individualismus, Gemeinschaftssuchtzerstörung & der Suche nach persönlichem Glück stehen...« (Jörg Sundermeier *Organisierte Verbrechen. Vom Wühlen eines Verlages jenseits von Stilisierungen*, S. 281-290).

Hier wird Schmidt-Salomon wiederum zirkulär: sind es nun die Texte, durch die sich die rechte Musikszene abschottet – oder ist es die abgeschottete Szene, in der Texte anders wahrgenommen werden als im mainstream Pop? Er scheint zur letzteren Auffassung zu tendieren: »Je kommerzieller ein musikalisches Konzept wird, desto weiter muss es sich von nationalen Inhalten & entsprechenden tiefenpolitischen Konnotationen befreien. Eine Band wie *Böhse Onkelz* bietet daher der rechten Szene ähnlich geringe Rekrutierungspotentiale wie *Rage against the Machine* für die linke.« (S. 77) Dem letzten Satz ist sicherlich zuzustimmen. Aber an den *Bösen Onkelz* sind doch gerade ihre »tiefenpolitischen Konnotationen« wirksam: Das ewige Lied des einsamen, unverstandenen Helden, der sich an der ganzen Welt rächen wird – eines Tages...

Bleibt die Frage, warum der *alibri*-Verlag ein Buch herausbringt, das in sich keinen Zusammenhang hat und über weite Strecken mit seichtem, fremdwortreichen Gelaber nervt. Es ist bereits das siebte Buch von Marvin Chlada in diesem Verlag – verkauft sich denn so was? »Die meist selbst kulturschaffenden, mehr oder weniger bekannten Autoren stolpern allesamt über dieselben Fragen. [...] Der Sammelband ist weniger eine Neuauflage der Pop-Debatte, als ihre endgültige Grablegung: Gut, dass wir darüber geredet haben...« (Susann Sax in *Scheinschlag* 7 / 2003) *MV, Februar 2004*

Video = Kunst?
Copyright = Verletzung?
Mythen = links?

AKAS & Filmgruppe Chaos
FAITES VOS JEUX
90 min, 2002

Mailorder über:
http://www.filmgruppe-chaos.de/

Manifest von Chaos
http://www.filmgruppe-chaos.de/Pamphlet/

Neulich lag die Musikredaktion unter 90minütigem audio-visuellen Geballere, der Film *Faites vos Jeux* der Filmgruppe Chaos sollte begutachtet werden. Im Anschluss entwickelte sich folgender Dekalog:

Das war kein Film, das war ein anderthalbstündiges Musikvideo! Seine Ästhetik erinnert an MTV von früher. Diesen »Video- und Film-Avantgarden« fällt nicht mehr viel Neues ein... QUATSCH!... Ich find das radikal und sympathisch, wie hemmungslos sie Spielfilm-, Fernseh-, Werbe- und Nachrichtenbilder zu einer Zeitcollage sortieren! Straßenkampfszenen mit Super8-Artefakten vom Flohmarkt kombinieren... INTERESSANT... Der Film ist eine Zeitreise durch linke Mythen, ohne diese zu hinterfragen, ein linkes Potpourri aus Medienbildern der letzten 30 Jahre. Das ist reizvoll und zwiespältig: Einerseits zwingt dich die suggestive Reihung, die Bilder zu einem sinnvollen Ganzen zu verbinden, andererseits stößt freie Assoziieren an Grenzen. »Sinnlos« kann es nicht sein - warum wurde das Ganze sonst chronologisch montiert?... GENAU... Wo der Kreative lose Sequenzen virtuos zu einem Film zusammenfügt, bleibt den BetrachterInnen nur das staunende Glotzen

... QUATSCH... Filmproduktion ist niemals Zufall, schon der Akt der Montage durch die FilmemacherInnen ist zielgerichtet und hat eine Absicht ...EBEN!... Zufällig aneinandergereihte Wörter ergeben ja auch keinen Sinn! Warum sollte es mit geklautem Filmmaterial anders sein?... QUATSCH... Mit dem Medium Film kann man - insbesondere in Verbindung mit Musik - fast wahllos Bildfolgen zu einem scheinbar sinnvollen Ganzen verbinden ... WIE BITTE?... Wo ist der Sinn? Und wieso wahllos? Die Chronologie ist doch völlig überdeterminiert!... CUT... Auf jeden Fall kommen Freunde schräger elektronischer Sounds und harter Beats auf ihre Kosten ... STIMMT!... die Bilder sind geil!

Bei der Montage wird mit wiederkehrenden Bildeffekten, Bild in Bild, weichen und harten Blenden, Schnitten gearbeitet. Andere Bildeffekte entstehen durch das Übertragen des digitalen Ausgangsma-

Making music... is killing music?

Die Krise der Musikindustrie

»Was kümmert es mich, dass Britney Spears nicht einmal mehr privat kopiert werden darf, wenn ich völlig legal Songs von Bands wie 'The Pavement', 'Versus', 'Kettcar' oder 'Low' aus dem Netz herunterladen kann. (...) Die Bertelsmann-Group, Time-Warner und Sony sind (...) weniger wichtig, als ihre Aufsichtsratvorsitzenden denken mögen.«
(Marcus Hammerschmidt auf *telepolis*, 27.11.2003)

Im Jahr 2003 wurden Umsatzeinbußen beim Verkauf von Tonträgern von 20% verzeichnet, bei den im Fernsehen beworbenen Hit-CDs sogar um die Hälfte. Der Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft spricht von »existenzbedrohenden Ausmaßen«. Neben der schlechten Wirtschaftslage macht die Musikindustrie vor allem CD-Brennen und Internet-Tauschbörsen verantwortlich und reagiert mit skurrilen Zahlenkorrekturen, Repression und Lockangeboten. Einerseits sollen bestimmte Internetdienste und –user kriminalisiert werden, Medienkampagnen (*Copying is killing music*) ein Unrechtsbewusstsein schaffen und die Urheberrechtsnovelle vom September 2003 so strikt ausgelegt werden, dass das private Brennen von CDs illegal wird. Andererseits sollen die CDs billiger werden, eine Unterschriftenkampagne die Mehrwertsteuer für CDs senken, Goldene bzw. Platin-Schallplatten für weniger verkaufte Scheiben vergeben werden und deutsche KünstlerInnen im Ausland besser vermarktet werden.

Panik in den Führungsetagen der Musikindustrie – ein Berliner Produktmanager: »Wir fühlen uns wie Berlin 1929, schnell noch das letzte Koks verschnupfen, und dann ab in die Hölle.« Von Herbst 2003 bis Januar 2004 hat die deutsche Musikwirtschaft fast ihr gesamtes Führungspersonal ausgewechselt. Aber all diese Maßnahmen kratzen nur an der Oberfläche, wie recht treffend die *Berliner Zeitung* vom 26.01.2004 formulierte: »Pop ... ist heute entweder global oder lokal... Guter, in-

»Mit einem neuen Projekt ist derzeit der MP3-(Mit-) Erfinder Karlheinz Brandenburg vom Fraunhofer Institut dabei, eine computergestützte Musikerkennung zu entwickeln, die gleichzeitig das Web intelligenter, Musiksammlungen perfekter und Rechteinhaber geschützter machen soll... Für die Erfindung des MP3-Formats hat er sich bereits entschuldigt.«

(Disc4You/Donnerstag, 19. Februar 2004)

vgl. http://www.heise.de/tr/artikel/44683

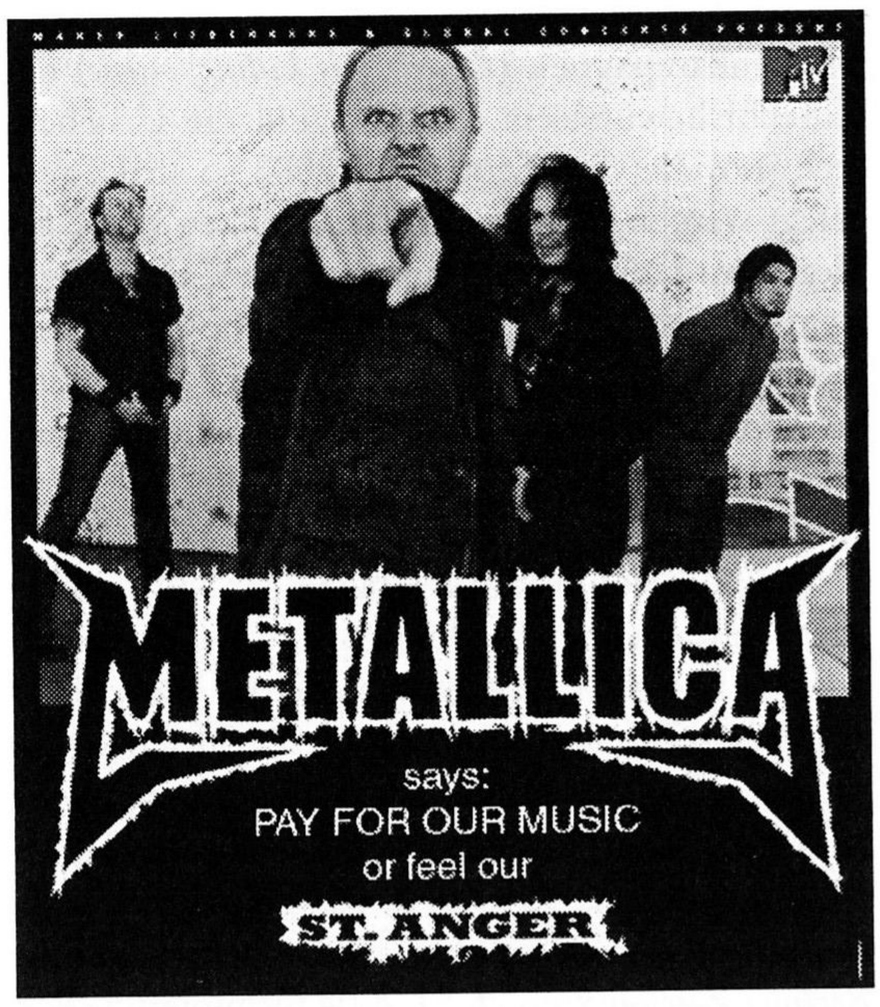
terials auf analoges Filmmaterial, das dann geschmirgelt, gestanzt, geklebt und auf andere Weise verfremdet wird... STANDARD... Am Sound haben Musiker aus diversen Ländern geschraubt, die deutsche Wiedervereinigung wurde in Polen vertont, der Sound zum Afghanistan-Krieg kommt aus der Türkei. Von Fall zu Fall (Tokio, Hamburg) wurde eine Zusammenarbeit via Internet organisiert ... NA JA ... Der Film versteht sich u.a. als Manifest gegen das Copyright-Regime und wollte eine (deutsche) Copyright-Diskussion entfachen. Leute um den kanadischen Soundtüftler John Oswald waren beteiligt, die mit ihrem Projekt *Plundertronics* die Musikindustrie provozieren möchten. Es ist Teil des *Copyright Violation Squad*, das sich Musiksplitter von bekannten Künstlern aneignet und in ihren Musikprojekten weiterverarbeitet ... QUATSCH... Bisher wurde der Film noch durch keine Anzeige geadelt und hat auch keine Copy-Right-Diskussion ausgelöst.

Er ist artifiziell genug, dass er gar keinen Ärger mit den Filmbossen und der Musikindustrie bekommen kann. Das ist doch ein Werbegag der MacherInnen! ...STIMMT!... Und leider möchte man ihnen zum Schluss noch ein »less is more« mit auf den Weg geben. Sorgfältigere Auswahl und stärkeres Reduzieren hätten eine Idee und Absicht zuweilen deutlicher gemacht... QUATSCH... Man sollte die 90 Minuten Soundflut und Bildergewitter nicht so konzentriert wie wir über sich ergehen lassen. In einem Club auf eine Leinwand projiziert oder beim Kicker Spielen hin und wieder ein Blick auf die Projektion geworfen – why not?!

Der Film ist zudem eine Fundgrube für Video- und Disk-Jockeys: Man kann zu ihm fast beliebig Beats und Mixes kombinieren, und er funktioniert trotzdem. Immer wieder schön, auf einer Party *live* etwas Neues entstehen zu lassen...

Habt Spaß und spielt Euer Spiel!

teressanter, erfolgreicher Pop kristallisiert sich in den wenigen, immer seltener werdenden Superstars, die weltumspannend die Massen ansprechen. Oder in weltweit verstreuten spezialisierten Szenen von Liebhabern, welche die spezielle Musik, die sie hören, wirklich mögen... Für alle, die tatsächlich an guter Musik interessiert sind, ist die Krise der



Hatten wegen Napster die heilige Wut: Metallica

großen Musikkonzerne eine gute Nachricht. Sie öffnet wieder Raum für den ungeordneten, unübersichtlichen Wildwuchs, in dem allein gute Musik gedeiht.« Langsam kommt also die Erkenntnis, es könne vielleicht auch etwas mit der *Musik* zu tun haben, die man vermarktet...

Drücken wir trotzdem die Rewind-Taste und werfen einen Blick auf die Sündenböcke der Musikindustrie: CDs Brennen und mp3s Herunterladen.

burn!

Fast zwanzig Jahre lang machte die Musikindustrie blendende Geschäfte mit der Audio-CD, aber seit einigen Jahren gehen die Verkäufe zurück, während die Verkäufe von CD-Rohlingen steigen. Der deutsche Phonoverband sieht da einen Zusammenhang: »Im Jahr 2001 sind insgesamt 332 Millionen CD-Rohlinge verkauft worden, 45% mehr als im Vorjahr... 55% dieser CDs werden für Musik-Kopien genutzt.« Auf zwei verkaufte Musik-CDs kommen angeblich drei gebrannte - »nur?!« möchte man ausrufen, aber die Musikindustrie ruft nach der Justiz und nach Kopierschutzprogrammen. Dabei ist es umstritten, ob und wie das Nutzen von mp3-Tauschbörsen Auswirkungen auf das Kaufverhalten hat. Laut einer Umfrage vom Februar 2003 laden 31 Prozent der deutschen Internet-Nutzer regelmäßig mp3-Files von Tauschbörsen auf ihren Rechner. Die Ausgaben für Musik-CDs seien bei 81 Prozent der Befragten aber gleich geblieben. Vier Prozent gaben an, mehr Geld für CDs auszugeben, seit sie Tauschbörsen nutzen. Janko Roettgers (dessen Buch wir weiter unten vorstellen) hat das so kommentiert: »Wer sich zuvor CDs gekauft hat, um sie zu brennen, wird nicht auf das Brennen verzichten, sondern auf den Kauf«. Brennen ist inzwischen »normaler« als Schwarzfahren oder Schwarzfernsehen.

Bisher durfte man jede CD zum Privatgebrauch kopieren. Im September 2003 wurde das Urheberrecht verschärft. Seither darf man CDs mit Kopierschutz – und von ihnen gibt es immer mehr – nicht mehr brennen. Dieser Rechtsstandpunkt ist umstritten, es gibt sogar juristische Überlegungen, wonach Kopierschutzmaßnahmen auf Audio-CDs ein strafbares Vorgehen im Sinne des §303a StGB (rechtswidrige Datenveränderung) darstellen.

download complete!

Anfang 1999 tritt Shawn Fanning, ein sich in Hakkerkreisen bewegender amerikanischer Jugendlicher, mit seiner Idee des Musikshare an die Öffentlichkeit. mp3-Fans sollen ihre Musikdaten untereinander austauschen, indem sie direkt auf die Festplatten anderer Musikfans zugreifen. In wenigen Monaten wird sein Musiktauschsystem *Napster* zum absoluten Renner mit enormen Zuwachsraten. Doch ziemlich rasch gesellt sich zum wachsenden Fankreis auch die Kritik der Musikindustrie, die von Anfang an die angeblichen Interessen (s.u.) der MusikerInnen vorschiebt. Aus deren Reihen finden sich schnell Idioten: Im Frühjahr 2000 reicht *Metallica* Klage gegen Napster ein, *Dr.Dre* fordert, seine Songs bei Napster zu sperren. Obwohl diese ersten Klagen zunächst stecken bleiben, wird der wunde Punkt von *Napster* deutlich: Die Datenbanken liegen auf zentralen Servern, an dieser Stelle sind sie (juristisch) angreifbar.

Deshalb programmiert Justin Frankel das dezentrale Tausch-Netzwerk *Gnutella* – das im Gegensatz zu *Napster* ohne jede zentrale Komponente auskommt, deswegen schlechter kriminalisierbar und kommerzialisierbar ist – und stellt im März 2000 eine Beta-Version ins Netz. Innerhalb weniger Stunden laden tausende das Programm herunter, sehr bald erscheinen weitere Gnutella-Programme. Angestachelt vom allgemeinen Boom der Tauschbörsen starten zahlreiche Entwickler auf der ganzen Welt ihre eigenen Tauschbörsen (bei denen auch Filme und alle anderen Arten von Dateien getauscht werden können – u.a. *eDonkey*).

Ebenfalls im Frühjahr 2000 entwickelten Internet-Unternehmer und junge Programmierer aus Amsterdam *Kazaa* (eigentlich als Demoplattform,

Vom Schelllack zu Ogg Vorbis

Die Audio-CD spaltete in den 80ern die Musikliebhaber in zwei Lager: die einen schworen auf den feineren Klang analoger Geräte, die anderen waren vom besseren Handling der CD angetan. Im Gegensatz zu den elitären Grammophonen, die nur einer winzigen Oberschicht zur Verfügung standen und den Plattenspielern, die im wesentlichen auf die westlichen Industrieländer beschränkt blieben, sind CD-Player billige Massenware, die Audio-CD hat sich weltweit durchgesetzt. Die Privatkopie wurde historisch immer einfacher: Von den Platten (relativ schwierig und teuer) über Spulentonbänder, später Musikcassetten (umständlich und mit Qualitätsverlusten), zur CD, die praktisch jede/r mit Zugang zu einem PC kopieren kann. Diese Entwicklung war von den Plattenbossen sicherlich nicht gewünscht – für sie war die CD vor allem eine Möglichkeit, die Gewinne zu steigern (ihre Herstellungskosten liegen deutlich unter denen einer LP, der Verkaufspreis darüber).

um die darunterliegende *Fasttrack*-Netzwerktechnologie zu vermarkten). Es hat keinen zentralen Server wie *Napster*, ist aber auch nicht ausschließlich dezentral strukturiert wie *Gnutella*. Mit dieser Architektur ist es so verlässlich und stabil wie *Napster und* so wenig kontrollierbar wie *Gnutella*.

Seit dem Sommer 2000 versuchte Bertelsmann, aus *Napster* ein legales Geschäft zu machen. Aber der Branchenverband der amerikanischen Plattenindustrie (RIAA) hielt seine Klage aufrecht. Im Februar 2001 verliert *Napster* erneut vor Gericht und wird im März 2001 gerichtlich gezwungen, unberechtigt angebotene Stücke herauszufiltern. Innerhalb von zwei Wochen sperrt die Tauschbörse 1,3 Millionen Dateien. Die Nutzer reagieren darauf mit der Abwanderung zu anderen Tauschbörsen und Solidaritätskampagnen. Am 1. Juli kommt es statt zum großangekündigten Neustart zur Schließung von *Napster*. Anfang 2002 geht das neue legale *Napster*-System an den Start – alles wie früher, nur keine interessante Musik mehr. Im Mai 2002 meldet *Napster* Konkurs an, Ende Oktober 2003 wird es als kommerzielle Plattform neu gestartet, inzwischen eine Plattform unter vielen. Die Nutzer waren längst weitergewandert.

Ein neues Geschäftsmodell?

Nun waren auch die großen Plattenfirmen aufgewacht: Abos für Download-Plattformen sollten aus Nutzern zahlende Kunden machen. Real Networks betreibt zusammen mit der Warner Music Group, Bertelsmann (BMG) und EMI das *Musicnet;* die Konkurrenz Universal und Sony die Plattform *Pressplay*. Beide gingen im Dezember 2001 an den Start, doch aufgrund des geringen Angebots, den Einschränkungen der Nutzungsrechte etc. mit mäßigem Erfolg. Währenddessen entwickeln sich Open-Napster-Netzwerke (das größte dürfte *Musiccity* sein). Und seit April 2001 wird die Tausch-Software von *Kazaa* unter dem Namen *Morpheus* vermarktet und hat sich zum beliebtesten File-Sharing–Programm entwickelt. Die Menge der getauschten Daten nimmt weiterhin zu.

Seit Oktober 2001 laufen Klagen der Plattenfirmen gegen die Betreiber dezentraler Tauschbörsen. Hier haben sie es jedoch schwer, konkrete juristische Angriffspunkte zu finden. Im März 2002 entschied ein Amsterdamer Gericht, dass *Kazaa*s Betreiber in den Niederlanden nicht rechtlich belangt werden können. Im Dezember 2003 wird dieses Urteil durch das höchste Gericht der Niederlande bestätigt.

Seit einigen Monaten geht nun der Verband der US-amerikanischen Musikindustrie direkt gegen die Nutzer vor, die bis dahin vom juristischen Hickhack recht unbeeindruckt waren. Astronomisch hohe Schadenersatzklagen wurden von den Medien breit aufgegriffen und verunsicherten die Tauschbörsen-Nutzer. Aber nach einem kurzen Rückgang hat ihre Zahl wieder deutlich zugenommen. Auch in der BRD versucht die Film- und Musikindustrie, flankiert von der Novelle des Urheberrechts, die Tauschbörsennutzer mit Anzeigen und Strafandrohungen, vor allem aber mit Pressekampagnen anzugreifen. Der Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft hat auf seiner Webseite einen Denunziationslink platziert. Die Filmindustrie macht eine große Kampagne unter dem Motto »Raubkopierer sind Verbrecher«. Die Staatsministerin Christina Weiß, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, bezeichnete illegales Verbreiten von Musik und Filmen in Internet-Tauschbörsen als »böse Krankheit«.

California Dreaming

»I feel this obscene gold rush greedgreedgreed vibe that bothers me a lot when I talk to dot-com people about all this.« *(aus: Courtney Love does the math, 2000)*

An dieser Stelle setzt *Mix, Burn & R.I.P. – Das Ende der Musikindustrie* von Janko Roettgers ein. »Dieses Buch will die Ursachen der derzeitigen Krise beschreiben und nach Auswegen suchen« heißt es im Vorwort. Roettgers geht es um die Neuordnung der Verhältnisse, um Wege aus der Krise und die Zukunft einer neuen Musikökonomie; und er glaubt, die Lösung bereits zu kennen (s.u.: Das Nudelsuppen-Netzwerk). Aber er übersieht, dass die Krise der großen Musikkonzerne nur das sichtbarste Zeichen einer viel weitergehenden, auch sozialen Krise der bisherigen Produktion und Vermarktung von Musik ist. Deshalb begreift er auch nicht, welche Potenzen in dieser Krise stecken.

In den späten 90ern vervielfachten sich die Aktienkurse der Internet-Firmen, jede Firma brauchte ihren »Internet-Auftritt« – aber zum Erstaunen vieler weigerte sich ausgerechnet die Musikindustrie, ihr Vertriebs- und Vermarktungsmodell auf die neuen Technologien umzustellen. Dabei wäre es gerade bei dieser Branche nahegelegen: Das meiste Geld bei einer CD geht für den Vertrieb drauf; alle Informationen liegen auf der CD bereits digital vor. Aber all die geschäftstüchtigen Jungunternehmer liefen in diesem Bereich erst einmal gegen die Wand. Viele sahen sich nach anderen Geldquellen um (Kooperation mit Bertelsmann, die vielen Tauschbörsen beigefügte »Spyware« u.a.) – während sie groß und berühmt gemacht wurden vom Engagement vieler NutzerInnen, denen der Gedanke des kostenlosen Tauschs so gut gefiel, dass sie ihre CDs, Festplatten usw. unentgeltlich zur Verfügung stellten.

Zur kalifornischen Ideologie siehe
http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/1007/1.html

Mix, Burn & R.I.P. - Das Ende der Musikindustrie
Janko Roettgers
Heise-Verlag, 2003

Analog

wörtlich: sich entsprechend. In Schwingkreisen werden reale, elektrische Signale erzeugt, die man direkt hörbar machen kann. Die analoge Aufzeichnung ist »zeitdiskret«; d.h. ein Signal wird so aufgezeichnet, dass jedem akustischem Ereignis zu jedem beliebigen Zeitpunkt ein spezieller Wert zuzuordnen ist. Die Anzahl dieser möglichen Werte geht theoretisch gegen unendlich. Mit dieser Methode kann ein Signal prinzipiell in einer unendlich feinen Auflösung aufgezeichnet werden. Soweit die Theorie, am Beispiel der MusikCassette lassen sich die Unzulänglichkeiten aufzeigen: Ihr Rauschen resultiert daraus, dass die Magnetteilchen auf dem Band nicht unendlich fein strukturiert sind. Analoge Aufnahmen werden deshalb von Kopie zu Kopie schlechter.

Digital

wörtlich: durch Zahlen ausgedrückt. Digitalisieren: Bilder, Töne in binäre Zahlenkolonnen umwandeln (0 und 1). Ein digitales Gerät *errechnet* seinen Klang. Das Ergebnis wird am Ausgang wieder in analoge Schwingung gewandelt. Die digitale Aufzeichnung ist »wertdiskret«; d.h. die Auflösung des Signals ist exakten, definierten, rekonstruierbaren Werten zugeordnet. Theoretisch ließe sich die Auflösung beliebig verfeinern, aber der dafür benötigte Speicherplatz ginge gegen unendlich. Eine digitale Aufnahme lässt sich ohne Qualitätsverlust vervielfältigen.

Im **Red Book** haben Philips und Sony 1982 die Norm für Audio-CDs festgelegt. Viele Kopierschutzverfahren halten sich nicht an diesen Standard und sind per Definition dann auch keine Audio-CDs mehr; sie können ggf. auch nicht mehr von allen Laufwerken gelesen werden.

Die Audio-CD

wird mit einer Abtastfrequenz von 44,1 kHz und 16 Bit pro Abtastung aufgenommen und abgespielt. Mit 44100 Abtastungen pro Sekunde kann man Frequenzen bis zu 22 050 Hz abbilden (das menschliche Gehör nimmt i. d. R. Frequenzen bis max. 20 000 Hz wahr). Die 16 Bit pro Abtastung beschränkt die »darstellbare« Dynamik der Audio-CD vom leisesten Rauschen bis zum lautesten Paukenschlag auf 96 dB. Auch deshalb gibt es seit Jahren Überlegungen zu einem neuen Medium: Super-CD, DVD ... Diese Quaitätsverbesserung würde durch größere Datenmengen erkauft. Andere Bestrebungen gehen in Richtung Datenreduktion, weil die Datenmengen einer CD für bestimmte Zwecke viel zu groß sind.

In den »digitalen Utopien« der 90er Jahre war Geldverdienen sexy, jeder kann gut drauf und reich sein. Aus einer »seltsamen Verschmelzung« der kulturellen Bohème von San Francisco mit den High-Tech-Industrien von Silicon Valley, aus einer Verbindung der frei schwebenden Hippies mit den unternehmerischen Yuppies, aus einem losen Bündnis von Autoren, Hackern, Kapitalisten und Künstlern hatte sich ein neuer Geist entwickelt, den Richard Barbrook »Die kalifornische Ideologie« taufte.

Genau diesen Geist beschwört Roettgers in seinem zentralen Kapitel. Das»Nudelsuppen-Netzwerk«, ein unverbindliches Zusammentreffen von Musikern, Bandmanagern, Angestellten von Plattenfirmen, Programmierern, Start-Up-Gründern, New Media Consultants etc. bei einer Nudelsuppe im Restaurant oder auf einer Mailliste soll als freiwillige Regulierungsbehörde oder Think-Tank Fragen lösen wie: »Braucht die Musikbranche Kopierschutzmechanismen, oder schreckt sie damit nur die Kunden ab? Kann Musik als Ware überleben, oder wird sie zur Dienstleistung?« Im Kern geht es dabei um Modernisierung und eine andere Regulierungsweise der Musikvermarktung.

Der Zweck des Musikmachens

»Wenn diese Napster-Scheiße noch größer wird, könnte sie den ganzen Zweck des Musikmachens vernichten.«

(Eminem, Dotmusic 19.05.2000)

Inzwischen sind unzählige IT–Unternehmen gecrasht, und mit ihnen die hippe Botschaft der »New Economy«. Manche ihrer ehemaligen Protagonisten wenden sich nun hilfesuchend an den Staat und fordern die Einführung bspw. von GEZ-ähnlichen Pauschalabgaben und allgemein mehr staatliche Regulierung. Jetzt sind sie da angelangt, wo ihr einstiger Kritiker Richard Barbrook schon immer war. Er sieht die digitale Zukunft in einer Mischung aus staatlicher Intervention, kapitalistischem Unternehmertum und alternativer Kultur: »Jeder technische Fortschritt ist kumulativ. Er hängt von den Folgen einer kollektiven Geschichte ab und muss, zumindest teilweise, als kollektive Leistung gewürdigt werden«. [a.a.O.]

Die Musikindustrie begreift ihre Kunden als Leute, die so viel wie möglich ohne Gegenleistung haben wollen. Ihr entgeht, dass sich in Musik-(Tausch-)Netzwerken das klassische Bild des Konsumenten nicht mehr aufrechterhalten läßt. Der vormals passive Rezipient kann auch was weitergeben und/oder produzieren. Man bietet anderen Leuten Musik an, die einem gut gefällt und die man weiterverbreiten will, stellt Mixe zusammen, generiert Tracks und eigene Sounds - von den meisten der dafür benötigten Programme kursieren unzählige Cracks. In solchen Netzwerken ist in den letzten Jahren eine Jugendsubkultur entstanden, in der vorher scharf getrennte Musikstile wieder ineinander fließen, durch die neuen Kanäle entstanden auch neue Formen von Musik. Dort ist Musik zu kriegen, die man schwer woanders hören oder im Plattenladen kaufen kann. Deshalb scheitern die meisten kommerziellen Versuche, die Leute bei ihren Lieblingsbands und ihrer Lieblingsmusik abzuholen.

GEMA, GEZ und Geistiges Eigentum

»Das viel gehörte 'CDs sind zu teuer' ist eben nicht einfach nur Geiz, sondern auch so etwas wie eine ganz

Aufruf an die Homerecording-Szene

Musik kann man auch außerhalb von Übungsraum, Demotape und Plattenvertrag produzieren, im Wohnzimmer, im Homestudio, alleine oder mit anderen zusammen – heutzutage mit erstaunlicher Qualität. In den letzten Jahren hat sich eine breite Szene entwickelt, die nicht nach musikalischen Stilrichtungen getrennt ist. Die Medien berichten, aber niemand hört zu? Wie wird Musik produziert (alleine, zu mehreren, in Bands, wird sie ausgetauscht, was sind Vertriebskanäle)? Welche Musik wird produziert? Was für eine Rolle spielt das '(„illegale") Downloaden und Kopieren?

Wir rufen MusikerInnen und ProduzentenInnen auf, uns Musikstücke zur Auswahl für eine CD-Produktion zu überlassen. Wir möchten verschiedene Musikstücke auf eine CD packen und sie in eine der nächsten *Wildcats* beilegen. Die Stücke dürfen nicht für ein Label, eine Sendeanstalt oder ähnliches produziert und bisher noch nicht kommerziell verwertet worden sein.
Sicherlich könnt Ihr mit Eurer Musik auf diese Weise an Leute rankommen, die Ihr sonst nicht erreicht (andere Städte, andere Scenes, andere Altersklassen...) – und vielleicht interessiert Euch das ja?
Ihr solltet nicht mehr als drei Produktionen, die pro Stück nicht länger als 3 Minuten sein sollten, uns als Audio CD oder mp3 zusenden. Vergesst nicht, eine E-Mail- oder andere Adresse anzugeben, damit wir Euch erreichen können. Wir brauchen die Sachen spätestens Mitte Juni – aber warum so lange warten?

Entweder CDs an

Shiraz e.V. Postfach 60 13 28 – 14413 Potsdam

oder als mp3 an *mucke@wildcat-www.de*

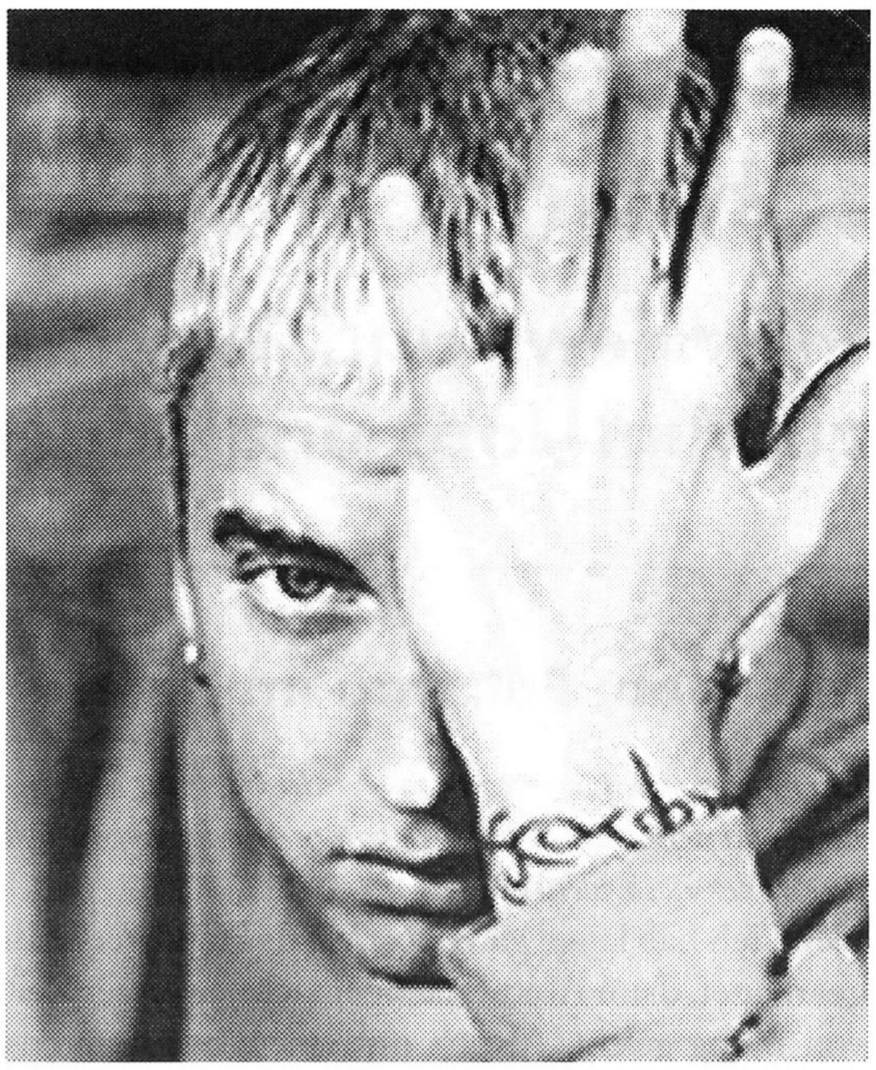
platt formulierte Kapitalismus-Kritik. Weil ja jeder weiß, dass die Lösung nicht darin besteht, CDs zwei Euro billiger zu machen – sondern sich von der Reduktion der Musik auf ein Produkt zu verabschieden«
(Janko Roettgers, Interview in *De:Bug 74*)

»An einer CD, die 18 Euro kostet, verdient der Musikkonzern 2,99 Euro, also rund 16,6 Prozent. Groß- und Einzelhandel verdienen 7,10 Euro, also 39,4 Prozent. Die Künstler hingegen erhalten von jeder verkauften CD 72 Cent, also ganze vier Prozent.« (*Stuttgarter Zeitung*) In ihrer Rede anlässlich der New Yorker *Digital Hollywood*-Konferenz kommt Courtney Love zu ähnlichen Ergebnissen: »MusikerInnen haben unter dem alten Distributionsmodell der Musikindustrie ihre Musik fast kostenlos hergegeben, wieso sich da vor neuen Technologien fürchten, mit denen man ein größeres Publikum erreichen kann? ... Piraterie ist nicht, wenn Kids mp3s aus dem Internet herunterladen, sondern wenn Internetfirmen daraus ein Geschäftsmodell machen wollen«.

Für kleine Bands hat das Internet die Möglichkeiten deutlich erweitert, unabhängig von der Musikindustrie und kommerziellen Vertrieben ihre Musik zu verbreiten – und das mit sehr geringen Kosten. *Sanctuary Records* meldet ein Umsatzplus von 20% für das vergangene Jahr. Kleinere Plattenfirmen wie die Berliner Pop-Hipster von *Kitty-Yo*, die Kölner Minimal-Elektroniker von *Kompakt* oder die Hamburger Befindlichkeits-Rocker vom *Grand Hotel Van Cleef* erleben gerade goldene Zeiten. Die meisten kleinen unabhängigen Labels sind von der Krise der Musikindustrie weitgehend verschont geblieben. Tonträger sind für sie eher Medium, ihre Musik bekannt zu machen, angetrieben vom Interesse, gehört zu werden und mit einem Publikum zu kommunizieren. Dafür sind Konzerte nach wie vor der bessere Ort... vielleicht macht das ja Schule.

Musik im weitesten Sinne

Für die Konzertveranstalter waren die letzten Jahre ganz toll. Ihre Umsätze steigen seit 1999 ständig, weil sich Musikfans auch von horrenden Eintrittspreisen nicht schrecken lassen und weiterhin in die Konzerte strömen. Konzerterlebnisse kann man nicht downloaden. Die Veranstalter beklagen sich über die schlechte Stimmung, die die Tonträgerindustrie verbreitet. Aber auch dort denken inzwischen einige um und vor allem kleinere Label



Eminem: »Wenn diese Napster-Scheiße noch größer wird, könnte sie den ganzen Zweck des Musikmachens vernichten.«

versuchen sich z.B. mit dem Thema »Brennen« bei der Kundschaft anzubiedern: Die ansonsten peinliche Band *Eisbrecher* legt den ersten 5000 Exemplaren ihrer gleichnamigen Debüt-CD zwei »Rohlinge gegen den Trend« bei. Das Label K7 klebt auf seine Veröffentlichungen den Sticker: »No Copy Protection – Respect the music«. Es wird eifrig an den verschiedensten Distributionsmodellen gearbeitet. Apple-Chef Steve Jobs klopfte sich kürzlich selbst auf die Schulter. Sein Online-Music-Shop *iTunes* hatte stolze 25 Millionen Musiktitel verkauft – und die Konkurrenz schläft nicht. Neben anderen planen jetzt auch Coca Cola und der US-Handelskonzern Wal-Mart eigene Online-Music-Shops (auch dies ist zu knacken: *http://www.heise.de/newsticker/meldung/44853*).

»Die Musikindustrie wird das Internet nicht überleben«, schreibt Janko Roettgers in die Kopfzeile der Webseite seines Buchs *Mix, Burn & R.I.P.* Begreift euer Scheitern als Chance, schreien die einen, als Chance für was (antworten die anderen)?

Der Kampf um die Tröge, um die Nachlassverwaltung der »alten« Musikindustrie, ist voll im Gange. Hierbei geht es nicht um Musik, sondern um deren Verwertung. Plattenfirmen hatten die Macht, MusikerInnen und Publikum zu trennen. Der Türsteher war die Voraussetzung für Profite. Das Internet schafft eine Möglichkeit der direkteren Kommunikation. Eine. Noch. Kill the gatekeepers!

MV, Februar 2004

Datenreduktion mp3- u.ä. Encoder:

Ausgehend von der Annahme, dass das menschliche Gehör nur ca. 5% der auditiven Informationen, die am Gehörgang anliegen, an das Bewusstsein weiterleitet, entstand die Idee, diese entsprechend zu reduzieren. Das Fraunhofer Institut entwickelte Mitte der 80er-den »MPEG Audio Layer 3 Standard« – der heute als mp3 bezeichnet wird und das meist genutzte Audioformat ist. Bei dem Verfahren werden Erkenntnisse aus der Psychoakustik angewendet: leise Klänge werden von lauten überdeckt; dominante tiefe Tönen überdecken den Mittel- und Hochtonbereich; Musikpausen werden rausgerechnet...
Das verlustbehaftete mp3 Verfahren verdichtet die Datenmenge einer CD auf ein Zehntel, was mit Defiziten u.a. in den Bereichen »Räumlichkeit«, »Atmosphäre«, »Klangvolumen« und „Impulsverhalten» bei hohen Frequenzen erkauft wird (Frequenzen, die für den »natürlichen« Klang und die »Brillianz« des Klangbildes verantwortlich sind, gehen verloren).

Ogg Vorbis

Seit 2002 gibt es unter freier GNU-Lizenz die ersten offiziellen Encoder für Ogg Vorbis. In der Qualität ist der Ogg mp3 deutlich überlegen. Ogg ist vor allem bei Leuten beliebt, die Wert auf guten Ton legen z.B. bei den »DVD-Piraten«.

Rock'n'Roll!

Mir geht's gut, ich hab nen Job!

Interviews und Berichte zu Mini-Jobs und anderen Zumutungen

Midi-Job: Putzfrau im Hotel

Midi-Jobs heißen jetzt offiziell »Niedriglohn-Jobs«. Bei einem Bruttolohn zwischen 400 und 800 Euro ist frau (im Gegensatz zu den Minijobs bis 400 Euro) über den Job krankenversichert, und zahlt steigend mit der Lohnhöhe Sozialabgaben zwischen 4 und 21 Prozent des Lohns.

Du machst einen sogenannten »Midijob«. Hast Du früher Geld vom Arbeitsamt bekommen oder bekommst du immer noch welches?
Nein, ich hab lange ganz normal als Handwerkerin gearbeitet, dann Abitur nachgemacht, in dieser Zeit von Bafög gelebt. Als ich mit einem Studium anfangen wollte, musste ich mir erst mal einen Job suchen, auf dem ich seit einem guten Jahr hängengeblieben bin.

Wo arbeitest Du, und was musst Du tun?
Ich bin Putzfrau in einem 100-Betten-Hotel für Rucksacktouristen. Bevor das Hotel eröffnet wurde, hab ich ein paar Monate bei der Renovierung mitgearbeitet.

Was verdienst Du und wieviele Stunden musst Du in der Woche arbeiten?
Ich kriege 8 Euro netto in der Stunde und arbeite je nach Arbeitsanfall zwischen drei und sechs Stunden pro Tag, immer montags bis freitags, zwischen 10 und 16 Uhr. Diese Zeiten liegen fest, weil mein Kind nur in diesen Stunden in der Kita sein kann, d.h. meine Möglichkeiten, arbeiten zu gehen, sind sehr eingeschränkt, es bleiben schlecht abgesicherte Teilzeitjobs übrig. Ein wirklich verlässliches Einkommen hab ich im Moment nicht: Im Sommer hab ich pro Tag sechs Stunden gearbeitet, jetzt im Winter eher nur drei, manchmal sogar noch weniger – und ich bekomme genau die Stunden bezahlt, die ich auch gearbeitet habe.

Gibt es bei Deiner Arbeitsstelle die Möglichkeit, in einen »regulären« Job zu wechseln? Möchtest Du das überhaupt?
Ich würde es machen, aber es gibt ja sowieso schon Probleme mit den Stunden. Andererseits passt ein solcher Job ganz gut mit meinen Plänen fürs Studium zusammen. Angemeldet bin ich auf der Basis eines Midi-Jobs, darüber bin ich auch sozialversichert.

Was ist mit Deinen Kolleginnen?
Außer den beiden Chefinnen sind wir sechs Beschäftigte, die fünf anderen alle als Minijobberinnen, meistens Studentinnen, die häufig wechseln.

Was passiert, wenn Du krank wirst, und bekommst Du bezahlten Urlaub?
Weder bei Krankheit noch im Urlaub werde ich bezahlt. Mir ist auch erst vor kurzem klargeworden, dass ich eigentlich ein Anrecht darauf habe. Die wenigsten Leute in solchen Jobs wissen übrigens darüber Bescheid. Ich weiß aber noch nicht, wie ich mich verhalten werde: zur Zeit bin ich auf den Job angewiesen, und kann mit den Chefinnen auch vieles flexibel absprechen. Aber es kann natürlich auch nicht sein, dass ich (oder mein Kind) nicht krank werden darf, weil ich dann keinen Lohn bekomme... ■

Sekretärin, Kellnern, Web-Design: »Ich darf überhaupt nicht krank werden«

Du lebst von drei »Teilzeitjobs« – wie bist Du dazu gekommen?
Ich war einige Zeit auf dem Sozialamt, damals waren meine beiden Kinder noch relativ klein. Dann hab ich eine Ausbildung im Fotobereich gemacht und einige Monate bis zur Pleite der Firma als Webdesignerin noch weitergearbeitet. Nach der Pleite musste ich wieder aufs Sozialamt, wo es inzwischen viel mehr Druck gab, mir wurde schon nach wenigen Wochen mit Putzjobs gedroht. Während der ganzen Zeit hab ich nebenbei noch gekellnert.

Wie bist Du mit dem Druck vom Amt umgegangen?
Indem ich einen Teilzeitjob als Sekretärin angenommen habe, über den ich sozialversichert bin. Dort verdiene ich mit 10 Stunden Arbeit pro Woche ungefähr 550 Euro.

Das ist zwar ein hoher Stundenlohn für diesen Bereich, aber davon kannst Du nicht leben...
Deshalb muss ich weiter kellnern, 2-3 Schichten in der Woche. Da ich schon lange in derselben Kneipe arbeite und Kinder habe, konnte ich feste Schichten für mich durchsetzen. Das wird vor allem von meinen (Studi)-Kolleginnen in Frage gestellt, weil die gerne flexible Arbeitszeiten haben. Mit fast 8 Euro Stundenlohn plus Trinkgeld liegen wir im Vergleich zu anderen Kneipen im oberen Drittel. Allerdings hat der Chef vor einem Jahr auf einer Betriebsversammlung eine Lohnsenkung durchgesetzt, mit der Behauptung, er könne einfach nicht mehr bezahlen. Es ging zwar nicht um viel, aber allein aus Prinzip war ich mit einer anderen Kollegin dagegen. Die Mehrheit, eher die Studentinnen, hat es akzeptiert, damit war es für alle beschlossen.

Warum haben Deine Kolleginnen die Lohnsenkung hingenommen?
Ich denke, weil sie wenig Arbeitserfahrungen haben, ihre Jobs eher als kurzfristig begreifen und auch wissen, dass dieser Job einigermaßen ok ist. Aber allein die Tatsache, dass der Chef sich überhaupt traut, solche »Vorschläge« zu machen, hat für mich gezeigt, dass sich einiges verändert hat.

Willst Du in Deinen gelernten Beruf zurück?
Dazu bin ich mit Mitte 30 inzwischen zu alt(!), außerdem haben die Leute, die inzwischen eine

ähnliche Ausbildung machen, die ganzen neuen Programme gelernt, wo ich gar nicht mehr hinterherkomme. Ich mache aber mit einem früheren Kollegen zusammen manchmal Aufträge, Websites gestalten. Mein dritter Job, das heißt für mich, abends und an Wochenenden arbeiten. Allerdings sind wir nicht besonders »erfolgreich«, weil wir es einfach nicht drauf haben, uns gut zu verkaufen.

Was passiert, wenn Du krank wirst?
Beim Sekretärinnenjob läuft der Lohn weiter, aber der Rest fällt weg. Ich bin in der Kneipe zwar wie die allermeisten auf dem Papier für einen ganz geringen Lohn als Minijobberin angemeldet, aber Lohnfortzahlung ist dort überhaupt kein Thema. Ich kenne auch keine Kneipe, wo es das gibt. Von meinem Gesamteinkommen her bin ich auf den Lohn aus der Kneipe vollkommen angewiesen, d.h. ich darf überhaupt nicht krank werden – und das lauert immer in meinem Hinterkopf... ■

Copyshop: »Man ist ja schließlich Student...«

Ich arbeite in einem Kopierladen. Insgesamt sind wir zwölf Angestellte, alle auf 400-Euro-Basis und alles Studenten. Der Stundenlohn beträgt zwischen 6,50 und 6,95 Euro, je nach Dauer der Zugehörigkeit. Wir arbeiten pro Tag in zwei Schichten zu je zwei Leuten. Die meisten arbeiten zweimal die Woche und kommen damit nicht mal annähernd auf 400 Euro. Der Chef ist nur selten im Laden (er springt nur dann ein, wenn niemand sonst kann), was sehr angenehm ist und uns ein relativ selbstständiges Arbeiten ermöglicht. Allerdings hat das bei einigen zur Übernahme einer Kapitalistenmentalität geführt, sie machen sich Gedanken darüber, wie der Laden besser laufen kann, wie Kosten gespart werden können etc.. Überhaupt ist ein Bewusstsein, abhängig beschäftigt zu sein, unter meinen Kollegen nur sehr schwach ausgeprägt. Bei Ärger mit dem Chef, u. a. wegen schlechter Organisation der Einkäufe oder wegen seiner schlechten Laune, wird nicht mit kollektiver Gegenwehr reagiert, sondern mit der Drohung, woanders zu arbeiten, man ist ja schließlich Student und macht das nur nebenbei. Diese Drohung wird aber nicht dem Chef gegenüber geäußert. Die Frustration ist dadurch ziemlich hoch, aber es passiert (bis jetzt) nichts.

Auch gibt es keinerlei Wissen über die Rechte, die man als Mini-Jobber hat, so wird z.B. Lohn-

fortzahlung im Krankheitsfall von den meisten nicht in Anspruch genommen. Man lässt sich nur dafür bezahlen, wenn man auch arbeiten war!

Aber es gibt auch einen positiven Aspekt, denn die meisten nutzen den Kopierladen ganz selbstverständlich für sich und kopieren kostenlos ihre eigenen Sachen. Ausnahme sind auch hier diejenigen, die die unternehmerische Logik vollkommen verinnerlicht haben und die auch für einzelne Kopien brav bezahlen.

Insgesamt sieht es ziemlich übel aus, und auch die Studentenstreiks und Aktionen haben die Situation der jobbenden Studenten, und das werden immer mehr, nicht berücksichtigt. ■

Berlitz: Freelancing for free (almost)

Da mein Englisch in Deutschland die Fähigkeit ist, die ich am besten verkaufen kann, und ich zusätzlich noch einen Universitätsabschluss habe, bot es sich an, als Sprachlehrer zu arbeiten. Berlitz gab mir die Möglichkeit, Englisch in Teilzeit zu unterrichten. Ich wollte einen Vertrag, aber sie wollten mich nur als Freelancer.

Zunächst habe ich 48 Stunden an einem »freiwilligen« Trainingsprogramm teilgenommen. Das heißt, dass ich nicht dafür bezahlt wurde, aber ohne dieses Training den Job nicht bekommen hätte. Dazu kommen »freiwillige« Lehrertreffen, zu denen ich nicht hingehen muss, aber es wird mir verschärft nahegelegt... Ich soll meine Klassen vorbereiten, um sie interessant und erfolgreich für meine SchülerInnen zu machen. Aber ich werde für die Vorbereitungszeit nicht bezahlt, immerhin etwa eine Stunde pro drei Stunden Unterricht. Natürlich muss ich es nicht tun, aber nur »nach dem Buch« zu arbeiten, wäre langweilig und ein bisschen peinlich und würde die Chance mindern, dass die SchülerInnen wiederkämen. Wir befinden uns auf einem konkurrierenden Markt, und für Freelancer ist es einfach: keine SchülerInnen, keine Klassen, keine Bezahlung...

Ach, meine Steuern muss ich übrigens auch noch selber zahlen. Wieviel das ist, weiß ich noch nicht. Also, ich arbeite fast für umsonst. So ist es einfach zu verstehen, wie Berlitz die größte Sprachschule der Welt werden konnte. Die Kurse sind teuer, und sie zahlen wenig für eine größtenteils unstetige, kleingehaltene, ausländische Arbeitskraft.

Als Freelancer habe ich keine Versprechen gegeben, und auch Berlitz hat mir nichts versprochen. Oberflächlich ist es ein nettes Arrangement, außer der Tatsache, dass ich von 11,76 Euro brutto pro Unterrichtseinheit (45 Minuten) leben muss – und für mich ist es wichtiger, dass sie mir die Stunden geben, als für sie. Ich bin einer von 16 Englischlehrern in einer Schule mit sinkenden Schülerzahlen. Hätte die Schule nicht das Arbeitsamt, wäre sie wirklich in Schwierigkeiten. Jeder weiß, wie nötig deutsche Arbeitslose es haben, ihr Englisch zu verbessern, um einen besseren Job zu bekommen.

Als Freelancer werde ich nicht wie ein Lehrer mit festem Vertrag dafür bezahlt, schlechtgelaunten, »freiwilligen« arbeitslosen Leuten eine Sprache beizubringen. Sondern ich stehe in der Schlange um einen Vertrag an, in dem Zusicherungen gemacht werden, die Steuern bezahlt sind und der Lohn ... reduziert ist. Betriebliche Zusagen sind nicht umsonst, wie du weißt. Vielleicht muss ich drei Jahre warten. Die Festangestellten bekommen die erste Wahl für die Stunden, sie sind auf den ersten Plätzen der Liste für Ersatzlehrer und bestimmen die Kultur im Lehrerzimmer. Dort ist der wichtige Ort, um Informationen zu sammeln und auszuloten, wer rein passt und wer nicht. Das kann einen Einfluss auf die Stundenvergabe haben und damit auch wieder darauf, wer in dem verrauchten, kläglichen, mit Tratsch gefüllten Lehrerzimmer abhängt.

Die Eignung zum Unterrichten spielt keine Rolle bei der Entscheidung für eine Festanstellung, und sie wird auch selten kontrolliert. In zwei Monaten war noch niemand von Berlitz da, um meinen Unterricht zu bewerten. Ich denke, solange meine Schüler ihr Geld nicht zurückverlangen, muss es akzeptabel sein. Wenn sich Berlitz nicht darum sorgt, mach ich es auch nicht.

Was super ist als Freelancer: ich bin frei davon, mir Gedanken zu machen. ■

Manövriermasse: Inventur im Kaufhaus

Im Herbst 2003 haben wir zu dritt bei einem Zeitarbeitsunternehmen angeheuert. Bis zum Jahresende sollte in allen Filialen eines Berliner Kaufhauses Inventur gemacht werden. Dafür wurden 300 Leute befristet zwecks absolut flexibler Ausbeutung eingestellt (6,50 Euro brutto, zu beschissenen Zeiten – in der Woche eher morgens ab sechs Uhr, samstags nach 18 Uhr, manchmal bis nach Mitternacht. Die unterschiedlichsten Leute heuerten an: junge SchülerInnen und Leute in den 50igern, einige leben von dem Job und arbeiten jeden Tag, andere machen das nur ab und zu und nebenbei zu Bafög oder anderen Arbeiten. Frauen- und Männeranteil ausgewogen, viele MigrantInnen, die nicht gut Deutsch sprechen (was bei der Inventur egal ist).

Hast du noch nicht mitbekommen, dass du pünktlich am 17. jedes Monats morgens auf der Matte stehen musst, um dir die angenehmsten Schichten zu sichern, musst du dich damit abfinden, dass nur noch am Kudamm um sechs Uhr morgens was frei ist. Einer Frau, die sich daraufhin beschwerte, weil sie extra aus Frankfurt/Oder zur Inventur kommt, wurde von einem Zeitarbeitsfirma-Fritzen geantwortet: »Sie können doch den Abend vorher um 19 Uhr schlafen gehen.« Und da im Vertrag steht, »die Arbeitszeit ist flexibel und richtet sich soweit wie möglich nach betrieblichen Bedürfnissen«, passiert es oft, dass du dich für eine Vier-Stunden-Schicht eingetragen hast, aber nach der Hälfte der Zeit schon nach Hause geschickt wirst (zwei Stunden Arbeit sind garantiert). Nervig ist auch, dass sie dich manchmal den Abend vorher anrufen, um dir abzusagen.

In einer Schicht arbeiten zwischen 30 und 100 Leute, die in Gruppen von ca. 15 »ErfasserInnen« aufgeteilt werden. Alle kriegen ein »*mobidial*« (mobiles Lasergerät) in die Hand gedrückt, das in einer einstündigen, unentlohnten Schulung erklärt wurde – allerdings nur so weit, dass wir doch von den Vorgesetzten abhängig sind, die wissen, wie man Fehler löschen kann. Also besser ist, du machst dich eigenständig mit der Technik vertraut, damit nicht auffällt, wenn du öfter Fehler machst. Du kannst allerdings auch durch eine/n KontrolleurIn Ärger kriegen, die überprüfen, ob du alles richtig gezählt hast. Es ist Leuten passiert, dass sie vom Kaufhaus »Hausverbot« (bedeutet fristlose Kündigung) bekommen haben, weil Angestellte des Kaufhauses mitbekamen, dass sie an einem Tag viele Fehler gemacht hatten. Diese Angestellten überwachen die Inventur. Ihr Job ist es vor allem, darauf zu achten, dass nicht gebummelt wird, damit »ihre« Firma weniger an die Zeitarbeitsfirma zahlen muss. Es gibt allerdings auch KontrolleurInnen, die null motiviert und froh sind, dass ihr Job nicht so stressig ist und auch wollen, dass das so bleibt. Deshalb zeichnen sie alle Regale ab, ohne sie noch mal nachzuprüfen.

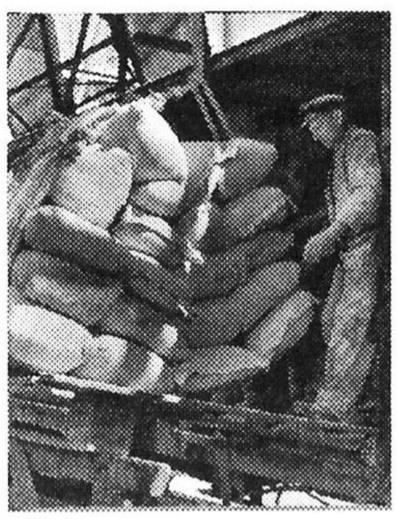
Jeweils ein Zeitarbeitsfirma-Angestellter ist für alle »Inventureinsätze« in einer Filiale zuständig. Unter ihm stehen Koordinatoren (fast immer Männer), denen ein Bereich zugeteilt wird, für den sie die KontrolleurInnen und AusleserInnen (lesen die Lasergeräte aus) und die Kleingruppen von ErfasserInnen koordinieren. Diese Leute sind je nach Bedarf an anderen Tagen auch mal als einfache ErfasserInnen unterwegs, und als ErfasserIn hast du wiederum die Möglichkeit, zum Kontrolleur oder Koordinator aufzusteigen, wenn du in der Gunst eines Vorgesetzten stehst oder schon lange regelmäßig und gewissenhaft dabei bist. Die Macht der Koordinatoren und Kontrolleure besteht darin, dich bei der Zeitarbeitsfirma zu denunzieren.

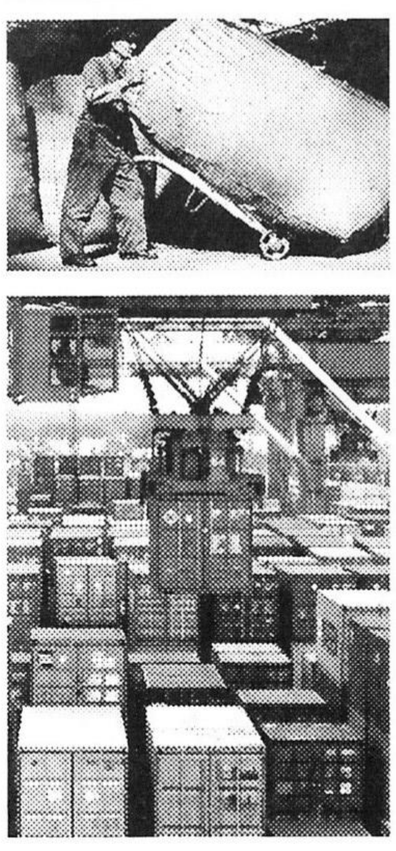
Du kannst z.B. rausfliegen, weil dich jemand nicht leiden kann, weil du widersprichst oder einige Fehler machst, wenn du während des Monats nicht genug gearbeitet und es auch noch gewagt hast, die Schicht abzulehnen, die sie dir kurzfristig angeboten haben.

Die Stimmung unter den ErfasserInnen war gemischt. Viele waren wenig motiviert, andere übereifrig. Es entstand nicht leicht Kommunikation untereinander, weil die Gruppe bei so vielen Leuten ständig wechselte, aber auch, weil die Leute ziemlich apathisch in den Laden reinkamen, in der Hoffnung, die komplett stupide Arbeit möge schnell vorbeigehen. Gerade abends, wenn die Ladenöffnungszeiten keinen Zeitzwang darstellen, haben alle außer dem Kaufhaus ein Interesse daran, langsam zu arbeiten. Das funktionierte auch ganz gut, wenn dich nicht grade irgendein supereifriger Unterchef beim Quatschen und Rumstehn erwischt hat. Alle wussten aber, dass sie sofort ersetzbar sind und jeden Moment rausfliegen können, einfache Manövriermasse, die von hier nach da gescheucht werden kann. ■

Hamburger Hafen:
Lohnsenkung per Tarifvertrag

Ende Dezember 2003 wurde mit großem Brimborium symbolisch der sechsmillionste Container des Jahres im Hamburger Hafen über die Kaikante gehievt. Nicht zufällig wurde dazu ein Schiff der Reederei Hyundai gewählt, das dann Richtung China abdampfte. Das Geschäft mit China stieg im vergangenen Jahr um über 30%; das Gesamtgeschäft um 15%. Auf den Titelseiten fehlte jeoch eine andere Information. Unter der Überschrift: »Sichere Arbeitsplätze für Beschäftigte in den Seehäfen« verbreitete der ver.di Newsticker am 23.12. die frohe Kunde, dass die Gewerkschaft einen »Beschäftigungssicherungstarifvertrag« für die rund 14.000 Hafenarbeiter der deutschen Seehafenbetriebe abgeschlossen habe. Dieser sieht vor, dass das tarifliche Jahresentgelt um 15% abgesenkt werden kann, wenn gleichzeitig auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet wird.





Boom und Lohnsenkung, wie geht das zusammen? Warum gibt es nicht mehr Kampf? Offensichtlich kann die Gleichung: Kapitalistischer Boom = Kampfstärke der Arbeiter nicht auf die Ebene einer Branche oder eines einzelnen Betriebs heruntergeholt werden.

In den Häfen boomt vor allem der containerisierte Umschlag. Immer mehr Ladung, die bislang konventionell und arbeitsaufwändig in Säcken und sonstigen kleinteiligen Transportbehältern umgeschlagen wurde (Kaffee, Zucker, Bananen), aber auch größere Waren wie z.B. Autos, wird in Container gepackt. Für die bislang darauf spezialisierten Betriebe bedeutet das natürlich Krise, und hier hat die Gewerkschaft schon in der Vergangenheit entsprechende »Beschäftigungssicherungstarifverträge« abgeschlossen – der jetzige Vertrag ist lediglich die Fortschreibung einer jahrelangen Praxis.

Aber auch beim Containerumschlag gibt es eine Tendenz zur Absenkung des Tarifniveaus. Seit ca. drei Jahren gibt es einen Einstiegstarif. Alle »Neuen« fangen zwei Lohngruppen unter der für ihre Tätigkeit vorgesehenen Lohngruppe an (das macht bei den Containerbrückenfahrern ca. drei Euro pro Stunde im Grundlohn aus). Nach drei Jahren rutscht man eine Lohngruppe höher, nach sechs Jahren kriegt man die reguläre Lohngruppe.

Das Entscheidende ist aber die Flexibilisierung. Da das Arbeitsaufkommen von Tag zu Tag und auch saisonal stark schwanken kann, wurde für die neuen Kollegen die Garantiestundenzahl von 35 auf 28 Stunden in der Woche gesenkt, die Möglichkeit zur Umsetzung zwischen den Schichten erweitert etc.. Die automatisch anfallende Mehrarbeit wird durch unbezahlte Arbeitszeitverkürzungs (AZV-)Tage ausgeglichen, die nach einem festgelegten Schlüssel überwiegend einfach zugeteilt werden. Die Urlaubstage, die bezahlten AZV-Tage und das Weihnachtsgeld wurden entsprechend der gesunkenen Garantiestundenzahl auch gekürzt. Gleichzeitig wurde der Anteil der Tagelöhnerarbeit auch in den »Hochlohnbereichen« ausgeweitet; Tagelöhner werden vermehrt in bislang den Festangestellten vorbehaltene Tätigkeiten (z.B. »Containerbrücke fahren«) ausgebildet – und die sind natürlich voll flexibel. Bislang sind die Kollegen damit ganz zufrieden, da durch die Möglichkeit zu Mehrarbeit v.a. nachts und am Wochenende ein guter Monatslohn rausgeholt werden kann. Flexibilität und die Veränderung festgefahrener Arbeitszeit- und Pausenregelungen ist eines der Hauptziele der Unternehmer. »Einfachere« Tätigkeiten (z.B. Ladungsbefestigung) werden kaum noch über die im Hafenumschlag staatlich monopolisierte Leiharbeitsfirma »Gesamthafenbetrieb« (GHB) abgewickelt, sondern fast ausschließlich von Subunternehmen abgedeckt, von denen eine ganze Reihe nur noch pro forma nach Tarif bezahlen.

Für die »Älteren« hat sich im Großen und Ganzen nichts verändert. Die meisten mauern sich ein, viele sind in Frührente oder Altersteilzeit gegangen. Die Löhne im Hafen sind im Hamburger Vergleich noch immer recht hoch. In der höchsten Lohngruppe hat man etwa 17,50 Euro Grundlohn, in der niedrigsten noch 11,30 Euro.

Die Höhe der Löhne beantwortet die Frage, warum sich die Veränderungen durchsetzen lassen. Einige nicht umschulungsberechtigte Arbeitslose haben mittlerweile auf eigene Kosten die dreimonatige »Einarbeitungszeit« absolviert, um einen der begehrten Jobs zu bekommen. Zum anderen werden – zumindest beim GHB – bevorzugt LKW-Fahrer eingestellt. Die sind Flexibilität gewohnt und freuen sich über solch einen Lohn. Ähnliches bei den Subunternehmern, die viele Knackis und andere Leute einstellen, die auf dem Arbeitsmarkt ansonsten mit Sicherheit keine 11 Euro plus Zuschläge verdienen würden. Die Gewerkschaft versucht abzufedern. Die Gruppe der Tagelöhner beim GHB kriegte Zugeständnisse in Form der o.a. Zu-

lassung zu Hochlohntätigkeiten und das Versprechen, sie bei Neueinstellungen ebenfalls zu berücksichtigen.

Nicht zuletzt ist das Instrument GHB ein zwiespältiges; die Gewerkschaft ist Teilhaberin und setzt damit relativ hohe Tarife durch; andererseits ist der Preis für das staatliche Monopol für Leiharbeit im Hafen eine »Gestellungspflicht«: wenn es in den vergangenen Jahren ab und an zu informellen Boykottaktionen von Teilen anderer Belegschaften kam, dann sprang der GHB im Bedarfsfall für die Unternehmen in die Bresche. Ohne eine breite Diskussion und Kommunikation konnten solche Aktionen keine Wirkung entfalten; die aber ist nach wie vor an die Gewerkschaft gebunden. ■

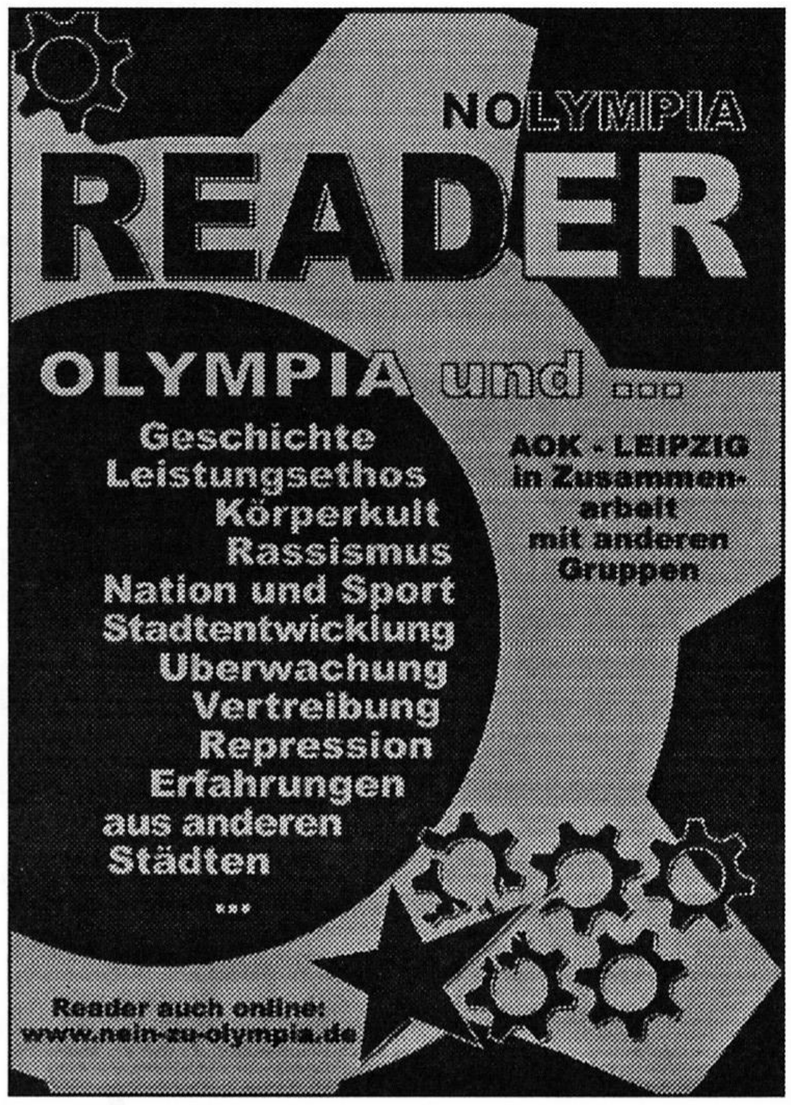
Griechenland: Tote auf den Olympia-Baustellen

Ein Bericht von GenossInnen aus Griechenland

Etwa ein Viertel des griechischen Bruttosozialprodukts ist in den letzten Jahren in die Vorbereitung der Olympischen Spiele 2004 geflossen (öffentliche Baumaßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur – Transport und Energie). Die Entwicklung in der Baubranche wurde seit den 1990er Jahren durch die Einwanderung billiger Arbeitskraft (hauptsächlich aus Albanien) beschleunigt, sechzig Prozent der *offiziell* registrierten Arbeiter auf dem Bau sind Immigranten (tatsächlich sind es wahrscheinlich mehr, da viele Immigranten illegal arbeiten).

Die Leute arbeiten zehn, zwölf oder sogar vierzehn Stunden am Tag, sechs oder sieben Tage die Woche. Die Löhne sind gesunken. In den 80er Jahren bekam ein Bauarbeiter beinahe dreimal so viel wie ein Industriearbeiter. Heute liegt das Verhältnis bei 1,5 zu 1. Aufgrund von Korruption dauert es manchmal sehr lange, bis die Löhne ausgezahlt werden. Sozialversicherungsbeiträge werden nur teilweise oder gar nicht abgeführt. Es gibt eklatante Mängel bei der Arbeitssicherheit, was zu einer grotesk hohen Zahl von Arbeitsunfällen führt. Seit Anfang 2002 kamen auf Olympiabaustellen dreizehn Bauarbeiter ums Leben, und wenn wir die Todesfälle bei den Zuarbeiten (Straßenbau, neue U-Bahnhöfe usw.) dazurechnen, liegt die Zahl bei 60.

Die Olympischen Spiele rücken näher, und die öffentlichen Baumaßnahmen haben einen kritischen Punkt erreicht. Die Arbeiter sind also in einer günstigen Position, denn die Baufirmen sind stark von ihnen abhängig. Trotzdem hat die von der stalinistischen Partei KKE kontrollierte Bau-Gewerkschaft im wesentlichen den Bossen geholfen, indem sie nur einige 24-Stunden-Streiks ausgerufen hat, so am 24. November 2003 und am 20. Januar 2004. Neben der Gewerkschaft gibt es zwei autonome Arbeitergruppen (Protovoulia Oikodomon – »Arbeiterinitiative«, und Ergotaxio – »Die Baustelle«), die beide innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft arbeiten und bei den wenigen Arbeitsniederlegungen und *Sit ins* aktiv waren. Beide Gruppen sind zahlenmäßig klein und nicht in der Lage, die Gewerkschaft effektiv zu kritisieren und die weitere Entwicklung zu beeinflussen. Die Schwäche der autonomen Arbeiteraktionen hat viel damit zu tun, dass die Arbeitsimmigranten fast jede Erniedrigung hinnehmen, da sie ihre wirtschaftliche Lage hier immer noch als besser empfinden als im Herkunftsland. Denn die Arbeit auf den Baustellen ist nach ihren Maßstäben ein relativ gut bezahlter und sicherer Job. Selbst wenn nur teilweise Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden, so erhalten sie doch die Marken, die sie für die Erneuerung ihrer Arbeitserlaubnis brauchen.



Auch in Leipzig wird die Olympiade vorbereitet:

http://www.nein-zu-olympia.de

Wenn es in den kommenden Wochen keine unvorhergesehenen dramatischen Ereignisse gibt, ist eine wirkliche Bewegung gegen die Bedingungen auf den Baustellen unwahrscheinlich. Nur auf wenigen Baustellen haben die Arbeiter zu reagieren begonnen. In einem Flugblatt zum *Sit in* auf der Baustelle des Olympischen Boxzentrums in der Stadt Peristeri – nach dem Tod eines albanischen Arbeiters am 9. Oktober 2003 – heißt es:

»Wir versuchen uns zu organisieren. Wir haben angefangen, darüber zu reden, dass uns die Sozialversicherung gestohlen wird, wir haben aufgehört, Überstunden zu machen, und wir fordern die Durchsetzung der gesetzlichen Vorschriften zur Arbeitssicherheit.« ■

Was bisher geschah

... war natürlich eine harte Ansage in der Nr. 68: »Bei so vielen Fehlern freuen wir uns natürlich doppelt, dass uns diesmal gar kein Fehler passiert ist!« Ein fetter ist dann doch passiert: In der Einleitung zum Prekarisierungsteil müsst Ihr Euch den Abschnitt S.6 unten / 7 oben wegdenken. Das habt Ihr bestimmt aber auch so gemerkt ... Diesmal die erste »Was-bisher-geschah« ohne Nachrichten aus der Berliner Lohnklau-Soap. Dafür gab es wieder Stromausfälle, z.B. am 16. Februar in Wiesbaden, wo ein Kabeldefekt die Innenstadt, den hessischen Landtag und die Staatskanzlei sowie die CDU-Landesgeschäftsstelle eine Stunde lang lahm legte. Da soll es wohl beruhigen, dass man jetzt die Ursache für den nordamerikanischen Stromausfall (acht US-Staaten und Teile Kanadas waren im August 2003 fünf Tage ohne Strom) entdeckt hat – ein Software-Fehler. Hinzu kam, dass den Betreibern stundenlang nicht auffiel, dass ihr System versagt hatte. Zudem wird spekuliert, dass ein Internet-Wurm die Probleme erst richtig angeheizt habe... Also doch nicht *die* Ursache, sondern eher so, wie es im Artikel in der letzten Wildcat gestanden hat!

Im Februar schnellten die Besucherzahlen beim Kieler Diskussionsforum »Chefduzen – Forum der Ausgebeuteten« in die Höhe. Daran war aber nicht das Interview in der letzten *Wildcat* schuld, sondern der Münchner Sklavenhändler *Alpha Zeitarbeit*. Er hatte den BetreiberInnen eine Frist bis zum 10.2. mittags gesetzt, einen Beitrag zu löschen, der von einem Sumpf aus Bestechlichkeit, Kungelei und Schaffung von Abhängigkeiten bei *Alpha* berichtete. Die Leute von *chefduzen.de* sehen die Sache so:

chefduzen.de von der Gegenseite aufgepeppt

»Das einzige, was wir uns noch wünschen würden«

Es dauerte ca. ein Jahr, bis das Forum ein Eigenleben bekam und zur proletarischen Selbsthilfe genutzt wurde. Leute aus unterschiedlichsten Branchen und Betrieben, und Menschen, die am Existenzminimum und im Graubereich des Rechts leben, begannen Bedingungen und Firmeninterna auszuplaudern, man tauscht sich aus über Möglichkeiten, bei Entlassung und im Umgang mit Behörden das Beste für sich herauszuschlagen, und man diskutiert Strategien sich zu wehren.

Aber schon das Öffentlichwerden von Firmeninterna brachte die Gegenseite zur Weißglut, die dann zum juristischen Gegenschlag gegen das Diskussionsforum ausholte. In einem Anwaltsschreiben wurde Chefduzen.de unter Androhung von Schadensersatzforderungen aufgefordert, den anonymen Bericht eines ehemaligen Mitarbeiters von *Alpha Zeitarbeit München* aus dem Netz zu nehmen. Nun kam Leben in die Bude, in der Netzwelt wurde ausgiebig über den Fall berichtet, und die Besucherzahlen verzehnfachten sich im Forum. Chefduzen blieb standhaft, statt den beanstandeten Beitrag zu löschen, bot man der Leiharbeitsfirma die Möglichkeit zur Gegendarstellung.

Alpha Zeitarbeit nahm sich stattdessen den bekanntesten Internetabmahner, *Frhr. von Gravenreuth*, und fuhr stärkere Geschütze auf: Seine Kanzlei erwirkte eine gerichtliche Verfügung, gegen Androhung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250 000 Euro oder sechs Monaten Haft, den Beitrag zu löschen. Zu Beginn der Auseinandersetzung wurden gerade 140 Besuche im beanstandeten Thread gezählt, zum Zeitpunkt der Löschung waren es knapp 8000. Netzaktivisten waren aufmerksam und hatten den Artikel gespeichert; im Moment der Löschung bei Chefduzen.de tauchte er auf zahllosen anderen Sites auf und ist weiterhin im Netz zugänglich.

Seither können wir beobachten, wie sich die Redaktionen aller großer Sender und Printmedien als Stammgäste im Forum einfinden, denn hier kann man bei seinen Recherchen genaue Einblik-

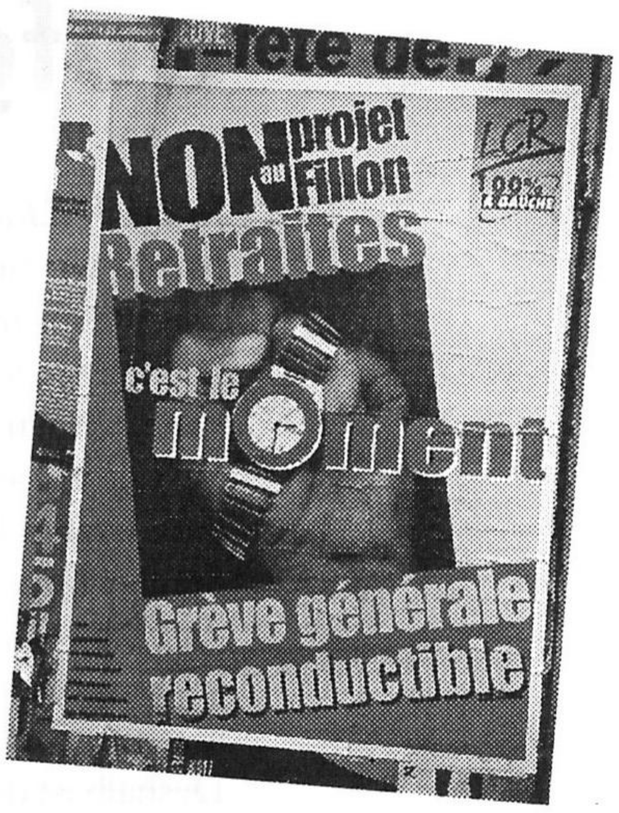
ke in die Lebensrealität der Opfer von Neoliberalismus und Globalisierung bekommen, ohne den Redaktionssessel zu verlassen und sich die Finger schmutzig machen zu müssen.

Das sollte uns aber helfen, als ein Thread über die Arbeitsbedingungen im Kieler Callcenter von *Freenet* zu einem unseren interessantesten Themen wurde. Als aufmerksame Chefduzen-User aufdeckten, dass *Freenet* seinen Kunden den Zugriff auf firmenkritische Seiten sperrte und sie auf eine Counterstrikeseite umleitete, schlug die Diskussion über Zensur durch den Internetanbieter hohe Wellen. Nachdem stern.de, sueddeutsche.de, heise.de, börsennews uva. sich dieses Themas angenommen hatten, brach Chefduzen.de mit seiner veralteten Forensoftware unter dem Besucheransturm zusammen und blieb 24 Stunden *offline*. Wir haben im Schweiße des Angesichts upgedatet, und das Forum läuft besser als zuvor.

Das einzige, was wir uns noch wünschen würden, wären Neugründungen mehrerer vergleichbarer regionaler Foren.

Derweil bereiten Bayerns LehrerInnen einen »Tabubruch« vor: ihren ersten Streik. – Weil mit der drohenden Verlängerung der Arbeitszeit von 40 auf 42 Stunden »die Grenzen der Zumutbarkeit überschritten« seien, will die GEW »ebenfalls eine Grenze überschreiten«, am 16. März, wenn bayernweit gegen die Verwaltungsreform protestiert wird, wollen die Lehrer streiken. Mal sehen, ob's stimmt! Wir hatten in der *Wildcat 66* einen »kurzen Bericht zur Bewegung der LehrerInnen in Frankreich« – und haben nun eine beteiligte LehrerIn gebeten, von heute aus nochmal auf diese breite und radikale Mobilisierung zurückzublicken:

Nachtrag zu den LehrerInnenstreiks in Frankreich im Frühsommer 2003



Es war die breiteste und längste Bewegung im Erziehungswesen seit 1968. Der Streik ging von der Basis aus und breitete sich rasch aus. Fast alle Schulen streikten. Die Autonomie der Bewegung war Ausdruck des ungeheuren Zorns des gesamten Erziehungspersonals. In den Betriebsversammlungen und besonders in den überregionalen Vollversammlungen versuchten die Gewerkschaften, die Bewegung zu kontrollieren und zu bremsen. Sie erreichten, dass an vielen Schulen nur an den gewerkschaftlichen Mobilisierungstagen gestreikt wurde. Die Gewerkschaften nannten diese Tage »die starke Zeit der Bewegung«. Dort, wo die Basis gegen den Widerstand der Gewerkschaften die Initiative übernahm, weiteten sich die Kämpfe mit einer breiten Palette einfallsreicher Aktionen und Aktivitäten schnell aus. Regionale Kollektive, Koordinationen und Betriebsversammlungen organisierten die Aktionen. In solchen Einrichtungen gab es andauernde totale und/oder über Wochen immer wieder fortgesetzte Streiks. Heftig umstritten als Kampfmittel war die Blockade der Abitursprüfungen: die Gewerkschaften wollten dazu nicht aufrufen, und nur in wenigen Städten gelang den Koordinationen eine massenhafte Mobilisierung von LehrerInnen zur Blockade einer Schule (Avignon, Roanne, Belfort und Toulouse). Die CRS (Bereitschaftspolizei) sorgte dafür, dass die Prüfungen – mit einiger Verzögerung – dann aber doch stattfanden.

»Nach den Ferien«

Die Taktik von Regierung und Gewerkschaften ging auf: Mit Ferienbeginn und der Schließung der Schulen fanden die Kämpfe ein quasi »natürliches« Ende. Zu einer Wiederaufnahme nach den Ferien kam es in größerem Umfang nicht. In einigen Schulen herrschte noch eine gewisse aufrührerische Stimmung. Teilwurde wurden alle Tätigkeiten außerhalb der Regelstundenzeit und freiwillige, unbezahlte oder über das Mindestmaß hinausgehenden Leistungen verweigert. Vom Gefühl her lagen die kollektiven Streikaktionen für die meisten LehrerInnen aber weit zurück; die Bewegung war atomisiert. Die Weigerung der Regierung, zu verhandeln oder auch nur anzuhören, und die demoralisierende Bremserei der Gewerkschaften (ausgenommen SUD) hatte die zuversichtliche Stimmung der kollektiven Kampfbewegung vor den Ferien ausgelöscht. In den meisten Schulen herrschte Anfang September eine deprimierte Stimmung und völlige Windstille. »Alles war umsonst!«, war eine verbreitete Meinung.

Nur unter diesen Umständen konnte die Regierungen von September an ihre massiven Sanktionen durchführen: gestaffelte Lohnkürzungen bis zur Halbierung des Gehalts wegen meistens nur drei bis fünf Tagen Streik. LehrerInnen, die an den Examensblockaden teilgenommen hatten, drohen härtere Sanktionen wie die zeitweise Suspendierung vom Unterricht.

Was ist geblieben? An manchen Schulen gibt es Spannungen zwischen denen, die gestreikt hatten, und den Streikbrechern; in anderen ist die Solidarität und Geschlossenheit stärker geworden – gerade angesichts der neuen repressiven Verhältnisse. Kleine organisierte Kerne bestehen weiter fort. Sie sehen ihre Aufgabe darin, Zwischenbilanz zu ziehen und sich die Fähigkeit zu erhalten, wieder in Aktion zu treten.

Was bisher geschah

Ein Klassiker in der Rubrik »Was bisher geschah« sind die Berichte des Genossen im Weiterbildungsbereich – hier sein neuestes *upgrade*:

»Heute ist der Chef wieder aufgelaufen ...«

In der *Wildcat 67* (»Weiter(Bildung) in der Krise«) hatten wir noch darüber gemutmaßt, ob die Einschnitte im arbeitsamtsgeförderten Weiterbildungsbereich weitergehen, oder doch wieder Geld reingepumpt wird. Dies ist mittlerweile entschieden.

Die Auseinandersetzung um Gerster hat auch dem letzten klargemacht, dass die Veränderungen durch Hartz und Agenda 2010 auch Angriffe auf die Arbeitsamtsstruktur (und die 90 000 dort Beschäftigten) selbst darstellen. Gerster ist durch massives Mobbing aus den eigenen Reihen gestürzt. Deshalb ist die Agentur ein ausgemachtes Angriffsziel weiterer Umstrukturierungen. Derzeit agieren die Regionaldirektionen (die ehemaligen Landesarbeitsämter), während die Umstellung der örtlichen Arbeitsämter[1] dazu führt, dass die dort Beschäftigten so sehr mit sich selbst beschäftigt sind, dass sie einer weiteren Umstrukturierung auch ihrer eigenen Arbeit zumindest nicht im Wege stehen. Nur der Krankenstand bleibt hoch.

Hier ein kleiner Einblick in die Auswirkungen der »neuen Politik«:

Schon letztes Jahr zeichneten sich deutliche Einsparungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (jetzt Bundesagentur für Arbeit) für Maßnahmen ab. Ende 2003 gab es die ersten Ausschreibungen in NRW nach einem neuen Verfahren. Die Aufträge, die sogenannten Lose für Maßnahmen, waren so groß gestrickt (bis zu 105 000 TeilnehmerInnen!), dass die Träger sich in Bietergemeinschaften zusammenschließen mussten. Die Träger bewarben sich nicht mehr mit Konzepten, sondern mit Angeboten an der Selbstkostengrenze (und teilweise darunter). Das Arbeitsamt soll mit vier Euro pro Teilnehmer/Stunde kalkuliert haben, die Träger, die sich durchgesetzt haben, mit durchschnittlich 1,80 Euro, und das bei ca. 15 TeilnehmerInnen pro Lehrgang!

Schon im Jahr 2003 haben Träger (städtische, karitative, gewerkschafts- und unternehmensverbändenahe), die für ihre Beschäftigten an Tarifverträge gebunden sind, häufig keine Aufträge mehr bekommen. Das führte dort bereits zu tausenden Kündigungen bundesweit und der Ankündigung weiterer Kostensenkungen.

Seit Anfang 2004 konnten sich nur noch große Stiftungen durchsetzen, die im Boom des ost-deutschen Weiterbildungsmarkts groß geworden sind, neu gegründete Ich-AGs (ohne Angestellte oder Schulungsräume), holländische Unternehmen, sowie Träger, die schon vorher den Ruf hatten, miserable Arbeitsbedingungen zu miserablen Löhnen zu bieten. In Düsseldorf gewann die Euroschule ein Los – sie war in den Jahren vorher aufgrund von Beschwerden von TeilnehmerInnen und schlechter Qualität vom Arbeitsamt geschnitten worden. Danach suchten sie für 1700 Euro brutto SozialpädagogInnen, Dozenten und Ausbilder. Im Stellenportal der Bundesagentur wurden befristete Stellen für Ausbilder sogar mit 1500 Euro angeboten. (Ich würde die Gehaltsspanne ansonsten auf 2000-2500 Euro schätzen. Der Verein deutscher Privatschulen schätzt die Personalkosten auf 2200 bis 4200 Euro je Mitarbeiter monatlich – wobei unklar bleibt, ob das Bruttogehalt oder gesamte Kosten umfaßt. *www.privatschulen.de*).

[1] Laut Handelsblatt vom 29.01.04 werden die Verwaltungskosten 2004 aufgrund des »Reformprozesses« um 360 Millionen auf 5,35 Mrd steigen.

Die Weiterbildungsausgaben sind um 780 Millionen auf 2 Milliarden gesunken.

Das neue Ausschreibungsverfahren befördert zwei Entwicklungen:

- Neue repressive Maßnahmetypen werden durchgesetzt: Vermittlung statt Qualifizierung, Billigjob statt Ausbildung für Jugendliche, der Rest soll aus der Statistik verschwinden oder zumindest mit einer Sperrfrist belegt werden.
- Sie bewirken einen Verdrängungswettbewerb und Konzentrationsdruck auf die Weiterbildungsbranche. Regionale, bundesweite, sogar europäische Strukturen werden bevorzugt. Dies wiederum bewirkt einen Druck auf die Löhne. Da muss mensch sich schon fragen, ob dies allein aus Sparzwängen zu erklären ist, oder ob darüber auch den Beschäftigten der Träger klargemacht werden soll, doch die sozialpädagogische Arbeit sein zu lassen und ab jetzt jede Schweinerei mitzumachen. Ganz allgemein resultiert daraus ein Angriff auf die betreuende Sozialarbeit, die in den 70ern als Krisenantwort etabliert wurde. Mit dem verstärkten Zwangscharakter der neuen Maßnahmen darf die Sozialarbeit wieder dahin zurückkehren, wo sie eigentlich herkommt: zur präventiven Bullenarbeit der Sozialkontrolle.

Die Auswirkungen bei den einzelnen Trägern sind teilweise dramatisch. Die *Deutsche Angestellten Akademie* (DAA) will möglichst alle festen Dozenten entlassen und die restlichen Maßnahmen durch Zeitarbeitsfirmen abdecken. Auch in unserem Unternehmen wird seit Ende letzten Jahres erstmalig entlassen, dabei bekam der Chef seine mangelnde Erfahrung zu spüren – die ersten Kündigungen landeten prompt vor dem Arbeitsgericht und wurden noch mit Abfindungen bedacht. Mittlerweile spüren wir seine Interpretation eines Sozialplans: Über das Kriterium ›Dauer der Unternehmenszugehörigkeit‹ werden eingearbeitete (und damit auch widerstandsfähige) Teams auseinandergerissen.

Dies führt jedoch auch zu einer offeneren Situation im Umgang der KollegInnen. Es gab Aufbegehren, welches zunächst unspektakulär in einen offenen Brief an die Geschäfsleitung mündete, häufige Diskussionen und einen Stammtisch, der nicht nur trinkt und feiert (was jedoch auch immer schön war). Die Kündigungen werden weitergehen, und dies führt bei einigen auch zu einer fuck-off Stimmung »wir haben nichts mehr zu verlieren«. In den Auseinandersetzungen wird auch klar, dass diese Situation nicht im einzelnen Unternehmen aufgebrochen werden kann. Es gibt erste Überlegungen, mit Beschäftigten aus anderen Weiterbildungsunternehmen Kontakt aufzunehmen.

Nachdem einige KollegInnen die Initiative zur Gründung eines Betriebsrats in die Hand genommen haben, ist der Chef endgültig Amok gelaufen und hat in einer Nacht- und Nebelaktion 13 Leute (ca. 20% der gesamten Belegschaft) angeblich »betriebsbedingt« gekündigt. Anstatt nun die vorher angedachten Überlegungen anzugehen, drehen sich unsere Diskussionen jetzt um eine angemessene Antwort. Täglich gibt es Gespräche, in denen der Chef mit Drohungen und Erpressungen versucht, die Leute weichzuprügeln und herauszufinden, wer tatsächlich hinter der Initiative steckt, um sich so über die dreiwöchige Frist (für die Kündigungsschutzklage) zu retten. Zusätzlich mobilisiert er seine Lakaien, die gegen die vermeintlichen Störenfriede hetzen, die das Unternehmen gefährden.

Zwölf der dreizehn Leute haben über einen Anwalt Kündigungsschutzklage eingereicht. Heute traf der Brief unseres Anwalts ein, darauf rief der Chef einen Sozialpädagogen zu sich und teilte ihm sehr emotional seine Enttäuschung mit: »Haben Sie denn nicht verstanden, was ich Ihnen gesagt habe?« Die zweite Reaktion war ein Anruf bei einem anderen Kollegen, dem er mitteilte, dass er die Kündigung nicht zurückziehen würde.

Im weiteren Verlauf des Tages merkte er dann, dass er sich mit seiner selbstherrlichen Art in eine schwierige Situation manövriert hatte. Eingeklemmt zwischen einer geschlossenen Front der Gekündigten und der Nachricht, dass ein Teil unserer Maßnahmen im – von den Kündigungen betroffenen – Jugendbereich doch bis Sommer 2005 weiterlaufen würde.

Nun sind wir gespannt auf die anstehenden Verhandlungen, wo ihm noch einige Überraschungen bevorstehen, denn mittlerweile hat ein Großteil der Gekündigten keinen Bock mehr auf seinen Laden und auf diese Arbeit. Auch die katastrophale Arbeitsmarktlage im gesamten Weiterbildungsbereich schreckt einige KollegInnen nicht ab, die Notbremse zu ziehen. Abfindung statt weiteres Elend! Gestern Abend stießen wir bei einem weiteren klandestinen Treffen gemeinsam an: »Auf die Freiheit!«

G.

In der Wildcat 68 hatten wir vom **Streik der PostarbeiterInnen** in GB berichtet: Im November 2003 war es vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden Umstrukturierung der königlichen Post zu Streiks gekommen. Mitte November wurde die Arbeit wieder aufgenommen, aber Ruhe scheint nicht eingekehrt zu sein: im Liverpooler Stadtteil West Derby traten am 26.2.04 ungefähr 100 PostarbeiterInnen des Verteilzentrums in den Streik, der von der Unternehmensführung sofort als "illegal" bezeichnet wurde. Anlass soll das Benehmen des Managers gewesen sein.

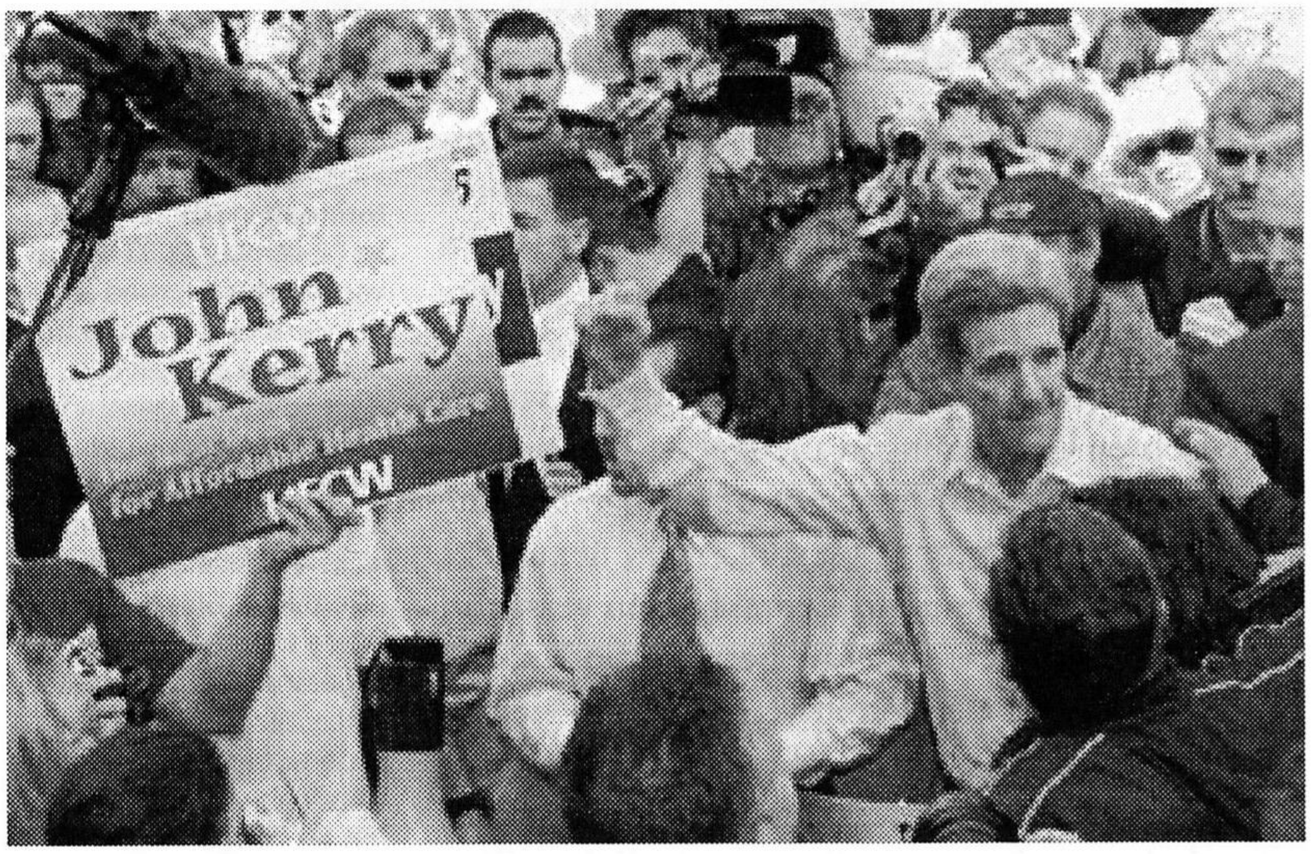
Am 2.3.04 bricht die Auslieferung der Post in Peterborough (westlich von Birmingham in Richtung Küste) zusammen, als ungefähr 100 PostarbeiterInnen des dortigen Sortierzentrums in einen wilden Streik treten. Als Anlass werden die Arbeitsbedingungen genannt. Der Streik wird von den PostarbeiterInnen im Sortierzentrum begonnen, im Laufe des Tages schließen sich BriefträgerInnen an.

Ende des Streiks im Einzelhandel:

Eine weitere Niederlage für die ArbeiterInnen in den USA

von Loren Goldner

Die Medien berichteten am Sonntag, dem 29. Februar, aus Südkalifornien fast nur über die Oscar-Verleihung, aber am selben Tag stimmten dort die Beschäftigten im Einzelhandel zu 86 Prozent für den Abbruch ihres seit fünf Monaten laufenden Streiks und damit für die Annahme eines dreijährigen Tarifvertrags, der einen Durchbruch für die Arbeitgeber bedeutet. Die Supermärkte hatten durch den Streik zwar Umsatzeinbußen in Höhe von 2,5 Mrd. Dollar, aber sie haben einen Präzedenzfall geschaffen – nicht nur im Einzelhandel.



Präsidentschaftskanditat John Kerry ist hier nicht einfach mit nur klassenkämpferischer Pose auf Stimmenfang. Der UFCW-Streik war tatsächlich richtungsweisend für die Entwicklungen in den USA.

Im Oktober 2003 hatten 97 Prozent der Mitglieder der Gewerkschaft UFCW (United Food and Commercial Workers) in Süd- und Zentralkalifornien für einen Streik bei der Supermarktkette *Von's*, einer *Safeway*-Tochter, gestimmt. Hauptsächlich ging es um die bisher komplett von der Firma gezahlten Krankenkassenbeiträge der Beschäftigten. Die Krankenversicherung stellt in den USA oft einen der wichtigsten Lohnbestandteile dar. Viele UFCW-Mitglieder in Südkalifornien verdienen weniger als 12 Dollar die Stunde, viele kommen nur auf eine 24-Stunden-Woche, und viele machen den Job hauptsächlich wegen der Krankenversicherung. *Von's* wollte durchsetzen, dass die ArbeiterInnen die Hälfte dieser Beiträge selbst bezahlen und zudem die Einstiegslöhne senken. Das sei notwendig wegen der Konkurrenz durch den Einzelhandelsriesen *Wal-mart*, der die Eröffnung von vierzig weiteren Filialen in Südkalifornien plant (*Wal-mart* ist berüchtigt für Niedriglöhne und keine Sozialversicherung). Innerhalb weniger Stunden wurden bei *Albertson's* und bei *Ralphs*, zwei weiteren Ketten, die ebenfalls zu US-weiten Einzelhandelskonzernen gehören und bei denen ebenfalls Tarifverhandlungen liefen, die Beschäftigten ausgesperrt. Seither befanden sich 70 000 UFCW-Mitglieder in der Region im Streik.

Die ArbeiterInnen gingen mit großer Begeisterung in den Streik und erhielten erstaunliche Unterstützung in der Öffentlichkeit, sogar über die besonders umsatzstarken Weihnachtsfeiertage blieben die bestreikten Supermärkte weitgehend leer. Gleichzeitig streikten, ebenfalls wegen der Krankenversicherung, die Beschäftigten im Öffentlichen Personennahverkehr von Los Angeles. Das löste eine seit Jahrzehnten nicht mehr erlebte Atmosphäre von »Streikwelle« aus. Die US-Westküsten-Hafenarbeitergewerkschaft ILWU legte mit einer Solidaritätsversammlung eine Schicht lang den Hafen von Los Angeles und kurz darauf auch die nahegelegene, für die US-Marine arbeitende Werft in San Pedro lahm. Außerdem spendete sie 200 000 Dollar an die *Ralphs*-Streikkasse.

Allen war klar, dass der Ausgang des Streiks Signalcharakter für viele andere Gewerkschaften und ArbeiterInnen in der Region und in den ganzen USA haben würde (immer mehr Konflikte in den Betrieben drehen sich genau um die Frage, wer für die Krankenversicherung aufkommen muss). Doch trotz aller Unterstützung durch die Arbeiterklasse folgten die Gewerkschaften ihren engstirnigen legalistischen Strategien, die in den vergangenen 25 Jahren in so viele Niederlagen geführt haben: legale, oft durch arbeitsgerichtliche Aufla-

gen eingeschränkte Streikposten, blöde Sekundärboykotte, keine Gewalt gegen Streikbrecher und allgemein bloß nichts unternehmen, was den Laden wirklich dicht machen könnte. Am 31. Oktober 2003 zogen sie als »vertrauensbildende Maßnahme« die Streikposten bei *Ralphs* ab und konzentrierten sie auf *Von's*. Sofort verkündeten die drei Unternehmen, sie würden die durch den Streik entstandenen Gewinne und Verluste gemeinsam tragen. Die Gewerkschaft forderte die Leute sogar zum Einkaufen bei *Ralphs* auf, wo ihre eigenen Mitglieder ausgesperrt waren. Obwohl alle Ketten zu US-weiten Konzernen gehören und insgesamt 30 Mrd. Dollar im Jahr umsetzen, schreckten die Gewerkschaften vor jeglicher überregionalen Strategie zurück, sondern schickten nur ein paar »Informations-Streikposten« zu Filialen in Nordkalifornien und anderswo.

Am 24. November weitete die UFCW den Streik auf zehn Zentrallager in Südkalifornien aus, von denen aus die Supermärkte beliefert werden, und die Teamsters (LKW-Fahrer-Gewerkschaft) sagten zu, dass ihre 7000 Mitglieder, die diese Märkte belieferten, die Streikposten respektieren würden. Aber die UFCW tat nichts, um die Tausende von Streikbrecher-LKWs zu stoppen, die die Läden statt der Teamsters belieferten, und am 19. Dezember wollte sie die Streikposten abziehen. Am 22. Dezember weigerten sich UFCW-Mitglieder vor dem *Von's*-Zentrallager in El Monte, ihren Streikposten abzubrechen, und blieben dort. Mitte Januar gab es wieder Streikposten bei einigen *Ralphs*-Filialen, aber die Gewerkschaft hatte das Streikgeld von 240 auf 100 Dollar die Woche gekürzt.

Mitte Dezember kamen John Sweeney und Rich Trumpka, die beiden Chefs der »neuen« AFL-CIO, zu einem Treffen mit den Vorsitzenden der 50 UFCW-Orts- und Betriebsgruppen nach Los Angeles. Sie warfen für den Streikausgang die Reputation der AFL-CIO in die Waagschale (seit Sweeneys Amtsantritt 1995 ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den USA von 14 auf 9 Prozent gefallen). Aber offensichtlich hatten sie unterschätzt, dass die drei Ketten bereit und in der Lage waren, Millionen von Dollar einzusetzen, um die Macht der Gewerkschaften zu brechen. Die Konzerne hatten angekündigt, sie hätten ein ganzes Jahr Zeit für die Zerschlagung der UFCW.

Die Gewerkschaften haben die relativ jungen und unerfahrenen ArbeiterInnen erfolgreich unter Kontrolle gehalten. Es gab keine Massenversammlungen, wo die Streikstrategie diskutiert worden wäre, und die Mitglieder hatten allgemein das Gefühl, keinen Einfluss darauf zu haben, wie sich der Streik entwickelte. Bei *Ralphs* hielten Streikbrecher der berüchtigten Firma Personnel Support System, Inc. den Betrieb am Laufen, die Schlägertypen als »Ersatzarbeiter« für genau solche Situationen anbietet. Aber die UFCW war nicht bereit, gegen Streikbrecher die Art Taktiken einzusetzen, aus denen die Gewerkschaften einmal entstanden sind.

Es wurde eine hastige Abstimmung über einen Tarifvertrag mit 16 Seiten Kleingedrucktem durchgedrückt. Die UFCW und die AFL-CIO sprechen von einem Sieg, weil sie für die jetzigen Beschäftigten für zwei Jahre die Krankenversicherung sichergestellt hätten. In Wirklichkeit führt der neue Tarifvertrag ein Zwei-Klassen-System ein. Die jetzigen Beschäftigten bekommen in den ersten zwei Jahren der Vertragslaufzeit keine Lohnerhöhungen, sondern nur eine Einmalzahlung (200-300 Dollar für Vollzeitkräfte, für Teilzeitkräfte entsprechend weniger). Ab dem dritten Jahr müssen sie monatliche Beiträge zur Familien-Krankenversicherung zahlen. Beitragserhöhungen müssen sie ebenfalls selbst zahlen. Neueingestellte bekommen niedrigere Löhne (7,55 bis 11,05 Dollar statt 12 Dollar wie für die »Alten«) und nur eingeschränkte Krankenversicherungsleistungen (Leistungen erstmals nach einem Jahr, für Familienangehörige erst nach zweieinhalb Jahren, keine Leistungen nach Erreichen des Rentenalters). Dieser Zwei-Klassen-Tarif lädt also dazu ein, ältere Beschäftigte loszuwerden. Und schließlich dürfen die Unternehmer laut Vertrag innerhalb von 36 Stunden nach Vertragsunterzeichnung bis zu 630 UFCW-Mitglieder wegen »Fehlverhalten« als Streikposten entlassen.

Der entscheidende Grund für die Niederlage war weder die Kurzsichtigkeit der gewerkschaftlichen Strategie noch ihr Ansatz von oben herab, sondern die Tatsache, dass die UFCW-Basis dieser Strategie nichts entgegensetzte. Letztlich ging es in diesem Streik darum, dass die Konzerne die veraltete »private Sozialdemokratie« für die Minderheit amerikanischer ArbeiterInnen mit gewerkschaftlich-tarifvertraglich abgesicherten und nicht mehr finanzierbaren Krankenversicherungen schleifen wollen. Diese Kapitaloffensive lässt sich nur mit einer Klassenoffensive beantworten, die die umfassende Krankenversicherung zu einem politischen Thema macht, das nicht nur auf isolierte Gruppen von ArbeiterInnen in verlorenen lokalen Kämpfen beschränkt bleibt. Und einen solchen Kampf kann man weder von der UFCW noch von der AFL-CIO, und erst recht nicht von der Demokratischen Partei erwarten. ■

Weitere Artikel über den Klassenkampf in den USA und anderswo gibt es auf der Website **Break Their Haughty Power**: *http://home.earthlink.net/~lrgoldner*

Ein Grundkurs in politischer Geburtshilfe

Willy Huhns Untersuchungen zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus

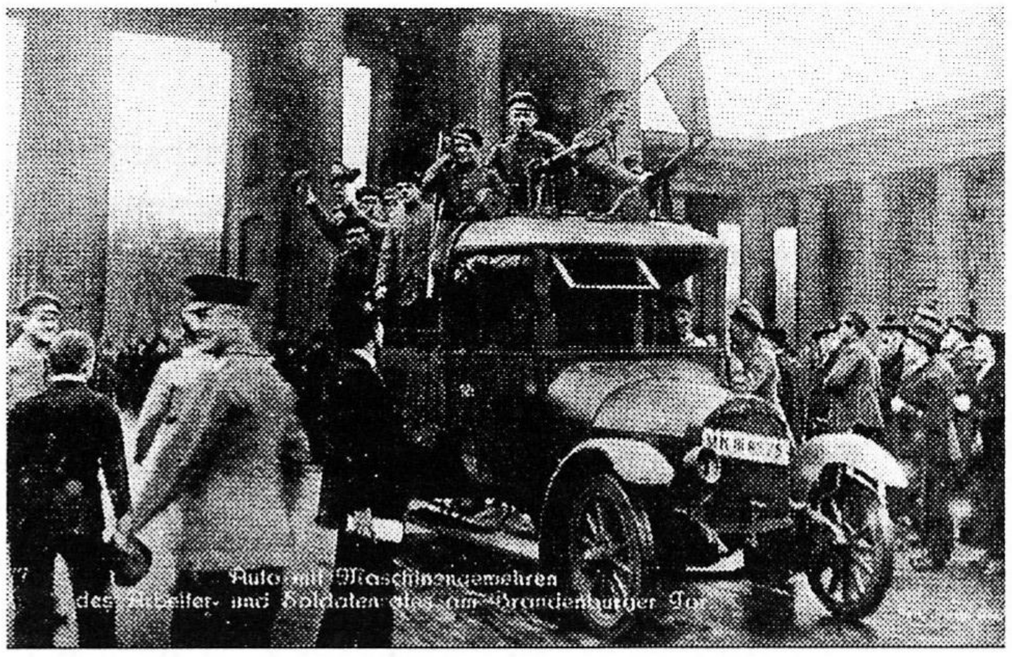
Die bundesrepublikanische Studentenbewegung entdeckte in den 60er Jahren nicht nur den frühen revolutionären Horkheimer und Wilhelm Reich wieder, sondern auch die Rätekommunisten. So wurde Willy Huhns Schrift von 1952 zur Vorgeschichte des Nazi-Faschismus und zur Rolle der Sozialdemokratie in dieser Vorgeschichte bereits in der letzten Ausgabe des theoretischen Organs des SDS *Neue Kritik* von 1970 nachgedruckt. Sie wurde 2003 vom Freiburger ça ira-Verlag zusammen mit weiteren Aufsätzen von Willy Huhn wiederveröffentlicht, editorisch ergänzt durch kritische, biografische und bibliografische Beiträge von Clemens Nachtmann, Christian Riechers, Joachim Bruhn und Ralf Walter.

In den 30er/40er Jahren untersuchten rätekommunistische Theoretiker ähnlich wie Vertreter der Kritischen Theorie die Tendenz zum »autoritären Staat« in Deutschland, der Sowjetunion und den USA. Dabei wurden erste Ansätze zu einer linksradikalen Totalitarismustheorie entwickelt, die keinen revisionistischen Absichten folgte, sondern aus der Klassenperspektive die Ähnlichkeiten zwischen »rotem und braunem Faschismus« (Otto Rühle), aber auch die Übereinstimmungen zum amerikanischen New Deal, dem staatlich verordneten Arbeitszwang und den keynesianischen Versuchen, die Weltwirtschaftskrise mit verstärkter staatlicher Planung zu überwinden, herausarbeitete. Otto Rühle sprach in diesem Zusammenhang von einem »Weltfaschismus«. Und auch die Sozialdemokratie blieb von dieser generellen Kritik nicht verschont: Willy Huhn bezeichnete den Nationalsozialismus als die »konsequentere Sozialdemokratie«. Dieser Befund deckt sich teilweise mit den Erkenntnissen von Franz Neumann, der in seinem Werk »Behemoth« herausarbeitete, wie der Sozialimperialismus der Sozialdemokratie in den NS einfloss.

Willy Huhns Essay *Etatismus-»Kriegssozialismus«-»Nationalsozialismus« in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie* referiert die Debatten in der Sozialdemokratie, in denen der Gedanke einer Verbindung von Nationalismus und Sozialismus erprobt wurde – von Anfang an. Lassalle, der »eigentliche Begründer der Sozialdemokratie«, erscheint bei Huhn als der totalitäre Staatsvergötzer, der er war. Gegen den »bürgerlichen Egoismus« forderte der Parteigründer etwa in einem Brief an Bismarck eine Diktatur nicht der Arbeiterklasse selbst, sondern in ihrem Namen und in ihrem Interesse – und zwar durch das »sozialistisch gewandelte« preußische Königtum. (Übrigens sieht Huhn hier deutliche Paralellen zu den russischen Bolschewiki, die er nur »russische Lassalleaner« nennt.)

Das von Huhn nachgezeichnete sozialdemokratische Ideenpanorama aus den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zeigt die machtvolle Bewegung der Partei (und ihrer Vorstellungen vom Sozialismus) hinein in den Staat der bismarckschen Sozialgesetzgebung, der parlamentarischen Repräsentanz und der nationalen Verantwortung – dabei nur oberflächlich irritiert durch die Kritik von Marx, Engels und anderen Revolutionären.

»Beim Ausbruch des I. Weltkrieges ... erfüllte sich auch an der deutschen Sozialdemokratie die Voraussage Eduard Bernsteins (...): 'Im weiteren Verlauf wird das Nationale so gut sozialistisch sein wie das Munizipale. Nennen sich doch schon heute Sozialisten demokratischer Staatswesen gern Nationalisten.'« (Huhn, S. 63). Nun entdeckte die deutsche Sozialdemokratie, dass die Anforderungen des Krieges diejenigen ihrer Vorstellungen zur Reife brachten, die mit der Hoffnung auf eine bruchlose Entwicklung des Sozialismus aus dem preußisch-deutschen Staatswesen liebäugelten. Einer vom Staat zu Kriegszwecken gelenkten Wirt-



schaft verlieh die Sozialdemokratie mit dem Terminus »Kriegssozialismus« höhere Weihen. Gern sprach man vom »Kaisersozialismus«, nannte Wilhelm II einen »Arbeiterkaiser« und dergleichen. Aus der Verlautbarungs- und Selbstverständigungsliteratur der SPD fördert Huhn Erhellendes der beklemmendsten Art zutage. Gerade deutsche Sozialisten forderten eine »Durchstaatlichung« der Gesellschaft zur Landesverteidigung. »So wurde«, fasst Willy Huhn zusammen, »die Mehrheitssozialdemokratie, welche sich mit dieser Begründung auf dem Boden der Landesverteidigung und der Bewilligung der Kriegskredite, vor allem aber auf den des 'Kriegssozialismus' stellte, vor der Weltgeschichte die erste nationalsozialistische Partei!« (ebenda)

Huhn erinnert auch daran, dass die sozialdemokratische Reichtagsfraktion im Mai 1933 für die Erklärung der NSDAP zur Außenpolitik gestimmt hatte und schlussfolgert: »Wenn die Nazis ... diese 'guten' Sozialdemokraten [gemeint sind die »Mehrheits-Sozialdemokraten«] tatsächlich 'toleriert' hätten, so würden letztere 1939 Hitler ebenso in den II. Weltkrieg gefolgt sein, wie ihre Vorgänger dem Kaiser in den I. Weltkrieg«. (Huhn, S. 66) Und hier handele es sich keinesfalls um blanken Opportunismus, denn – und so endet die Schrift – »der deutsche Nationalsozialismus entstand ... 1914 und zu einem wesentlichen Teile innerhalb der rechten Sozialdemokratie.« (Huhn, S. 76).

In einer weiteren, nun zugänglich gemachten Schrift *Bilanz nach 10 Jahren (1929-1939)* versucht Huhn, diese Kritik nach einer kurzen autobiographischen Vorbemerkung zu systematisieren. Von der Kritik der Sozialdemokratie, des Staatssozialismus, des Kriegssozialismus geht er über zur historischen Kritik des Bolschewismus und des Faschismus. Immer wieder findet Huhn die Melange aus Nationalismus, Etatismus und Sozialismus als verbindendes Moment aller Faschismen, aber auch der Sozialdemokratie. In Deutschland, Russland wie Italien waren es sozialistische Parteien oder Gruppen, die die Durchsetzung des totalen Staates bewerkstelligten.

In der Frage von Krieg und Imperialismus war den Rätekommunisten klar, dass man sich auf keine Seite einer Kriegspartei stellen konnte. Damit würde man nur den Fehler des Burgfriedens und der »heiligen Allianzen« des Ersten Weltkriegs wiederholen. Kommunisten hätten auf der Arbeiterseite zu stehen und sollten die nicht abreißenden Streiks und Tendenzen zur eigenständigen Organisierung der Arbeiter unterstützen. Dennoch kommt Huhn zu folgender Einschätzung:

»Da in diesem Krieg der Sieg Deutschlands über die ältesten kapitalistischen Staaten schon wegen ihrer sozialökonomischen Rückständigkeit kaum zweifelhaft ist, ist es ein Unsinn, politische Hoffnungen an eine militärische Niederlage Deutschlands zu knüpfen. Ich würde es für ein großes geschichtliches Unglück halten, wenn die liberal-parlamentarischen Systeme des Kapitalismus noch einmal siegen würden. An einer Zerschlagung des mitteleuropäischen Wirtschaftsraums kann m.E. keine zukunftsorientierte Richtung interessiert sein.« (Huhn, S. 161) Wie ist das zu erklären? Huhn steht in der Tradition eines deterministischen Geschichtsverständnisses. Bei aller im übrigen scharf vorgetragenen Kritik will er den »rationellen Kern der Kriegswirtschaft« nicht bestreiten. In ihrem Protagonisten, dem Nationalsozialismus, und im Zweiten Weltkrieg glaubt er eine 'objektive historische Notwendigkeit' zu erkennen, denen Kommunisten keine abstrakte, idealistische Kritik und Position von außen entgegenhalten dürfen. Er hält die Tendenzen zur Durchorganisierung und Durchstaatlichung der Gesellschaft für einen in der Logik der kapitalistischen Verhältnisse notwendigen geschichtlichen Entwicklungsschritt. Eine *europäische* Organisation zur Überwindung der Nationalstaaten ist nötig, und die ist »wirtschaftlich rationeller und machtvoller vom europäischen Kern aus herzustellen« (ebenda). Und drittens sieht er im Versailler Vertrag einen »Raubzug«, der zwingend zum Krieg führen muss.

Wie man diese ideologischen Begründungen auch interpretieren mag – Huhn stand mit dieser Fehldiagnose nicht alleine. Auch der Gründer der kommunistischen Partei Italiens, Bordiga, warnte vor einem Sieg über das faschistische Deutschland, weil der Klassenkampf dadurch zurückgeworfen werde. Sohn-Rethel hielt ebenfalls den National-

sozialismus für eine überlegene Wirtschaftsform, und die Rolle dieses Plan-und-Taylor-begeisterten Sozialisten im nationalsozialistischen Mitteleuropäischen Wirtschaftstag ist nach wie vor unklar.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass Huhn sich positiv auf den Liberalen und Anti-Sozialisten Hayek in dessen Ablehnung des Staatssozialismus bezieht. Dieser Bezugspunkt heutiger Liberaler und Neo-Konservativer erscheint so im anti-etatistischen und anti-totalitären Licht. Und tatsächlich begründet sich der intellektuelle Neo-Konservativismus zuweilen auch anti-(sozial)staatlich, obwohl er praktisch autoritär wirkt und auf Kriegskapitalismus setzt. Auch die heutige Sozialdemokratie schwenkt auf diesen Kurs ein, und die Frage ist erlaubt, inwieweit Huhns Beschreibungen lediglich eine vergangene historische Phase pointiert treffen.

Die verdienstvolle Publikation hätte Lob verdient. Leider hinterläßt der abschließende Beitrag des Herausgebers Joachim Bruhn einen unangenehmen Geschmack. Nach der zwar diskussionsbedürftigen aber doch genauen und erhellenden Einführung von Clemens Nachtmann erscheint der Verlegernachschlag aus dem Textbaukasten als eine Übung in kümmerlicher Häme, uninteressiert an politischer Debatte und Erkenntnisgewinn. Da wird Huhn – mitsamt »dem« Rätekommunismus! – gewogen und für zu leicht befunden, weil sie allesamt die »innerstaatliche Feinderklärung« nicht als die Essenz nationalsozialistischer Herrschaft begriffen hätten – zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, wohlgemerkt. Zu dieser Zeit gab es nicht nur die Erfahrung von Judenpogrom und Kommunistenverfolgung. Auch die Sozialdemokratie, die Geburtshelferin des Real-Nationalsozialismus im von Willy Huhn begründeten Geschichtsbild, hatte, soweit sie nicht fliehen konnte, in den Gestapo-Kellern und Konzentrationslagern Quartier genommen. Huhn war dies keineswegs verborgen geblieben, und einer der luzidesten Abschnitte in seinen Darlegungen verdankt sich seinem Bemühen um Verständnis dieses Widerspruchs. Auf die Idee, es Willy Huhn anzulasten, dass er die in der »Endlösung« von 1943 beschlossene Vernichtung der europäischen Juden nicht 1939 schon in produktiver Phantasie vorweggenommen hat, kann wohl nur ein Antideutscher kommen.

Aus nicht näher zitierten »antizionistischen Schriften« Willy Huhns leitet Bruhn das Recht ab, den Rätekommunismus generell als »Avantgarde des Antisemitismus« abzukanzeln. So findet sich am Ende ein origineller und genauer Denker wie Willy Huhn und alle, die auf den Klassencharakter dieser Gesellschaft aufmerksam machen, in eine Kiste geworfen mit denjenigen, die von »raffendem« und »schaffendem Kapital« schwafeln. Antisemitismus – das praktische und ideologische Projekt, um dem Klassenkampf entgegenzuwirken und eine »Volksgemeinschaft« zu konstruieren – soll vom Klassenkampf selbst auf den Weg gebracht worden sein... unter allen Begründungen fürs Renegatentum und den Abschied vom Proletariat dürfte diese Behauptung die ekelhafteste sein. *h.*

In der aktuellen Ausgabe (2/04):

- Martin Dieckmann: »Vom Mondschein und anderen Tarifen« – zur Tarifauseinandersetzung der Journalisten
- Tom Adler/Matthias Fritz: »Im Konsens baden gegangen« – Kommentar zum Metallabschluss
- Stellungnahmen zur Metall-Tarifrunde von Betriebsräten und Vertrauensleuten
- Heiner Dribbusch: »Einsicht in Notwendigkeit(en)?« – Otto Brenner Stiftung z. Krisenbewusstsein unter Betriebsräten
- Ligia Giovanella: »Segmentiert vs. Integriert« – Modelle der Gesundheitsreform in Lateinamerika u.v.m.

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06
Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Archiv
für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit
Germinal Verlag

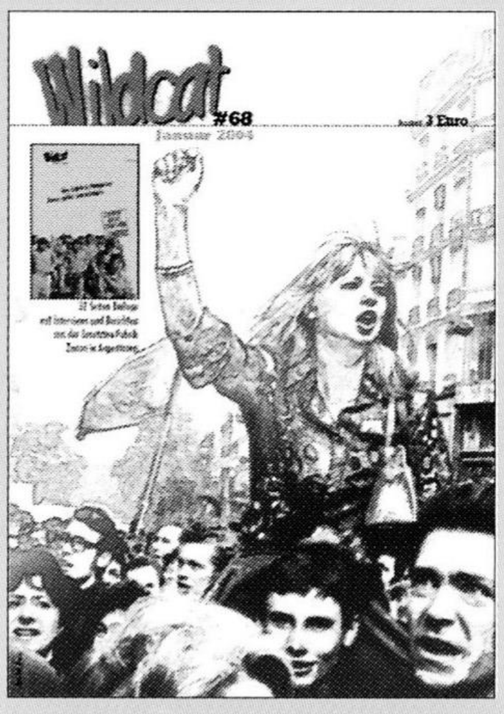
Heft 17 ISBN 3-88663-417-5 849 S. € 22,-

Peter Kuckuk, Vorwort zu Karl Plättners Broschüre „Der organisierte rote Schrecken!"
Karl Plättner, Der organisierte rote Schrecken! Kommunistische Parade-Armeen oder organisierter Bandenkampf im Bürgerkrieg
Joachim Tautz, Vorwort zu Ernst Schneiders Broschüre „Die Wilhelmshavener Revolte"
Ernst Schneider (Icarus), Die Wilhelmshavener Revolte. Ein Kapitel aus der revolutionären Bewegung in der deutschen Marine 1918/19
Hartmut Rübner, Interklub, Bordzelle, revolutionärer Seeleutestreik: Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" in der Seeschiffahrt während der Weltwirtschaftskrise
Hartmut Rübner, Das Bordzellenbuch des Dampfers BOCKENHEIM
Giovanni Borgognone, Max Nomad zwischen Anarchismus und Elitentheorie
Max Nomad, Kapitalismus ohne Kapitalisten
Paul Mattick, Diktatur der Intellektuellen? (Kritische Anmerkungen zu den Überlegungen von Max Nomad)
Max Nomad, Die Herren von Morgen
Paul Mattick, Max Nomads „Die Herren von Morgen"
Antonio Donno, Anarchismus und amerikanische politische Tradition in den Vereinigten Staaten des neunzehnten Jahrhunderts
Giuliana Iurlano, Theodore Schroeder und der Free Speech Fight im progressistischen Amerika
Francis Shor, Jüdischer Anarchismus und jüdische Siedlungsgemeinschaften in den Vereinigten Staaten: Von Stelton nach Sunrise
Ettore Cinnella, Machno in der ukrainischen Revolution von 1917 bis 1921
Philippe Bourrinet, Victor Serge: Totalitarismus und Staatskapitalismus. Sozialistische Dekonstruktion und kollektivistischer Humanismus
Charles Jacquier, *„Finstere Tage"*: Boris Souvarine und die Machtübernahme Hitlers
Boris Souvarine, *„Schreckliche Lektion"*: Artikel aus „Le Travailleur"
Birgit Schmidt, Die Schwestern Ramm. Zum Briefwechsel zwischen Nadja Strasser und Rudolf Rocker
Rüdiger Reinecke, Zeitgenössische Literatur über nationalsozialistische Konzentrationslager 1933 bis 1939. Ein Forschungsbericht
Jacques Wajnsztejn, Teilbewegungen und ihre Folgen
Eleftherios Carayannis, Studenten gegen Diktatoren. Autonomie und Widerstand in Griechenland 1972/73
Egon Günther, Der beredte Fund. Eine Anekdote
Günther Gerstenberg, Bewegung, eingefroren. Die bayerische Revolution im Fernsehen
Die Frau als Anarchistin
Rezensionen und Hinweise

Abonnements (20% billiger) und Bestellungen (erhältlich sind die Hefte 1-7 und 9-16) über die Redaktion: Wolfgang Braunschädel, Hustadtring 33, 44801 Bochum.

Wildcat

Back Issues.



Wildcat 68 (Januar 2004)

Prekarisierung – Strategie oder Krisensymptom? · Praktikum, Jobclub, Leiharbeit, Ich-AG · Interview mit www.chefduzen.de

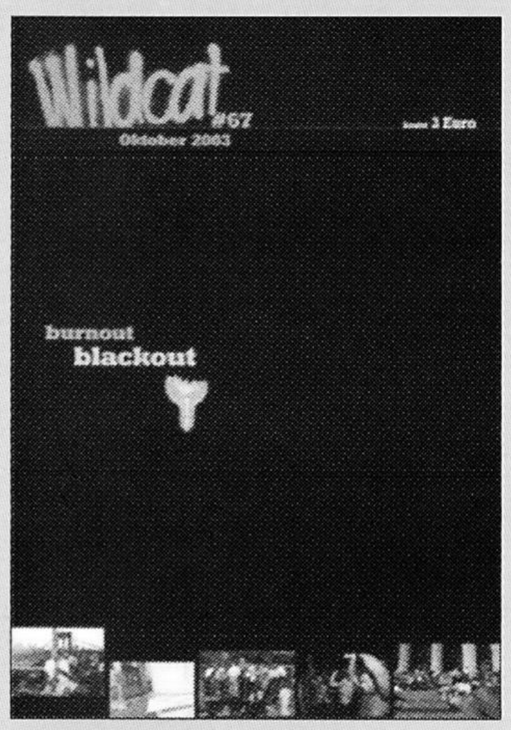
Lateinamerika · Auftstand in Bolivien · **Beilage zur besetzten Fabrik Zanon in Argentinien**

Streiks in Italien, GB, Griechenland, Österreich, Belgien und Deutschland

Krise · Die Widersprüche des US-Booms · Das Ende des EU-Stabilitätspaktes · USA / China – die Lunte glimmt

Blackout – Chaos im Energiesektor

ElexirA · LKW-Fahrer in New York · IT-(Nicht-)Arbeit



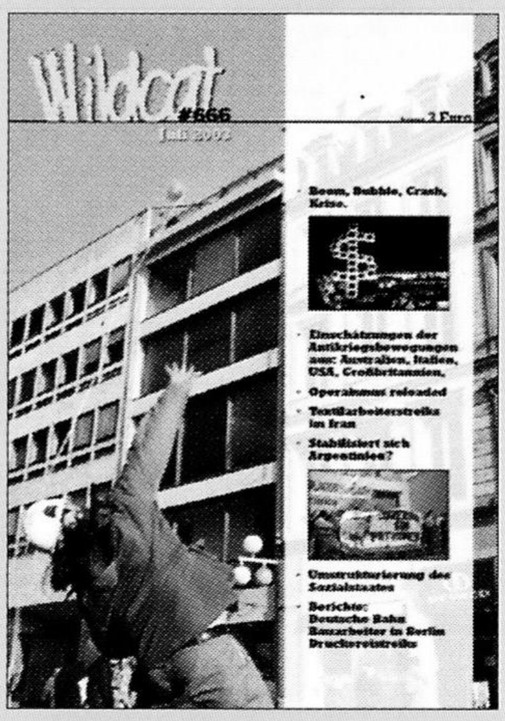
Wildcat 67 (Oktober 2003)

Lohnsenkungen und Rationalisierung in der »Weißen Fabrik« · Gesundheitsreform 2003 · Arbeitsplatz Krankenhaus · Die Krankenhäuser in Frankreich

Bubbles, Defizite, Rezession · Fiktives Kapital · Die ArbeiterInnen und die Globalisierung · Das Bruttoweltprodukt seit dem Zweiten Weltkrieg

Weiterbildung in der Krise

How they do it · Reggae zwischen Schmelztiegel und Essenzialismus · Nach Adorno: Grenzen und Nebenwirkungen der Kritischen Theorie



Wildcat 66 (Juli 2003)

Die zweite Supermacht?

Berichte zur globalen Friedensbewegung · Iran: Arbeiteraufstände statt Reformhoffnungen · Irak: Krieg gegen das Proletariat

USA: nach der Inflation kommt die Deflation · Boom & Bubble

Argentinien: wessen Krise? · Piloten auf der Lok · Streiks in Frankreich und Italien · Lohnklau auf Berliner Baustelle

Agenda 2010 – Frontalangriff oder Sprung ins Leere?

Operaismus reloaded: Empire, Negri, Zerowork

Wildcat Sondernummer Irak-Krieg
(März 2003)

Krise des Krieges und Grenzen des Kapitalismus

Antikriegsbewegung · Harass the Brass – Subversion in der US-Army · Berichte aus USA, Australien, GB, BRD...

Dollarkrise und Kreditbubble · Die USA als Papiertiger · Krieg im Focus der Medien

Kriege gegen das Erdölproletariat · Krieg und Arbeiter im Iran · Schurkenstaaten, Staatskollaps und neue Kriege

Beilage: Mouvement Communiste
Palästina: Zwei Staaten gegen das Proletariat

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

wildcat

Abo: 6 Ausgaben für 15 Euro – Förderabo 30 Euro – Einzelheft 3 Euro – aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 8 Exemplare für 10 Euro (Ausland 16 Euro) – alle Preise incl. Porto.

Bestellung per

Brief: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder das Aboformular auf der Webseite.

Regionale Kontakte

freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Archiv und Aktuelles
www.wildcat-www.de

selbstorganisiert
kämpferisch
solidarisch
[eine andere gewerkschaft ist möglich]
FAU★IAA
Freie ArbeiterInnen Union
Postfach 2763 | 48014 Münster | geko@fau.org | www.fau.org

grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte

"Letztlich sollen aber alle Beiträge in den Grundrissen dazu dienen, die Reflexion der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung im Hinblick auf deren emanzipatorische Überwindung voranzutreiben."

Aus dem Editorial der Nr. 1

Die grundrisse erscheinen 4 mal im Jahr, ein Abo kostet nur 18 Euro!

probenummer?
grundrisse@gmx.net
oder an: "grundrisse", Antonigasse 100/8
A - 1180 Wien
http://www.grundrisse.net

analyse+kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Jetzt testen:
3 x *ak* für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.
analyse + kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
www.akweb.de

Wildcat

...diesmal im Magazin:

- **China: Das Fließband läuft. Noch.**
- **Prekarisierung: Angriffe von oben, Widerstand von unten?**
- **BusfahrerInnen in der BRD und in Italien: Prekär am Steuer und wilde Streiks**
- **Soziale Explosion in der Ostslowakei**
- **Klassenkämpfe im Irak**
- **Supermarktstreik in den USA**
- **Die Krise der Musikindustrie**
- **Studistreik: Berichte aus Berlin und Leipzig**